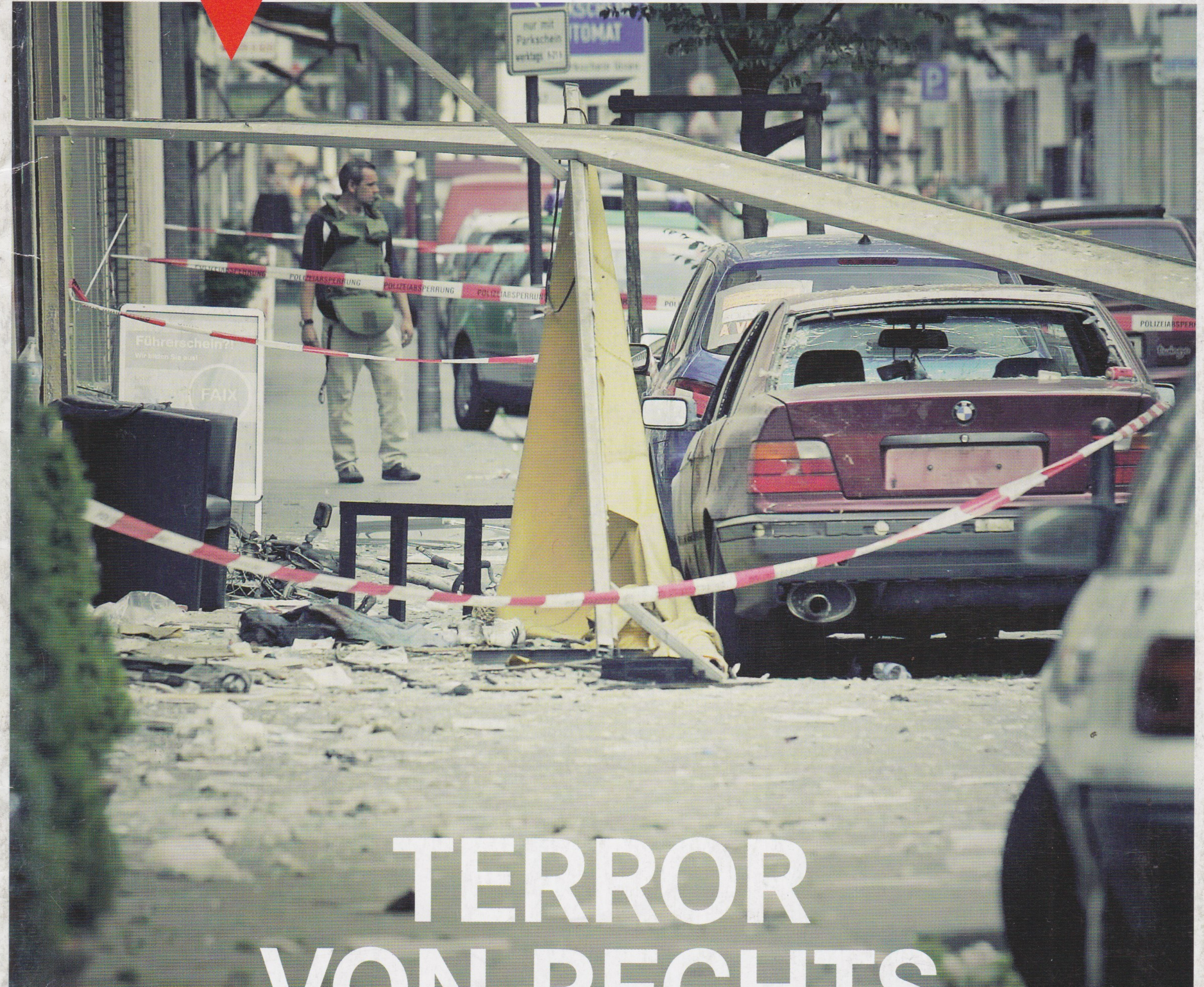
Antifaschistisches **info** Blatt

Nr. 105 | Winter 2014 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR




# TERROR VON RECHTS

## ASPEKTE, ANALYSEN, AUFARBEITUNG

www.antifainfoblatt.de




Foto: Herby Sachs/version

# Rechter Terror in der Analyse

Strafverfolger und Geheimdienste propagieren den bislang sehr wirkmächtigen Mythos vom NSU als isoliertem Trio. Sie stellen den NSU-Komplex als ein singuläres, schon jetzt abgeschlossenes Ereignis ohne Wiederholungsgefahr dar.




## 50 Jahre NPD

Am 28.11.1964 fand die offizielle Gründungsveranstaltung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) in Hannover statt. Seitdem wandelt sich die NPD immer wieder und ist damit auch Gradmesser für Entwicklungen der bundesdeutschen extremen Rechten insgesamt geworden — ein Rückblick.




Foto: Björn Kietzmann

## Mos Maiorum

Mos Maiorum war eine Propaganda-Aktion der italienischen Regierung, ähnlich den „Blitzmarathons", mit denen die deutsche Polizei Rasern nachstellt. Sie wurde beschlossen, nachdem die Flüchtlingszahlen im Mittelmeer in diesem Sommer stark angestiegen waren.

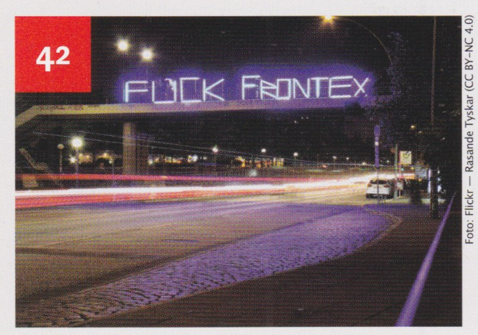



Foto: Flickr — Rasande Tyskar (CC BY-NC 4.0)

## Auf Kosten von Menschenleben

Die Seenotrettungsoperation Mare Nostrum soll Ende des Jahres auslaufen. Anstatt endlich eine europäische Seenotrettung zu lancieren, setzt die EU auf Frontex. Frontex selbst wird nicht müde zu betonen: Der zentrale Fokus von der Operationen ist Grenzkontrolle, keine Seenotrettung.

Titelfoto: 9. Juni 2004 — Tatort des Nagelbomben-Anschlags in der Keupstraße in Köln (Foto: Herby Sachs / version)

# Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

Wieder einmal ist Rechtsterrorismus Schwerpunktthema in unserm Heft. Seit der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) ist in breiteren gesellschaftlichen Kreisen zumindest angekommen, dass es einen solchen in Deutschland gab. Die Wahrnehmung bleibt aber weiterhin beschränkt, so besteht aktuell beispielsweise kein guter Grund, von einem Ende der Gefahr auszugehen. Das betrifft nicht nur den NSU, sondern auch andere oder möglicherweise zukünftig entstehende Gruppen. Zudem scheint das Augenmerk zunehmend auf Mord- und Sprengstoffanschläge bewaffneter konspirativer Gruppen — wie dem NSU — gelegt zu werden, die möglicherweise größere Breitenwirkung der zahlreichen rechten Taten mit „niedrigerer Qualität“ droht jedoch aus dem Blick zu geraten. Antifaschistische Wachsamkeit ist erforderlich. Besonders in Hinblick auf die aktuellen, sprunghaft angestiegenen rassistischen Mobilisierungen in all ihren Facetten: Sei es als HoGeSa, Pegida, Bagida oder „Bürgerinitiative MaHe“. Sei es in Berlin-Marzahn, Köln, Hannover, Dresden und (wieder) in Schneeberg. Sei es gegen Flüchtlinge oder gegen Salafisten, sei es für das Abendland oder für ein sauberes Dorf. Sei es mit Deutschlandfahne, Bierflasche, artigem Pappschild oder Auschwitz-T-Shirt. Sei er bürgerlich-besorgt, „europäisch-aufgeklärt“, „bildungsfernzahnlos“, „krawallorientiert“ oder neonazistisch-subkulturell: Bis zu 5000 Menschen — bei Weitem nicht nur Neonazis — lassen sich zur Zeit überall in Deutschland an verregneten, kalten Wochentagen zu rassistischen Aufmärschen mobilisieren. Für Antifaschist_innen ist das Gebot der Stunde, dieses — möglicherweise längerfristig politisierende und politisierte - Potential genau zu beobachten; bezogen auf den gesellschaftlichen Diskurs, als auch auf mögliche gewalttätige, terroristische Radikalisierungen.

Um ein umfassendes Bild des Rechtsterrorismus zu zeichnen, beschäftigen sich die Artikel in der vorliegenden Ausgabe mit dem möglichen Einfluss der US-amerikanischen rechtsterroristischen Gruppierung „The Order“ auf den NSU und der Geschichte von am Rechtsterrorismus in Deutschland beteiligten Frauen. Auch ein Blick auf den beginnenden Untersuchungsausschuss in Hessen eröffnet alte wie neu Aspekte rechtsterroristischer Taten des NSU und den gesellschaftlichen Umgang mit diesen. Der Artikel „Rechter Terror?“ stellt die Frage, wann Terror beginnt, also welche Taten als terroristisch bezeichnet werden können und welche Auswirkungen die Taten des NSU auf die Bedeutung eines solchen Begriffs haben. Artikel über Karl-Heinz Hoffmann und den aktuellen Stand des NSU-Verfahrens ergänzen den Schwerpunkt. Die Perspektive der Betroffenen eines Anschlags wird am Beispiel der Initiative „Keupstraße ist überall“ beleuchtet. An dieser Stelle spielen auch die durch die Polizei ausgeübte Repression und die Beschuldigung der Betroffenen eine zentrale Rolle.

Aus Anlass des 50-jährigen Bestehens der NPD widmen wir der aktuell wieder einmal angeschlagenen Partei einen längeren, auf die vergangenen Jahrzehnte zurückblickenden Artikel.

Das Thema militanter Islamismus stellt auch uns vor neue Herausforderungen. Die Argumentation gegen islamischen Fundamentalismus bedient oft unfreiwillig rassistische Bilder der Mehrheitsgesellschaft. Wir versuchen mit dem Gastbeitrag „Islamischer Faschismus ?“ von Volker Weiss eine inhaltliche Auseinandersetzung mit islamischen Fundamentalismus jenseits der Auseinandersetzung mit den üblichen (rechten) Islamhassern zu beginnen. Gerade weil diese das Themenfeld zunehmend besetzen, ist es wichtig, sich aus antifaschistischer Perspektive mit der Ideologie des islamischen Fundamentalismus zu beschäftigen. Weitere Debatten-Beiträge zum Thema nehmen wir gerne entgegen.

In einem Park im Südwesten Moskaus wurden am 12. Oktober zwei Arbeitsmigranten aus Kirgisien und Usbekistan erstochen aufgefunden. Angriffe auf Arbeitsmigrant_innen und andere Menschen aus Zentralasien und dem Kaukasus, häuften sich in den vergangenen Jahren. Die Moskauer Monitoring-Organisation „Sova“ meldet für 2014 bislang 14 getötete und 77 verletzte Personen durch rassistische Gewalt in Russland.



Francisco Javier Romero Taboada, genannt Jimmy

In Madrid erlag am 30. November nach einer Auseinandersetzung zwischen rechten und linken Fußballhooligans der 43-jährige Antifa-Ultra Francisco J. Romero Taboada („Jimmy“) einem Herz- und Atemstillstand, nachdem er von Neonazis in einen Fluss geworfen wurde. •

# Montags in Marzahn

Schon im Juli 2013 wurde deutlich, dass der Berliner Senat und das für die Unterbringung von Geflüchteten zuständige Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) die adäquate und menschenwürdige Unterbringung über mehrere Jahre stark vernachlässigt haben. Mit der daraufhin einsetzenden „Feuerwehrpolitik", dem plötzlich verstärkten Aus- beziehungsweise Umbau von „Heimen und Containerdörfen", konnten organisierte Neonazis ein in mehreren Berliner Stadtteilen anschlussfähiges Themenfeld besetzen.

Nach den Erfolgen mit der Agitation über offene Webplattformen gegen eine geplante Geflüchtetenunterkunft im Stadtteil Hellersdorf im Sommer 2013 warteten die Neonazis ungeduldig auf den Anlass für ihren nächsten Coup. Die Eröffnung einer entsprechenden Seite auf Facebook erfolgte unmittelbar, nachdem der Berliner Senat Ende Oktober 2014 seine Pläne für die Einrichtung mehrerer Containerlager, unter anderem in den Ortsteilen Marzahn, Buch und Köpenick, ankündigt hatte. Die inhaltlich und praktisch an das Format der „Bürgerbewegung Hellersdorf" angegliederte Seite erschließt somit ein neues, sich betroffen wähnendes Klientel. Den anfänglichen Aufruf einer davon unabhängig agierenden Bürgerinitiative zu einer Montagsdemo am 3. November unterstützten die Neonazis auf ihren etablierten Seiten und über interne Verteiler. Der Aufzug wurde daraufhin wegen inhaltlicher Differenzen und Sicherheitsbedenken vom Anmelder abgesagt, was die Neonazis, offenbar mit Wohlwollen der Polizei, geschickt ausnutzten. Zum Startzeitpunkt ließ die Polizei eine angeblich spontane Demonstrationsanmeldung durch Uwe Dreisch (Die Rechte) zu, so dass etwa 150 bis 200 Personen mit rassistischen und nationalsozialistischen Parolen durch Marzahn zogen. Neu in Berlin waren jedoch die „Ahu"-Rufe aus dem rechten Hooligan-Milieu.

Mit der „Montagsdemo" gegen das Containerlager in Marzahn und gegen vermeintlichen „Asylmissbrauch" setzten organisierte Neonazis so eine gefährliche Dynamik in Gang. Zum vierten Termin brachten sie so bis zu 900 Personen auf die Straße. Die TeilnehmerInnen rekrutieren sich dabei aus „wieder erwachten" älteren Neonazis, rechten Hooligans, denen ein Angebot wie die HoGeSa in Berlin bisher fehlte, und AnwohnerInnen ohne organisatorische oder subkulturelle Bindung.

In Abstimmung mit ähnlichen Initiativen in den Stadtteilen Buch und Köpenick hetzen und agitieren die Neonazis im Rahmen einer übergreifenden Kampagne unter dem Motto „Wache auf — Handeln statt Klagen". Während sich ihre Kampagnen- und Anschlussfähigkeit in der früheren Hochburg Marzahn weiterhin erfolgreich entwickelt, scheint die Mobilisierungsfähigkeit im Stadtteil Buch zu schrumpfen und in Köpenick bei derzeit 400-450 regelmäßigen TeilnehmerInnen zu stagnieren.

Am 22. November, als eine überregionale Demonstration in Marzahn angekündigt war, die als impulsgebender Szeneevent für die anderen Berliner Bürgerinitiativen, bisher nicht organisierte AnwohnerInnen sowie überregionale UnterstützerInnen dienen sollte, konnten Antifaschist_innen und Zivilgesellschaft dem Mob deutlich Paroli bieten. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte sich mit den Montagsdemos bereits ein neues und erfolgreiches Aktionsformat etabliert, das weiterhin maßgeblich von Neonazis geprägt ist und weiteren Zulauf erhält. Fatal ist der Unwillen der Berliner Polizei, mögliche Sanktionen gegen TeilnehmerInnen umzusetzen und Pressevertreter_innen vor Angriffen zu schützen. So konnten seit Jahren bekannte Gewalttäter unter den Augen der Polizei handfeste Anti-Antifa-Arbeit betreiben. Da es sich bei den Betreibern der Facebook-Seite und der personellen Struktur hinter den Aufmärschen um keine Unbekannten handelt, verwundert die deutliche Zurückhaltung von Politiker_innen und Medien.

Doch nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Städten etabliert sich derzeit eine Mischszene aus bisher nicht organisierten BürgerInnen, rechten Hooligans und organisierten Neonazis unter dem Label „Montagsdemo" mit stetig wachsenden TeilnehmerInnenzahlen. Die in Dresden seit mehreren Wochen durchgeführten Montagsdemos unter dem Label „Pegida" (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) konnten am letzten Novembermontag etwa 5.500 Personen mobilisieren. Im Gegensatz zu HoGeSa versuchen sich die InitiatorInnen einen bürgerlichen Anstrich zu geben, scheinbar mit Erfolg: Der sächsische Innenminister Ulbig zeigte Verständnis für Pegida und kündigte an, spezielle Polizeieinheiten für „straffällige Asylbewerber" gründen zu wollen. Inzwischen haben sich bundesweit verschiedenste Facebookgruppen unter ähnlichen Labels wie Bagida, Dügida und Legida formiert. •




„Montagsdemo" in Berlin-Marzahn

# Rassistischer Mord in Limburg

Am 23. Oktober 2014 wurde ein 55-jähriger Mann aus Ruanda in einer Obdachlosenunterkunft im Hessischen Limburg von Mitbewohnern brutal zu Tode geprügelt. Die drei Täter schlugen und traten abwechselnd so lange auf ihn ein, dass er wenig später an inneren Blutungen starb.

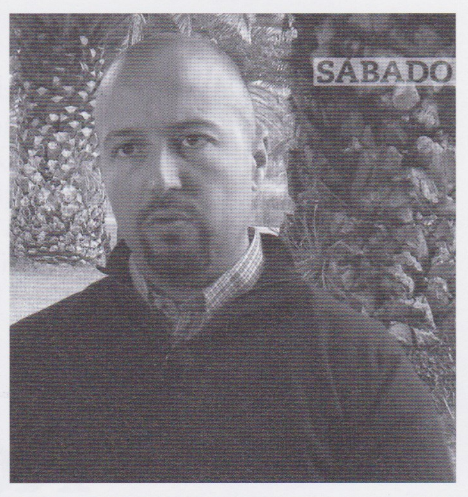



Nach dem Tod des Ruanders demonstrierten unter dem Motto „Rassismus tötet" 250 Menschen in der Limburger Innenstadt.

Mittlerweile liegt ein Handyfoto vor, auf dem zwei der drei Täter im Alter von 22 und 43 Jahren am Tattag mit dem Hitlergruß posierend zu sehen sind. Einer der Tatverdächtigen nahm sich in der Untersuchungshaft das Leben. Obwohl der Mord zur Zeit des Redaktionsschlusses des AIB bereits über einen Monat zurückliegt, lassen sich in der öffentlichen Berichterstattung nur sehr wenige Informationen zum Opfer finden — so sind weder sein Name noch Facetten seiner Biografie bekannt. Diese Leerstelle in der Wahrnehmung von Obdachlosen als Opfergruppe rechter Gewalt hat Tradition. Von einigen der seit 1990 167 Wohnungslosen (Statistik der „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe"), die von Tätern außerhalb der Wohnungslosenszene getötet wurden, sind bis heute nicht einmal die Namen bekannt, wie auch Netz-gegen-Nazis berichtet. 28 der Opfer finden sich auch in der Chronik von „Tagesspiegel" und „Zeit" zu Todesopfern rechter Gewalt. Am 2. November mobilisierten antifaschistische und antirassistische Gruppen zu einer Demonstration in Limburg unter dem Motto „Rassismus tötet", an der rund 200 Personen teilnahmen. •

# Portugal: Hammerskins on Drugs

Mario Machado, bis zu seinem Austritt in diesem Frühjahr Anführer des portugiesischen Chapters des Neonazi-Netzwerkes Hammerskins (PHS) verbüßt aktuell eine über siebenjährige Haftstrafe wegen Nötigung, Entführung, Raub und illegalem Waffenbesitz. Bereits zuvor war Machado wegen der Beteiligung an einem rassistischen Tötungsdelikt zu vier Jahren und drei Monaten verurteilt worden[1]. In der Haft scheint ihm nun die Kontrolle über sein Chapter abhanden gekommen zu sein: In einer, teils szene-öffentlich geführten, Auseinandersetzung beklagt Machado organisierten Drogenhandel im teils großen Stil, den Konsum von Marihuana und Kokain, Erpressung und Gewalt gegenüber Kameraden sowie „Rassenmischung". Führende Mitglieder der Gruppe hätten sich des Drogenhandels schuldig gemacht. So sei beispielsweise Rui Verissimo nach wie vor Mitglied der PHS, obwohl er bei der Einreise nach Portugal mit zwei Kilogramm Kokain festgenommen wurde. Lediglich auf offiziellen Fotos der PHS verzichte dieser auf das Tragen der Gruppen-Insignien. Der Hammerskin Bruno Monteiro habe sich bei der Festnahme Verissimos absetzen können und sei später mit mehreren Kilogramm Heroin festgenommen worden - in Begleitung eines „Afrikaners", wie Machado verächtlich anmerkt. Eine ganze Anzahl von angeblich bekannten Konsumenten von Kokain und Marihuana hätten es trotz dieser Verstöße gegen die Statuten der Hammerskins zu „Prospects of the Nation" (PotN) gebracht und würden nun von Führungspersonen teilweise als Handlanger für deren Drogengeschäfte eingesetzt. Machado behauptet, lediglich vier von aktuell zehn Vollmitgliedern der PHS seien seinem Wissen nach nicht in Drogengeschäfte verwickelt. Mitglieder zweier Neonazi-Bands, die sich unter Verweis auf die szeneintern bekannten Drogen-Vorwürfe weigerten, auf der Weihnachtsfeier der PHS aufzutreten, seien zusammengeschlagen und um Geld als Schadensersatz erpresst worden. Auch Raubüberfälle auf Juweliergeschäfte




Der frühere Anführer der Hammerskins in Portugal, Mario Machado. Quelle: Screenshot YouTube

sollen demnach zum Repertoire der Gruppe gehört haben, die deren ehemaliger Anführer als „white trash" bezeichnet. Empört berichtet er über einen PotN asiatischer Herkunft, welchen die PHS-Mitglieder sogar in das Neonazi-Zentrum Skinhouse Milano mitgebracht und zur Verschleierung seiner Herkunft zu einer Nasen-Operation geraten hätten. Des weiteren besäße Machado „sehr aktuelle" Fotos, die PHS-Mitglieder in Begleitung nicht-weißer Frauen zeigen würden. Einer habe gar ein Kind aus einer solchen Beziehung. Er fordert von der Hammerskin-Nation (HSN), dem weltweiten Dachverband der Organisation, den Ausschluss der PHS, bevor die Polizei die Gruppe auflöse und Medien sowie Antifa deren Affinität zu Drogen öffentlich machen würden. Er selber erklärt seinen Austritt aus der Gruppe, über die er aufgrund seiner Inhaftierung die Kontrolle verloren habe. Er habe jedoch bereits mit seinem Vertrauten, dem deutschen Thomas Gerlach alias „Ace", besprochen, dass er nicht beabsichtige die HSN zu verlassen und bereit wäre, nach seiner Haftentlassung ein neues Chapter in Portugal aufzubauen. Auch die Gründung einer nationalistischen Partei kündigt Machado an. •

1 www.jungle-world.com/artikel/2010/40/41805.html
2 www.antifainfoblatt.de/artikel/waffen-f%C3%BCr-portugal

TITEL

Im NSU-Komplex gibt es mehrere zentrale Fragen, mit denen sich unabhängige Antifaschist_innen dringender denn je auseinandersetzen müssen, um der bislang sehr wirkmächtigen Erzählung des Generalbundesanwalts, der Geheimdienste und der Polizei entgegen zu treten: Denn Strafverfolger und Geheimdienste propagieren entgegen aller Fakten und einschlägigen Zeugenaussagen unbeirrt den Mythos vom isolierten Trio, von dessen terroristischen und mörderischen Aktivitäten kein einziger der zahllosen Unterstützer_innen informiert gewesen sei, und stellen den NSU-Komplex als ein singuläres, schon jetzt abgeschlossenes Ereignis ohne Wiederholungsgefahr dar.

# Rechter Terror in der antifaschistischen Analyse

EIN DISKUSSIONSBEITRAG
VON HILDE SANFT UND ULLI JENTSCH

Um der staatstragenden Erzählung wirksam entgegen zu treten, müssen wir aber nicht nur die erweiterte Einzeltäter-Theorie der Strafverfolgungs- und Geheimdienstbehörden, die in Deutschland seit dem Oktoberfest-Attentat 1981 zum staatstragenden Mantra und Mythos geworden ist, sondern auch unsere eigenen Erzählungen, Analysen und Thesen zu rechtsterroristischen Netzwerken, Strategien und Aktionen der letzten zwanzig Jahre auf den Prüfstand stellen. Nicht nur, weil es beim Streit um die Frage, wer die öffentliche Deutungshoheit über den NSU-Komplex gewinnt — inklusive der Entstehungsgeschichte des NSU-Netzwerkes und der staatlichen Verantwortung dafür — , auch um die entscheidende Frage nach der Anerkennung rechtsterroristischer Gewalt in Deutschland und Rassismus als einer zentralen Ursache von Staatsversagen im NSU-Komplex geht. Sondern, weil es am Ende dieses Streits auch darum gehen wird, aus den Fehlern der eigenen antifaschistischen Analysen seit 1990 zu lernen und so vielleicht zu verhindern, dass wir rechten Terror nochmals nicht erkennen.

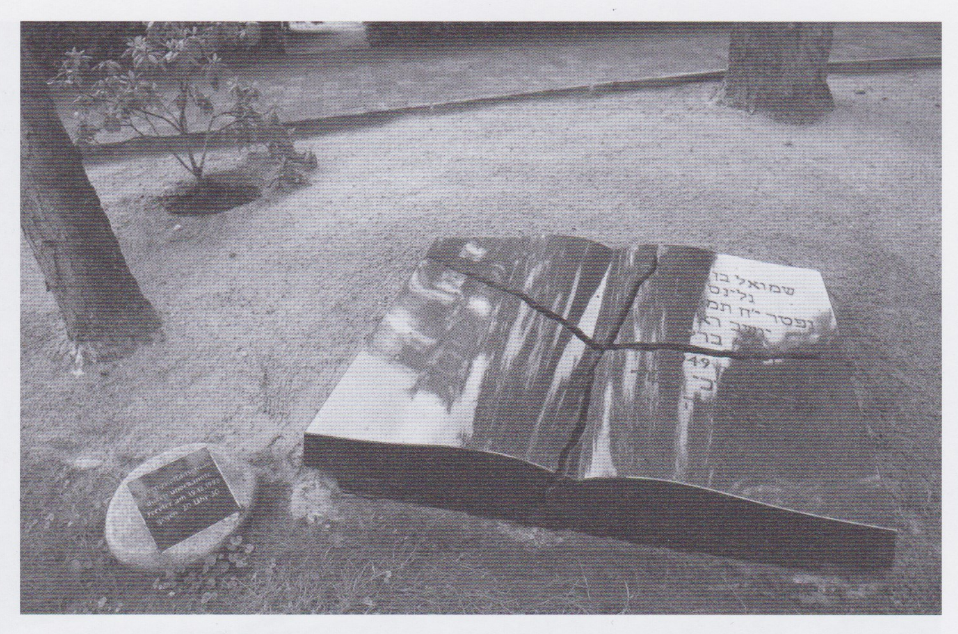
## Der Mythos vom „Trio"

Seit dem Bekanntwerden der rechtsterroristischen Untergrundzelle des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) haben sich viele Antifaschist_innen darum bemüht, das gesamte Netzwerk des NSU aufzudecken. Heute, mehr als drei Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU und nach über anderthalb Jahren Prozess am OLG München, kann niemand angesichts der zahlreichen Aussagen von Helferinnen und Helfern von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bei Vernehmungen durch Polizei und Justiz ernsthaft behaupten, man kenne die Unterstützer_innen des untergetauchten Trios nicht. Im Gegenteil: Sie sind vom BKA ermittelt und vernommen worden und dementsprechend dem Generalbundesanwalt gut bekannt, so wie beispielsweise Mandy Struck, André Kapke, Thomas Starke, Thomas Rothe, Max-Florian Burkhardt, Matthias Dienelt, Susann Eminger und Hendrik Lasch. All diese bekannten Helferinnen und Helfer des mutmaßlichen NSU-Kerntrios haben auch schon längst ausgesagt, dass sie das Ziel verfolgten: Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe beim Unterlaufen der polizeilichen Fahndung und beim Leben im Untergrund zu unterstützen. Im Gegensatz zum BKA, zu den Geheimdiensten und zur Bundesanwaltschaft haben die Aktivisten und Aktivistinnen der neonazistischen Elitenetzwerke von Blood&Honour und Hammerskins ihre eigenen Strategie- und Propagandapapiere, in denen zum bewaffneten Kampf, bewaffneten Terrorzellen und dem Kampf für ein „ausländerfreies Deutschland" aufgerufen wird, immer ernst genommen.

Wir wissen aus den bekannten neonazistischen Konzepten und Handlungsanweisungen — dem „Totalen Widerstand" von Hans von Dach, den Turner-Tagebüchern, dem B&H-Papier „The way forward", dem B&H-„Field-Manual", dem „White Resistance Manual", dem Manifest „Eine Be-

wegung in Waffen" und weiteren Artikeln zum „führerlosen Widerstand" — , dass die legalen und die illegalen NS-Strukturen als Einheit angesehen werden müssen. Eine abgeschlossene illegale Untergrund-Zelle könnte in dieser Logik zwar im Ausnahmezustand des „Rassenkrieges" eine Zeitlang autonom agieren, doch ist sie Teil des bewaffneten Arms der neonazistischen Bewegung. Ihr Aufbau, ihre logistische Versorgung im Untergrund durch legale Neonazi-Strukturen und die politische Legitimierung ihrer Taten waren und sind Theorie und Praxis des gesamten militanten Neonazismus. Dass dabei nicht immer alle Aktivist_innen und Unterstützer_innen zusammen sitzen und ausdiskutieren, wer welche Aufgabe übernimmt, liegt in der Natur der Sache. Im „White Resistance Manual" heißt es: „Share no secret which does not have to be shared. In military terminology this is referred to as the ‚need to know' and is applied so that each individual is given only enough information to perform the mission required."[1] Dass also nicht alle Teile des Netzwerkes über alles Bescheid wussten, ist zwingend geboten, wenn man eine terroristische Vereinigung bildet und über Jahre handlungsfähig sein will.

Kurz vor dem Zeitpunkt, als das mutmaßliche NSU-Kerntrio im September 2000 den ersten Mord beging — an dem 37-jährigen Blumengroßhändler Enver Simsek in Nürnberg — berichtete das Antifaschistische Infoblatt von einem Treffen deutscher, schwedischer, britischer und norwegischer Neonazis aus dem internationalen Netzwerk von Combat 18 und Blood & Honour, das Anfang November 1999 in einer Kleinstadt bei Oslo stattgefunden hatte. Wesentliche Programmpunkte des Treffens, an dem mehrere deutsche Neonazis teilnahmen — darunter der Berliner Neonazi Heiko L. und Göttinger Neonazis aus dem Umfeld von Thorsten Heise — waren die Koordinierung internationaler Anti-Antifa-Aktivitäten und klandestiner Terror. Das Antifaschistische Infoblatt schrieb dann weiter: „Die deutschen Neonazis sind unter Zugzwang: Nach mehreren Morden, die von ihren schwedischen Kameraden im vergangenen Jahr verübt wurden und nach der spektakulären Bombenanschlagsserie in London, wollen sie ihren internationalen Vorbildern nacheifern. [...] Ein Teil dieser Szene ist den staatlichen Sicherheitsbehörden — die ansonsten immer ihre Finger im Spiel hatten, wenn Neonazis zu organisiertem Terror ansetzen — offenbar aus dem Ruder gelaufen." Zudem berichtete das AIB intensiv über die Ende der 1990er Jahre bis zum Verbot von Blood & Honour in Neonazizines wie dem „Hamburger Sturm" um Torben Klebe oder dem von Michael See herausgegebenen „Sonnenbanner" offen propagierten Terrorkonzepten des führerlosen Widerstands — beispielsweise in dem „Interview aus dem Untergrund", das der „Hamburger Sturm" im Mai 1999 veröffentlichte und das den „Nationalrevolutionären Zellen" um Carsten Szczepanski zugerechnet wird.



Die am 19. Dezember 1998 durch einen Bombenanschlag zerstörte Grabplatte von Heinz Galinksi. Die Suche nach den Tätern wurde bereits drei Wochen nach dem Anschlag eingestellt.

Der Schwerpunkt der AIB-Berichterstattung und der Antifa-Diskussionen bzw. Einschätzung über die Wirksamkeit der Terrorkonzepte in der Neonaziszene und Blood & Honour- und Combat-18 Strukturen als deren maßgebliche Protagonisten basierte auf realen Terroraktionen: Den Sprengstoff-Anschlägen gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" in Saarbrücken 1999, gegen das Grab von Heinz Galinski 1998 und 2002 sowie auf eine Gruppe vorwiegend jüdischer Emigrant_innen aus den GUS-Staaten in Düsseldorf-Wehrhahn im Juli 2000. Aber auch auf dem Mordanschlag von Kay Diesner auf den PDS-Buchhändler Klaus Baltruschat und Diesners Mord an dem Polizeibeamten Stefan Grage im Februar 1997 unter dem international genutzten Label „Weißer Arischer Widerstand" (WAW). Und so bezogen unabhängige Antifas immer auch eine internationale Perspektive mit ein: Das AIB berichtete ausführlich über die (Brief-)Bomben-Kampagnen der britischen und skandinavischen Blood & Honour-Strukturen, die Banküberfälle und Morde an Gewerkschaftern und Polizeibeamten in Dänemark, Norwegen und Schweden durch Combat 18 und Blood & Honour nahe Strukturen und Aktivisten in den Jahren 1999 und 2000. Und das AIB berichtete im Dezember 2001, dass ein Aussteiger aus der britischen Gruppe von „Combat 18" in einem Interview mit der britischen Zeitschrift Searchlight zugegeben hatte, er sei Ende 1998 aufgefordert worden, nach Deutschland zu reisen, „um dort ein paar Bomben zu bauen und sie abzuschicken."[2]

Doch die antifaschistische Analyse dieser Jahre hatte einen zentralen Fehler, der sich in dem oben genannten AIB-Zitat aus dem Jahr 2000 widerspiegelt: Wir sind immer davon ausgegangen, dass überall dort, wo Neonazis mit Waffen und Sprengstoff hantierten, Verdeckte Ermittler der Polizei — und auch V-Leute der Geheimdienste —



Am Abend des 30. April 1999 explodierte die dritte und letzte Bombe von David Copeland vor dem Admiral Duncan Pub in der Old Compton Street, dem Zentrum des Lesben- und Schwulenviertels im Londoner Stadtteil Soho. Durch die Explosion der Bombe starben Andrea Dykes (27) und ihre Freunde Nick Moore (31), sowie John Light (32). Andrea Dykes' Ehemann Julian wurde schwer verletzt. Insgesamt wurden bei der Explosion 79 Personen verletzt, viele davon schwer.

nicht weit waren — und dass das so gesammelte Wissen bei den Strafverfolgungsbehörden auch zu Aktivitäten führen würde. Die Razzia in der Jenaer Garage Nr. 5 im Januar 1998 und die Fahndungsmeldung nach Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt hat das AIB damals genauso als Beleg für die Umsetzung von Terrorkonzepten in der Neonaziszene, wie als Beleg für das Einschreiten der Strafverfolgungsbehörden — wie immer scheinbar im letzten Moment — gewertet; so wie in den Jahren davor und danach beispielsweise auch bei den „Nationalrevolutionären Zellen" um Carsten Szczepanski, Ralf L. und Nick Greger, die in Berlin-Brandenburg Rohrbomben- und Präzisionsgewehranschläge gegen Antifaschist_innen planten.[3] Im Nachhinein lässt sich in Bezug auf das NSU-Netzwerk feststellen, dass der erste Teil der AIB-Einschätzung richtig war, wenn wir uns die bekannten Sprengstofflieferanten wie Thomas Starke oder Carsten Szczepanski alias V-Mann Piatto als Waffen- und Ideenlieferant der Nationalrevolutionären Zellen und eventuell auch der NSU-Kerntrio-Unterstützer_innengruppe um Jan Werner und die Struktur der B&H Sektion Chemnitz anschauen. Allerdings haben wir — und nicht nur wir — den fatalen Fehler gemacht, auf den Strafverfolgungswillen der Behörden zu vertrauen, sobald es um Waffen und Sprengstoff geht. Auch, weil wir wussten, dass antifaschistische Strukturen einer derartigen Aufrüstung der Neonaziszene nichts entgegen zu setzen hatten — außer dem Ansatz, durch Skandalisierung die Strategien und Strategen des Terrors öffentlich zu machen und so Druck auf die Strafverfolgungsbehörden aufzubauen.

Noch ein zweiter Fehler kam hinzu: Wir haben in den 2000er Jahren nicht mehr verstanden, dass Terror auch in einer Phase der vermeintlichen Vermassung und Legalisierung durch Parlamentsarbeit immer ein konstitutives Moment der gesamten Neonaziszene bleibt — und haben deshalb Terrorstrukturen wie die Kameradschaft Süd um Martin Wiese in München[4], die Dortmunder Combat 18 Clique um Marko Gottschalk (Weisse Wölfe/Oidoxie/Oidoxie Streetfighting Crew), Robin Schmiemann und den überzeugten Neonazi und V-Mann des LfV NRW Sebastian Seemann trotz ihrer bekannten Waffengeschäfte mit den niederländischen und belgischen B&H Strukturen, die baden-württembergischen Neonazis und Bombenbastler um den JN-Funktionär Matthias B., die geplanten Bombenanschläge der Kameradschaft Aachener Land in Berlin im Frühjahr 2010 jeweils als einzelne Recherchefälle und nicht als Ausdruck einer Gesamtstrategie und -Diskussion gesehen.

Deutlich wurde dies auch in der Auswertung des im Sommer 2012 abgeschalteten thiazi-forums.[5] Die Autonome Antifa Freiburg erklärte hierzu[6]: Die BetreiberInnen des mit über 25.000 registrierten NutzerInnen bis zu seiner Abschaltung im Juni 2012 größten deutschsprachigen Naziforums thiazi.net wählten eine besonders eingängige Methode, um terroristische Propaganda zu verbreiten. Über einen „Thiazi Soli-Sampler" unter anderem mit Musik von „Blood & Honour" und den „Hammerskins" nahestehenden Bands wurde der von „Thiazi"-Aktiven ins Deutsche übersetzte Roman „Hunter" von William Pierce verbreitet. Während Pierces „Turner-Tagebücher" nicht zuletzt wegen ihrer für den NSU inspirierenden Wirkung breit rezipiert wurden, fand die Terror-Blaupause im „Jäger" bisher wenig Beachtung. Im „Jäger" verherrlicht der „National Alliance"-Gründer Pierce die Ermordung von „gemischten" Liebespaaren, Juden und Jüdinnen sowie Politiker_innen. Gewidmet ist das Buch einem neonazistischen Mörder, Joseph Paul Franklin, der als Heckenschütze in den USA unter anderem zwei afroamerikanische Männer kaltblütig erschoss.

### Mittendrin oder doch am Ende draußen vor der Tür? Der Staat und die Geheimdienste

Ein weiterer Fehler unserer Analyse der 1990er und Anfang der 2000er Jahre war, dass wir die schiere Menge an V-Leuten in der Neonaziszene ebenso unterschätzt hatten wie die strategischen Überlegungen und den strategischen Umgang der Neonazis mit dem V-Leute-System. NSU-Unterstützerin und Blood & Honour Chemnitz Aktivistin Antje Probst (Böhm) hatte es schon 1998 auf den Punkt gebracht: Durch die Kontakte von einigen B&H-Aktivisten zum Verfassungsschutz könne man die Geheimdienste auf falsche Fährten locken und die eigentlichen Aktivitäten umso ungestörter durchziehen. Kai Dalek, GdNF-Stützpunktleiter in Franken und regelmäßiger Teilnehmer der GdNF-Führer-Runden sowie langjähriger V-Mann des LfV Bayern, und Tino Brandt, NSU-Unterstützer und langjähriger V-Mann des LfV Thüringen sind dafür ebenso Beispiele wie die BfV-Spitzel und Neonazi-Führungskader Thomas Richter alias „Corelli" aus Halle/Saale, Ralf Marschner alias „Primus" aus Zwickau, Mirko Hesse alias „Strontium" aus Sachsen und Michael See alias „Tarif". Auch die Strukturen von „Blood & Honour" hätten ohne das Prinzip „Quellenschutz vor Strafverfolgung" nicht über Jahre hinweg die „Begleitmusik zu Mord und Totschlag" und eine extrem rechte Erlebniswelt mit Ausstrahlung weit über den engen Kern der Neonaziszene hinein in die vorpolitischen Milieus von Jugendlichen und jungen Erwachsenen insbesondere in ländlichen Räumen in den neuen Bundesländern — und damit einen essentiellen Baustein der Neonazibewegung — aufbauen können. Dazu muss man sich nur unter anderem die Schlüsselpositionen der Blood & Honour- Kader und V-Leute Marcel Degner alias VM „Hagel" des thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz[7] und Carsten Szczepanski alias „Piatto"[8], langjähriger V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes vergegenwärtigen. Das ohnehin unpassende Bild, die Behörden seien auf dem „rechten Auge blind", das sowohl von Medien aber auch von antifaschistischen Organisationen leider all zu gern verwendet wird, hat endgültig ausgedient. Die Behörden sind so weit gegangen, die zu beobachtenden Strukturen von V-Personen aufbauen zu lassen, mit Geld und Logistikhilfe, wie im Falle des bayerischen Neonazi-Spitzels Kai Dalek, der die Szene mit dem Mitte der 1990er Jahre innovativen Computer-Verbund Thule-Netz versorgte — und im Gegenzug die Behörden mit Dateien. Im Thule-Netz verharmloste Dalek offensiv die Mordanschläge von Kay Diesner. O-Ton Dalek im Thule-Netz: „Das hätten sich die Schreibtischtäter mit Sicherheit nicht träumen lassen, wie manche Kameraden auf Verbote reagieren können. Dass da mal Kameraden die Sicherung durchbrennt, ist verständlich und von meiner Seite nachvollziehbar (...) Wie sagte Kamerad Christian Worch vor ein paar Jahren sinngemäß: Sie werden uns auf Knien bitten, dass wir die Kameraden wieder zurückpfeifen, damit es nicht noch weitere Tote geben wird."[9] Wir können uns sicher sein, dass noch weitere V-Leute im NSU-Komplex auffliegen werden.

### Warum müssen sich eine antifaschistische Bewegung und Recherchezeitungen mit den eigenen Fehleinschätzungen der 1990er Jahre auseinandersetzen?

Es gibt noch weitere Gründe, warum wir uns wesentlich intensiver mit unseren Fehleinschätzungen der 1990er Jahre auseinandersetzen müssen: Wir müssen, nach allem, was wir derzeit wissen, davon ausgehen, dass es neben dem NSU-Netzwerk weitere terroristisch aktive neonazistische Netzwerke in Deutschland gab und gibt — deren ProtagonistInnen bislang unbehelligt sind. Zur Erinnerung: Es gibt keinen einzigen verurteilten Täter_in weder für den Sprengstoffanschlag auf die Wehrmachtsausstellung in Saarbrücken mit einem Sachschaden von einer knappen halben Million Euro noch für die Sprengstoffanschläge in Düsseldorf-Wehrhahn oder auf das Galinski-Grab. Und auch das ist klar: Die Bombenbauer der frühen 1990er Jahre machen weiter wie gehabt. Schließlich müssen sie nicht einmal im NSU-Komplex mit einer ernsthaften Strafverfolgung rechnen. Das wird ihnen bei jedem Prozesstag am OLG München neuerlich deutlich gemacht. Die terroraffinen Netzwerke der bundesdeutschen Neonazis haben sich weder alleine zu dem Zweck entwickelt, den NSU zu unterstützen, noch haben sie in der Zeit der Existenz des Untergrund-Trios sich alleine in Unterstützungshandlungen für diese Drei verausgabt. Die Agenda des nationalsozialistischen Untergrunds — wohlgemerkt nicht des Nationalsozialistischen Untergrunds — ist weitaus langfristiger, vielfältiger und gefestigter als die Behörden uns dies weismachen wollen.

Und es gibt noch eine Kontinuitätslinie, die wir stärker in den Fokus nehmen müssen. In der aktuellen rassistischen Mobilisierungswelle, die derzeit durchs Land geht — inklusive mehr als zwei Dutzend Brandanschläge auf Flüchtlingsheime seit Jahresbeginn 2014 — wird eine neue „Generation Terror" politisiert, die auf eine erfahrene „Generation Terror" trifft, die nicht aufhört. Der organisierte und gewaltbereite Rassismus vom Beginn der 1990er-Jahre war die Schule der Generation von Neonazis, aus der das NSU-Netzwerk hervor ging. Oder anders gesagt: Rassismus steht am Beginn und am Ende des NSU und im Zentrum der Ideologie neonazistischen Terrors. Deshalb müssen wir verstehen, dass das Problem Rassismus heißt. Einen wirklichen Wandel kann es daher nur geben, wenn der Rassismus, der alltägliche, der institutionelle und der organisierte, als Problem erkannt und bekämpft wird. •

**Hilde Sanft** war Mitglied im AIB-Redaktionskollektiv der 1990er und 2000er Jahre und ist im NSU-Watch Netzwerk aktiv.
**Ulli Jentsch** ist Mitarbeiter des apabiz e.V. und NSU-Watch.

**1** „Werwolf, Waffen, Werthebach: Wer ist die Anti-Antifa? " in: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 50 1/2000 **2** Antifaschistisches Infoblatt Nr. 54/Winter 2001/2002, S. 31:'Combat 18' inside! — Nazi-Informant Darren Wells über die Terrorgruppe 'C-18'", ausführlich in: Searchlight international, Ausgabe Nr. 318/Dezember 2001, „Why I turned my back on C18 - an exclusive interview with ex-nazi Darren Wells", S. 5. **3** vgl. AIB Nr. 97 (4.2012): Ku-Klux-Klan **4** vgl. zur Kameradschaft Süd monitor und aida und AIB Nr. 66 (2.2005): „Terrorpläne vor Gericht". **5** Vor dem Landgericht Rostock begann am 28. November 2014 der Prozess gegen vier mutmaßliche Forumsmoderatoren von thiazi **6** https://linksunten.indymedia.org/en/node/116875 **7** a.a.O., S. 270f. **8** a.a.O., S. 284ff, Unterkapitel „Der V-Mann Piatto" **9** www.aida-archiv.de, NSU in Bayern

TITEL

# Der NSU, „The Order“ und die neue Art des Kampfes

VON DIRK LAABS

Wenn es um die Hintergründe der Morde und Anschläge des NSU geht, schweigen die bekannten Mitglieder und Unterstützer der Terrorgruppe — in Verhören, vor Gericht, gegenüber Journalisten. Niemand spricht. Trotzdem ist der ideologische Kontext des NSU unbestritten, da unter anderem Uwe Mundlos als Täter und André Eminger als mutmaßlicher Unterstützer ihre Gesinnung in mehreren Texten unmissverständlich offen gelegt haben. Eminger fühlte sich offenbar als deutsche Sperrspitze des internationalen „Weißen Arischen Widerstands“. So verantwortete er das Skinzine „Aryan Law and Order“, in dem die rassistische US-Terrorgruppe „The Order“ als Vorbild gefeiert wurde: „Es handelt sich hierbei aber nicht um eine neue Bewegung, die mit den anderen konkurriert. Nein, hier handelt es sich um Elitekämpfer, die aus den besten Leuten der verschiedenen Bewegungen [sic], die schon existierten. ... Es ist eine neue Art des Kampfes, einer Untergrundbewegung.“

Zahlreiche Parallelen zwischen dem NSU und „The Order“ fallen auf. Die US-Terrorgruppe raubte Banken aus, richtete Menschen gezielt hin und benutzte dabei Waffen, die mit Schalldämpfern bestückt waren. So lange ihre Mitglieder unerkannt im Untergrund lebten, bekannte sich die Gruppe nie zu den Taten. Wie „The Order“ fühlte sich der NSU zudem offenbar als eine Art Vorauskommando einer „arischen Befreiungsarmee“, deren Geschichte nach der Vernichtung aller Feinde von den Überlebenden in Ehrfurcht gefeiert werden wird, was die Tatwaffen zu quasi religiösen Reliquien macht. So fand man in einer ausgebrannten Wohnung in Zwickau, die ein Unterstützer für den NSU angemietet hatte, Waffen, die den NSU mit mehreren Morden in Verbindung bringen. Auch im letzten Wohnmobil von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos lagen diverse Beweismittel. Die Mitglieder von „The Order“ hatten ebenfalls die Manie entwickelt, Waffen und andere Gegenstände aufzubewahren, die sie schwer belasteten.

Der gebürtige Texaner Robert Jay Mathews hatte die US-Terrorgruppe „The Order“ im September 1983 mit acht Komplizen an der Westküste der USA gegründet. Die neun Männer saßen dafür in einer Holzhütte auf Mathews Grundstück im Kreis, in ihrer Mitte die vier Monate alte Tochter eines der Terroristen in spe — „die Zukunft der weißen Rasse“, für die Mathews und seine Mitstreiter kämpfen wollten. Mathews schwor die Gruppe ein. Man befinde sich im Krieg, es sei Zeit gegen das Juden-Regime, die US-Regierung, loszuschlagen. Die Männer in der Hütte waren zuvor zum Teil Anhänger diverser Ku-Klux-Klan-Gruppen und fühlten sich zu militanten „White Supremacists“ hingezogen, die im Wesentlichen glauben, dass die weißen Christen Mitglieder des auserwählten Volk Gottes sind, aber dennoch Gefahr laufen, von ihren Feinden ausgelöscht zu werden. Hinter dieser Bedrohung steckten vor allem die Juden, geschickt vom Teufel persönlich.

„The Order — Brüder schweigen“ hieß die kleine Untergrundarmee mit vollständigem Namen. Der deutsche Teil ihres Namens brachte der Gruppe den Beinamen „the silent brotherhood“ ein. Tatsächlich hatte der Gründer von „The Order“ diesen Halbsatz aus dem „Treuelied“, der Hymne der Waffen-SS übernommen: „Wenn alle Brüder schweigen, und falschen Götzen trau'n. Wir woll'n das Wort nicht brechen...“

Der im NSU-Prozess Angeklagte Andre Eminger trat im Oktober 2014 mit einem T-Shirt „Brüder schweigen — bis in den Tod“ vor Gericht auf. Offensichtlich eine Bezugnahme auf „The Order“.[1]

Robert Mathews engagierte sich, bevor er „The Order“ gründete, vor allem bei der „National Alliance“, angeführt von William Luther Pierce. Ein Buch von Pierce lieferte die Vorlage für „The Order“: „The Turner Diaries — Die Tagebücher des Earl Turner“. Im Zentrum der Erzählung steht die Figur Earl Turner. Nachdem die Bundesbehörden Afroamerikaner schicken, um Turner und anderen weißen Christen ihre Waffen wegzunehmen, geht er in den Untergrund. Mit anderen Aufständischen überfällt er Banken und Geldtransporter und fälscht große Mengen Geld, um die Bundesbehörden bekämpfen zu können. Turner und seine Komplizen sprengen später ein FBI-Gebäude in die Luft, töten dabei 700 Menschen. Die Untergrundarmee nennt sich nur die „Organisation“. Geführt wird der Aufstand von einer Gruppe, von der selbst viele Kämpfer nichts wissen dürfen — „The Order“.

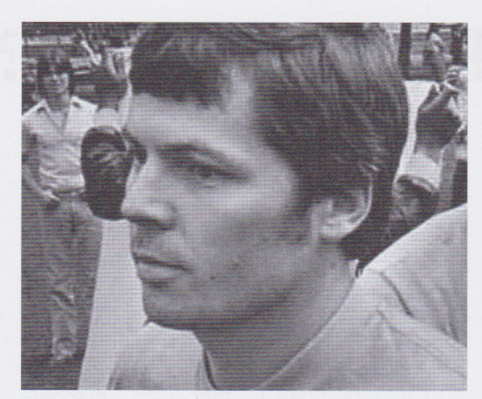
Mathews kannte das Buch „The Turner Diaries“ angeblich auswendig, und die Männer, die Mathews folgen sollten, waren in der gleichen Stimmung wie Earl Turner: „Wir hatten das Reden satt. Wir wollten alle endlich etwas tun“, sagt einer von ihnen später in einem Fernsehinterview. „Worte sind genug gewechselt, nur mit Taten kann

ihnen Nachdruck verliehen werden" heißt es in einem Brief, den der NSU an diverse Neonazi-Gruppen verschickt hat, um für die eigene Organisation und den Kampf zu werben — in den Briefumschlägen lagen hohe Bargeldsummen. Auch Robert Mathews verschenkte einen Großteil seiner Beute — im Gegensatz zu seinen Komplizen — an die „arische Bewegung". Er gab 300.000 Dollar an Tom Metzger von W.A.R. („White Aryan Ressistance"), so dass der sich Computer kaufen konnte, er finanzierte dem Autoren der „Turner-Diaries", William Pierce, ein Grundstück und schenkte einem College-Professor Geld, damit der eine Neonazi-Rockband gründen konnte. Matthews stiftete sogar eine Samenbank in Portland, die nur das Sperma von „arischen Kämpfern" annehmen sollte.

In vierzehn Monaten hatte „The Order" fast fünfzig Mitglieder rekrutiert und wurde später als die gefährlichste US-amerikanische Terrorgruppe der 1980er bezeichnet, obwohl sie — streng genommen — den erklärten Feind nur selten direkt bekämpft hatte. Zwei Morde hatten die Mitglieder von „The Order" begangen: Sie brachten einen angeblichen Verräter um und sie ermordeten den jüdischen Radiomoderator Alan Berg. Der hatte vehement organisierte weiße Rassisten in seinen Sendungen kritisiert. Komplizen von Mathews spähten Berg deshalb aus und erschossen ihn später mit einer MP mit aufgeschraubtem Schalldämpfer. Die meiste Zeit über waren die Terroristen allerdings damit beschäftigt, Geld zu rauben, um im Untergrund überleben zu können und sich noch mehr Waffen zu kaufen.

So überfiel die Gruppe um Robert Mathews im Juli 1984 einen Transporter der Firma „Brinks" und erbeutete 3,6 Millionen Dollar. Der Wachmann in der Fahrerkabine und eine Wachfrau hinten in dem gepanzerten Wagen waren beide Afroamerikaner. Die Neonazi-Terroristen ließen sie leben. Mathews soll sogar darauf bestanden haben, dass bei den Überfällen niemand erschossen wird. Wenn die Mitglieder von „The Order" morden wollten, dann musste das Opfer offenbar im Stile einer Exekution sterben — wie bei einem Ritualmord. Es sollte nur um den Akt des Tötens, nicht um Raub oder andere Motive gehen. Auch hier könnte sich eine Parallele zum NSU zeigen, dessen Mitglieder sich bei den diversen Banküberfällen auch in brenzligen Situationen niemals gezielt den Weg freischossen, sondern lieber wegliefen.

Das FBI bekämpfte, anders als es später dem NSU durch deutsche Behörden widerfuhr, „The Order" mit Nachdruck und nutzte die Fehler der Mitglieder konsequent aus. So hatte Robert Mathews bei dem Überfall auf den Geldtransporter eine Waffe zurückgelassen — die brachte das FBI auf die Spur eines Mitgliedes, der bei einem Waffenhändler seine korrekte Adresse hinterlegt hatte. Observationen und Durchsuchungen folgten. Die MP, mit der Berg ermordet worden war, wurde bei einem Mitverschwörer gefunden, der nicht selber geschossen hatte. Ein anderer bewahrte einen Zeitungsartikel über einen Überfall auf einen Geldtransporter auf, an dem er beteiligt war — gleich neben seinen eigenen Milchzähnen. Das erinnert an die Sammlung von Artikeln über die Morde des NSU, die in der Wohnung in Zwickau gefunden wurden.



The Order-Gründer Robert Jay Mathews

Der Kriminologe Mark S. Hamm schließt aus der Sammelwut von „The Order": „Die Terroristen benutzen Gegenstände, die sie in der Schlacht benutzt haben, um sich gegenüber einem aktuellen und zukünftigen Publikum als wahre Helden erkennen geben zu können." Symbolismus sei vor allem für Mathews alles gewesen, denn, so Hamm, bei dieser Art des Terrors geht es weniger um strategische Ziele, sondern vor allem um „die individuelle Reputation der Terroristen — sie wollen, dass man sich an sie als mutige, angstfreie, loyale Kämpfer erinnert."

Doch loyal waren die meisten Mitglieder von „The Order" keinesfalls. Robert Mathews war am Ende allein in einer Hütte auf einer Insel vor Seattle, alle anderen Mitstreiter hatten aufgegeben oder waren überwältigt worden, einige von ihnen hatten unter Druck mit dem FBI kooperiert und Mathews Unterschlupf verraten. Auch als die Polizei ihn umzingelt hatte, stellte sich Mathews nicht. Spezialeinheiten feuerten schließlich Phosphorgranaten in sein Versteck, die Hütte brannte nieder - Mathews schoss weiter, bis er in dem Rauch erstickte. Erst in seinem letzten Unterschlupf hatte Mathews eine Kriegserklärung an die US-Regierung geschrieben. Die US-Öffentlichkeit erfuhr so erst nach dem Ende der Belagerung überhaupt, dass eine rechtsradikale Terrororganisation namens „The Order" existierte.

Trotz ihres schnellen Endes hatte die Gruppe einen sehr großen Einfluss auf Neonazis weltweit. Der Akteur der militanten britischen Neonazi-Szene und spätere Aussteiger Darren Wells bestätigte dem britischen Antifa-Magazin Searchlight, wie wichtig „The Order" war: „Ich glaube nicht, dass irgendwer von uns wirklich dachte, dass wir tatsächlich die Kontrolle über das Land übernehmen würden. Aber wir dachten, wir könnten genügend Schaden verursachen, und dann diesen grandiosen Heldentod sterben, um Märtyrer wie die Leute von The Order zu werden. Außerdem muss man bedenken, dass alle in einer Gruppe wie der unsrigen eigentlich nur als Teil der Gruppe lebten, wir hatten ein einziges Leben. ... Das einzige, wovor wir Angst hatten, war, dass wir geschnappt würden, bevor wir losschlagen konnten... Das wurde zu unserem einzigen Lebenszweck und wurde wichtiger als alles andere: Die Leben der Leute, ihre Jobs und Familien bedeuteten nichts mehr. Alles was zählte, war so zu werden wie unserer Vorstellung nach The Order war."[2] •

1 www.nsu-nebenklage.de: 16. Oktober 2014
2 www.antifainfoblatt.de/artikel/„combat-18"-inside

TITEL

Nach Zählung der Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl hat es deutschlandweit bis November 2014 bereits 55 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte gegeben. Fast die Hälfte dieser Angriffe waren Brandstiftungen. Bislang wurden bei diesen Anschlägen keine Menschen verletzt. Können diese Anschläge als Terror bezeichnet werden? Hat sich seit der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 die Definition für rechten Terror verändert?

# Rechter Terror?

Am 12. Oktober diesen Jahres wurde in Groß Lüsewitz bei Rostock eine Flüchtlingsunterkunft mit Brandsätzen angegriffen. Es entstand vor allem Sachschaden durch Verrußungen an dem Gebäude, in dem derzeit acht Familien untergebracht sind.[1] Etwa ein Jahr zuvor, im November 2013, wurde eine Flüchtlingsunterkunft in Essen mit Feuerwerkskörpern beschossen. Das Holzgebäude geriet glücklicherweise nicht in Brand. Ein 9-jähriges Kind musste in der Folge im Krankenhaus psychologisch behandelt werden. Dies sind nur zwei der Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, die in den letzten Jahren die Diskussion um die Neuerrichtung von Unterkünften für geflüchtete Menschen begleitet haben. Bundesweit stieg die Zahl von Anschlägen von 2012 zu 2013 auf nahezu das Doppelte an.

**Ein Begriff von Terror**

Terror ist zunächst eine Form politischer Gewalt, wenn man so will, eine ihrer Eskalationsstufen. Rassistische Gewalt ist nicht zu trennen von anderen Gewalt- und Aggressionsformen in einer Gesellschaft. Der Gewaltbegriff darf also nicht zu eng gefasst werden, sondern muss verschiedene Formen von Gewalt einschließen. Das können neben direkter körperlicher Gewalt auch strukturelle (patriarchalische oder die kapitalistische Organisation einer Gesellschaft) Gewalt[2], sowie psychische Gewalt sein. Häufig erzeugen insbesondere Formen von psychischer Gewalt dauerhaftere Einschränkungen als direkte personale Gewalt. Obwohl v. a. psychische Formen der Gewaltanwendung, wie z. B. die Bedrohung, subjektiv sehr unterschiedlich empfunden werden, ist es doch wichtig, sie als gewaltvoll anzuerkennen. Ein objektives Maß an (für alle sichtbaren oder besonders schweren) Verletzungen ist hier nicht entscheidend, sondern allein die Perspektive der Betroffenen. Der Angriff einer Flüchtlingsunterkunft stellt neben seinen sichtbaren Schäden am Gebäude immer auch eine Androhung konkreter Gewalt an Personen dar. Häufig sind die geflüchteten Menschen zudem bereits durch Gewalterfahrungen in ihrem Herkunftsland traumatisiert. Die Vorbelastung führt zu erschwerten Verarbeitungsmöglichkeiten von Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen.

Neben dieser Perspektive der Betroffenen, die derartige Angriffe als Terror empfinden können, ist es die Wirkungsabsicht der Täter, die hier beachtet werden muss. Wer Brandsätze auf ein Haus wirft, in dem sich Menschen befinden, muss damit rechnen, dass dabei Menschen getötet werden. Die Folge dieser Angriffe sind Angst und Einschüchterung bei den Betroffenen und potentiell Betroffenen. Ein Ziel von Terror ist damit erreicht. Die rassistisch motivierte Gewaltanwendung dient dazu, Machtansprüche gegen die Menschen durchzusetzen, die als fremd, unterlegen, minderwertig, bedrohlich oder nicht-deutsch bezeichnet werden. Die scheinbare Willkür in der Auswahl des Opfers bei rassistischen Angriffen auf konkrete Personen wiederholt sich bei dem Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft. Es geht nicht um konkrete Personen, mit denen die Täter_innen eine persönliche Erfahrung verbinden, sondern um vermeintliche Eigenschaften, die Menschen als „Exemplare" einer Feindgruppe ausweisen. Die Opfer solcher Angriffe sollen sich nicht sicher fühlen, sie sollen spüren, dass sie nicht erwünscht sind. Gerade die Ungewissheit, ob ihr Überleben von der Ungeschicklichkeit der Täter_innen oder ihrem absichtsvollem Tun abhängt, kann als eine Form von rassistischem Terror bezeichnet werden. Damit ist Terror eine Form von ausgeführter oder angedrohter Gewalt.

**Politische Analyse und politische Praxis**

Dennoch gibt es einen guten Grund, bei der Beschreibung dieser jüngsten Angriffe als Terror zurückhaltend zu sein. Wenn alle Angriffe unter einen gleichen Begriff geordnet werden, geht der Blick für die graduellen Eskalationsstufen von Gewalt verloren. Die Wahrnehmbarkeit dieser Stufen kann aber beim Verständnis des Zusammenhangs von gesellschaftlichen Diskursen (die Bezeichnung von Geflüchteten als zu lösendes „Problem" für die deutsche Gesellschaft) und öffentlicher Gewaltakzeptanz (Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, Pogrome) helfen. Die Erfahrung rechten Terrors hat zuletzt der NSU seinen Opfern und anderen (potentiell) Betroffenen aufgenötigt. Erschießungen, Nagelbomben- oder Sprengstoffanschläge sind unbestritten gravierendere Ausprägungen von Gewalt als ein Angriff mit einem Feuerwerkskörper und die mit ihm verbundene Bedrohung. Wie haben die Taten des NSU den gesellschaftlichen Umgang mit dem Begriff des rechten Terrors geprägt? Eine poli-






tisch-theoretische Analyse als Teil antifaschistischer Arbeit kann diese unterschiedlichen Arten von Gewalt nicht gleichermaßen als Terror verabsolutieren.

Gleichwohl muss die antirassistische und antifaschistische Praxis die Einschätzungen und Empfindungen der Betroffenen eines konkreten Angriffes ernst nehmen. Dies hieße, bewusst mit doppelten Standards zu arbeiten, denn die politische Sprache (von bspw. Pressemitteilungen, Flyern, Aufrufen) darf skandalisieren, um die Opferperspektive zu verdeutlichen. Wenn folglich betroffene Personen den Angriff auf eine Unterkunft als Terror(isierung) einstufen, dann sollte dieser Einschätzung in der politischen Praxis in jeder Hinsicht Geltung verschafft werden. Das hieße auch die offiziellen Definitionen von Terror zu kritisieren, die einerseits auf das Vorhandenseins schwerer Körperverletzungen fixiert und anderseits an das Motiv der Erzwingung eines bestimmten Regierungshandelns bzw. an das Erreichen politischer Ziele gebunden sind. Hier wäre ein Terrorbegriff zu entwickeln, der seinen Ausgang bei den Opfergruppen nimmt und daraus Ableitungen über eine spezifische Tätermotivation treffen kann. Dieser Zugang würde auch die, insbesondere durch staatliche Stellen, gern betriebene Gleichsetzung von linker, rechter, islamistischer Gewalt auf Basis der so genannten Extremismustheorie erschweren.

Eine weitere noch zu untersuchende Frage wäre, wie sich die Einschätzung von Anschlägen als terroristisch bzw. als nicht terroristisch seit der Selbstenttarnung des NSU verändert hat. Haben die Morde durch den NSU eine neue Messlatte für den Begriff Terror geprägt?

Die rassistische Gewalt der 1990er Jahre — eine Zeit in der Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und weitere Unterstützer_innen des NSU politisiert wurden — stand im engen Zusammenhang mit der Asyl- und Einwanderungspolitik der Bundesrepublik. Auch die momentanen Angriffe und Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte sind politisch von einer gesamteuropäischen Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen gerahmt. Der politische Ton ist heute unbestritten vorsichtiger als zu Beginn der 1990er Jahre; auch die medialen Darstellungen einer „Flüchtlingsflut" oder „Flüchtlingswelle" auf die europäischen Grenzen sind nicht mehr so platt — die Grenzzäune aber um so höher. Rassistische Vorstellungen werden jedoch nicht zuerst an den extremen Rändern der Gesellschaft ausgebrütet, sondern sind Produkt einer Gesellschaft, die denjenigen Politiker_innen zustimmt, die die Kontrolle und Abwehr von geflüchteten Menschen an den EU-Außengrenzen vorantreiben und die Selektion von Flüchtlingen nach Herkunftsland[3] jüngst mit der Änderung des Asylrechts beschlossen hat. Der Rassismus der Neonazis ist nur der offen sichtbare Teil des gesellschaftlichen Ganzen, den es ohne die weite Verbreitung rassistischer Alltagspraxen und institutioneller Rassismen nicht geben würde. •

**1** www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Brandsaetze-auf-Asylbewerberheim-geworfen,brandanschlag 182.html [14.11.2014]; **2** www.kombinat-fortschritt.com/2014/10/12/brandanschlag-auf-fluechtlingsunterkunft **3** [14.11.2014].Der Begriff der strukturellen Gewalt ist aufgrund seiner Dehnbarkeit umstritten, da er nur schwer vom Begriff der Macht zu unterscheiden ist. Im September 2014 hat der Bundesrat einer Änderung des Rechts auf Asyl zugestimmt. Asylanträge von Menschen aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien können nun schneller abgelehnt werden. Diese Länder gelten fortan als sichere Herkunftsländer, in denen nicht zu erwarten ist, dass Geflüchtete dort von Folter, Verfolgung oder Krieg bedroht seien.

TITEL

Beate Zschäpe soll in der Haft gegenüber einem Vernehmungsspezialisten des Bundeskriminalamts (BKA) die Bemerkung herausgerutscht sein: „So einen Fall wie mich hat's doch noch nie gegeben." Dies zeigt nicht nur die Eitelkeit des mutmaßlichen NSU-Mitglieds — Zschäpe lag mit ihrer Einschätzung auch falsch. Denn es gab Vorläufer des „Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und Beate Zschäpe ist nicht die erste am deutschen Rechtsterrorismus beteiligte Frau. Zu Beginn der 1980er Jahre gab es in der alten Bundesrepublik eine Welle rechtsterroristischer Anschläge mit bis zu 20 Todesopfern bis 1982.[2] Bei den für diese Taten verantwortlichen Organisationen wirkten auch neonazistische Frauen mit.

# Rechtsterroristinnen

## Zschäpes Vorgängerinnen[1]

### Frauen bei den „Deutschen Aktionsgruppen" (DA)

Die „Deutschen Aktionsgruppen" (DA) verübten im Jahr 1980 sieben Brand- und Sprengstoffanschläge, die zumeist antisemitisch oder rassistisch motiviert waren. Ihr Anführer war der Anwalt Manfred Roeder, der einen Kreis Gleichgesinnter um sich versammeln konnte. Am 1. September 1980 gelang der Polizei in einer Großaktion die Zerschlagung der Organisation und die Festnahme ihrer Mitglieder. Die meisten Taten der DA wurden unter wesentlicher Beteiligung von Sibylle Vorderbrügge verübt, die eine zentrale Rolle in der Gruppierung einnahm. Dies gilt auch für den schwerwiegendsten Anschlag der DA, eine Brandstiftung auf ein Wohnheim in Hamburg am 22. August 1980, bei dem die Vietnamesen Ngoc Chau Nguyên und Anh Lân Dô ermordet wurden. Erklärtes Ziel der Gruppierung war es, „Deutschland von den Ausländern zu befreien". Sibylle Vorderbrügge arbeitete in einem Krankenhaus in Hamburg und kam über ihre Arbeitskollegin Gabriele C. in Kontakt mit neonazistischer Ideologie. Auch Gabriele C., Tochter von Heinz Colditz, ebenfalls ein DA-Mitglied, beteiligte sich an den Vorbereitungen zu einem Sprengstoffanschlag der DA auf eine Schule in Hamburg, bei dem zwei zufällig vorbeikommende Krankenschwestern verletzt wurden. Gertraud R., die Ehefrau




Roeders, nahm zwar nicht an terroristischen Aktivitäten teil, verwaltete jedoch einen Verein und — hiermit verbunden — ein Spendenaufkommen, auf das die DA zurückgreifen konnte. Sie tat dies vor allem während der Zeit, in der ihr Ehemann sich im Ausland aufhielt, um sich dem Zugriff der Polizei zu entziehen und während seiner Zeit in Haft.

Wegen der Gründung einer terroristischen Vereinigung wurde Manfred Roeder im Jahr 1982 zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren verurteilt, jedoch bereits am 15. Februar 1990 wegen einer günstigen Sozialprognose entlassen. Sibylle Vorderbrügge wurde wie weitere Mitglieder der DA zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Nachdem sie acht Jahre ihrer Strafe in Stuttgart-Stammheim verbüßt hatte, wurde sie schon 1988 auf freien Fuß gesetzt. In der Anklageschrift wurde Sibylle Vorderbrügge als Roeder gegenüber „geistig und sexuell hörig" beschrieben und gab selbst vor Gericht an, diesem „verfallen" gewesen zu sein und daher die Taten begangen zu haben. Ein Bekenntnis, das die verbüßte Strafe nicht gesteigert haben dürfte.

### Eine Frau im bewaffneten Kampf von Mitgliedern der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" (VSBD)

Die mit vollständigem Titel „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit" (VSBD/PdA) genannte neonazistische Organisation wurde am 17. Juni 1971 von dem mittlerweile verstorbenen Neonazi Friedhelm Busse gegründet und am 24. Januar 1982 als verfassungsfeindliche Organisation verboten. Am 24. Dezember 1980 hatte ein VSBD-Mitglied bei einem illegalen Grenzübertritt zwei Beamte des Schweizer Grenzschutzes getötet und danach Selbstmord begangen. Im Vorfeld eines geplanten Banküberfalls kam es am 20. Oktober 1981 in München zu einer Schießerei zwischen fünf VSBD-Mitgliedern und der Polizei. Hierbei wurden zwei der Neonazis ge-



Opfer des Mordanschlages der Deutschen Aktionsgruppen vom 22. August 1982 in Hamburg wurden Ngoc Chau Nguyên und Anh Lân Dô. (Bild: Ausschnitt aus die tat Nr.6/1982).

tötet und ein Polizist lebensgefährlich verletzt. Im Rahmen der anschließenden Fahndung wurde mit Christine Hewicker noch im selben Jahr auch eine 23-jährige Frau von einer Antiterroreinheit in Belgien festgenommen und nach Deutschland ausgeliefert. Eine Anklage als „terroristische Vereinigung" (nach §129a StGB) wurde fallen gelassen, obwohl hierfür einige Anhaltspunkte vorlagen. Die bereits wegen Volksverhetzung und Sachbeschädigung vorbestrafte Hewicker erhielt letztlich eine sechsjährige Gefängnisstrafe — unter anderem für ihre Beteiligung an einem weiteren Banküberfall, bei dem sie den Fluchtwagen fuhr. Die 1959 in Lüneburg geborene Rechtsterroristin distanzierte sich in der Haft vom Neonazismus.

**Frauen im Umfeld der „Wehrsportgruppe Hoffmann" (WSG Hoffmann)**

Auch die nach ihrem Anführer Karl-Heinz Hoffmann benannte „Wehrsportgruppe Hoffmann" (Vgl. S.16) wurde nie juristisch als „terroristische Vereinigung" eingestuft. Von ihren (ehemaligen) Mitgliedern und aus ihrem Umfeld heraus wurden jedoch in den frühen 1980er Jahren mehrere Mordtaten von terroristischer Qualität verübt, die von der Justiz letztlich nur verschiedenen — ausnahmslos männlichen — „Einzeltätern" angelastet wurden. So ermordete mutmaßlich Uwe Behrendt am 19. Dezember 1980 aus antisemitischen Motiven den Verleger und ehemaligen Vorsitzenden der israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frieda Poeschke in deren Haus in Erlangen. Levin hatte mehrfach vor der Gefährlichkeit der WSG Hoffmann gewarnt. Behrendt, der Mitglied der WSG Hoffmann war, beging am 16. September 1981 im Libanon Selbstmord.

Die 400-600 Personen umfassende WSG Hoffmann wurde ab 1974 zunächst wegen ihrer paramilitärischen Wehrsportübungen zunehmend in der Öffentlichkeit bekannt. Am 30. Januar 1980 erfolgte das Verbot der Vereinigung, die bis zu diesem Zeitpunkt den bewaffneten Kampf übte und eine „Vorstufe" zum Terrorismus wohl bereits erreicht hatte. In die WSG Hoffmann wurden vor ihrem Verbot sowohl in ihren Anfangsjahren, als auch wieder ab 1979 Frauen als Mitglieder aufgenommen. Um die weibliche neonazistische Zielgruppe wurde von der WSG Hoffmann in ihrer Publikation „Kommando" phasenweise sogar regelrecht geworben. In einer Gruppe von 58 AnhängerInnen und Mitgliedern der ehemaligen WSG Hoffmann, gegen die nach dem Attentat auf das Münchner Oktoberfest am 26. September 1980 polizeilich ermittelt wurde, befanden sich fünf Frauen.

Nach dem Verbot seiner Organisation baute Hoffmann mit Unterstützung der palästinensischen Fatah im Libanon die etwa 15-köpfige paramilitärische Gruppe „WSG Ausland" auf, die vorwiegend aus ehemaligen Mitgliedern der WSG Hoffmann bestand und bereits Anschläge auf Personen und Einrichtungen in der Bundesrepublik und im Nahen Osten geplant haben soll. Nach der Rückkehr aus dem Libanon wurden Hoffmann und seine damals 35-jährige Lebensgefährtin und spätere Ehefrau Franziska Birkmann jedoch sofort festgenommen. Sie war offenbar als eine Art Statthalterin in der BRD verblieben und nahm nach Aussagen von geständigen Mitgliedern der Gruppe vor Gericht und auch nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft Nürnberg eine organisatorische Führungsrolle ein.

Beim erwähnten Doppelmord des WSG Hoffmann- und WSG Ausland-Mitglieds Uwe Behrendt in Erlangen wurde die Sonnenbrille von Birkmann am Tatort zurückgelassen. Aufgrund einer Eingravierung des Optikers ließ sich die Brille im Nachhinein leicht zuordnen. Nach Angabe von Hoffmann im gegen ihn wegen Anstiftung zum Mord geführten Prozess habe der Einzeltäter Behrendt diese bei der Tat getragen. Zudem habe Behrendt die Tatwaffe, die aus Hoffmanns Besitz stammt, ihm ohne sein Wissen entwendet. Damals wohnte Behrendt gemeinsam mit Hoffmann bei Birkmann im Schloss Ermreuth. Noch heute berichtet Hoffmann auf seiner Homepage über den Erwerb des „Hauptquartieres" der WSG durch seine spätere Ehefrau Franziska Birkmann/Hoffmann. Am Ende entscheidet sich das Gericht trotz anderweitiger Indizien für die These, der drei Wochen vor Prozessbeginn gestorbene Behrendt habe alleine gehandelt.

Die Polizei hatte im Übrigen im Fall des Erlanger Doppelmords über Monate hinweg den Täter nicht im rechten Spektrum gesucht, sondern unter den angeblich kriminellen Angehörigen der jüdischen Gemeinde — die Parallelen zu dem NSU-Mordermittlungen sind auffällig. Franziska Birkmann wurde erst fünf Wochen nach der Tat überhaupt zu ihrer Sonnenbrille am Tatort befragt. Sie wurde wegen Beihilfe zum Mord angeklagt, jedoch wie Hoffmann nicht dafür verurteilt. •

**1** Der Artikel basiert auf: Amadeu-Antonio-Stiftung/ Fachstelle Gender und Rechtsextremismus (2014) (Hg.): „Rechtsterroristinnen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland", in: „Rechtsextreme Frauen übersehen und unterschätzt", Broschüre, online: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschuere_rechtefrauen.pdf **2** Jentsch, Ulli (2010): Terroristische Einzeltäter-Vereinigungen. Der Neonazi-Terror der achtziger Jahre in der alten Bundesrepublik. In: Antifa Infoblatt 89/4.2010, 11.12.2010. Online unter https://antifainfoblatt.de/artikel/terroristische-einzelt%C3%A4ter-vereinigungen [16.02.2014].

TITEL

Was, den gibt es immer noch? Die Älteren werden sich erinnern: Karl-Heinz Hoffmann war in den 1970er Jahren „Chef“ der Wehrsportgruppe Hoffmann, der größten rechten Wehrsportgruppe in der damaligen Bundesrepublik.

# Die Umtriebe des Karl-Heinz Hoffmann

TOMAS LECORTE

Die überwiegend aus jungen Neonazis bestehende Gruppe probte den Ernstfall rund um Nürnberg, bis sie Anfang 1980 vom Bundesinnenministerium verboten wurde. Nebenbei trat die WSG als Saalschutz bei Neonazi-Veranstaltungen auf, und Hoffmann versuchte sich als Führergestalt im rechten Lager, ohne dabei jedoch über seine angestammte Rolle als exzentrischer WSG-Chef hinaus zu kommen. Nach dem Verbot gründete Hoffmann in einem PLO-Lager im Libanon eine neue Kampfgruppe, die aber nach wenigen Monaten im Desaster, interner Folter und Mord endete. Hoffmann wurde 1981 verhaftet und umfangreich angeklagt, wobei ihm der schwerwiegendste Vorwurf nicht nachzuweisen war: Der antisemitische Mord an Shlomo Levin und Frieda Poeschke in Erlangen Ende 1980, begangen höchstwahrscheinlich von Hoffmanns WSG-Offizier Uwe Behrendt, der sich 1981 in Beirut erschoss. Ob Behrendt den Mord auf Hoffmanns Anweisung beging oder Gewaltfantasien seines Chefs selbstständig in die Tat umsetzte, blieb ungeklärt.

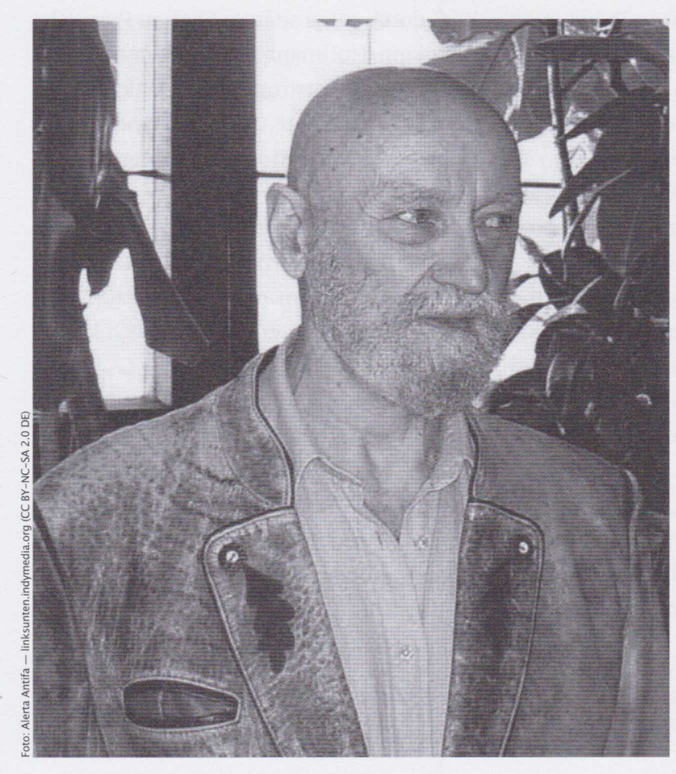


Foto: Alerta Antifa – linksunten.indymedia.org (CC BY-NC-SA 2.0 DE)

Über Hoffmann schwebt bis heute der Verdacht, er bzw. seine WSG sei in das Oktoberfest-Attentat in München am 26. September 1980 verwickelt gewesen.[1] Der mutmaßliche Attentäter Gundolf Köhler hatte einige Jahre zuvor an WSG-Übungen teilgenommen, die Generalbundesanwaltschaft prüfte darum kurzzeitig eine Mittäterschaft Hoffmanns. Nachdem es dafür keine offenkundigen Hinweise gab, wurden die halbherzigen Ermittlungen bezüglich eines organisierten rechten Tathintergrunds eingestellt und die Tat Köhler als Einzeltäter zugeschrieben[2]. Doch insbesondere in der linken Öffentlichkeit wird Hoffmann trotz fehlender Beweise bis heute als Drahtzieher des Anschlags bezeichnet, eine Beschuldigung, die ihm keine Ruhe lässt: Er sieht sich selbst als das größte Opfer des Oktoberfest-Attentats und hat umfangreiche Texte verfasst (später sogar einen Roman daraus gemacht), in denen er darzulegen versucht, wieso das Attentat eine gegen ihn persönlich, die WSG und die radikale deutsche Rechte insgesamt inszenierte Intrige gewesen sei, ausgeführt von „dunklen Mächten“, sprich: dem israelischen Geheimdienst.

Nach seiner Haftentlassung 1989 hatte Hoffmann sich aus dem politischen Betrieb der rechten Szene erst einmal zurückgezogen und war als Geschäftsmann tätig.[3] Hoffmann beschloss etwa 2010, sich zum einen wieder öffentlich als Rechter politisch zu engagieren und zum anderen offensiv und publizistisch der Beschuldigung entgegenzutreten, er sei am Oktoberfest-Attentat beteiligt gewesen. Dass dies auch auf Resonanz trifft, zeigen seine wiederholten öffentlichen Auftritte bei Veranstaltungen der rechten Szene. Nach einem der ersten dieser Auftritte 2010 scherzten Neonazis am Telefon, er habe ihnen Sprengstoff gegeben, woraufhin die Polizei (die sie abhörte) schleunigst Razzien bei ihnen und bei Hoffmann durchführte – betroffen war auch André Kapke aus dem engsten Unterstützerkreis des NSU.[4]

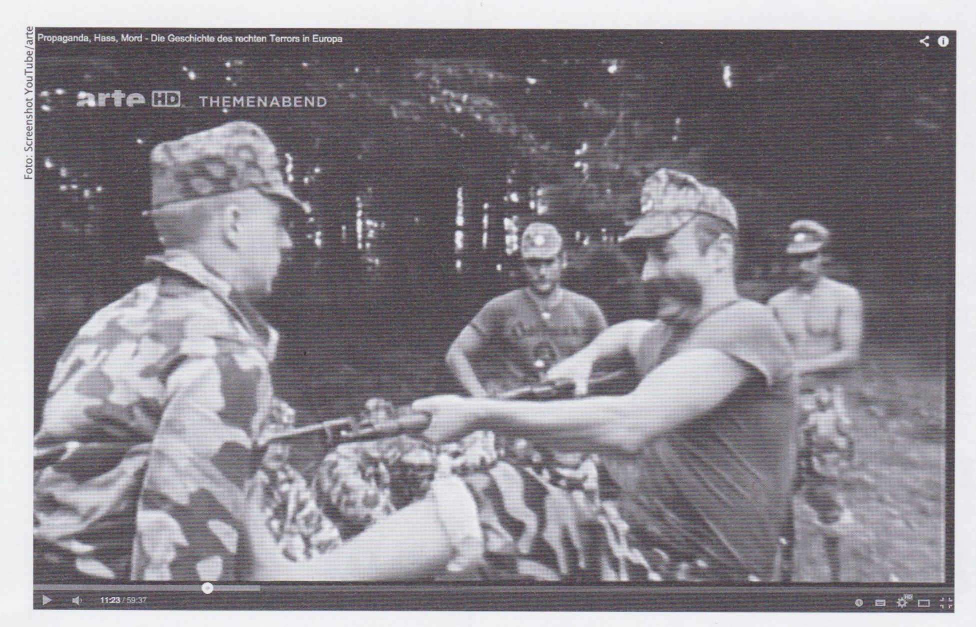



Foto: Screenshot YouTube/arte

war, ohne jedoch plausibel begründen zu können, worin diese bestanden haben soll. Die Strafanzeige ist daher als reine Publicity-Aktion zu werten.

Darüber hinaus versucht Hoffmann inzwischen, Resonanz in Kreisen zu finden, die ihm eigentlich zutiefst verhasst sind, nämlich bei „der Antifa". Er hat verschiedentlich den Kontakt gesucht, um „über alle ideologischen Grenzen hinweg" das Attentat von 1980 „gemeinsam" aufzuklären. Welchen Beitrag der Aufklärung er dabei leisten könnte, bleibt allerdings offen, denn er reklamiert ja für sich, in keiner Weise mitverantwortlich zu sein. Vor solchen Kontakten ist zu warnen, da sie die Gefahr bergen, lediglich ein neues Kapitel rechter Querfrontgeschichten aufzuschlagen.

Hoffmann ist zwar tatsächlich insofern kein Neonazi, als er keine Wiedererrichtung des Nationalsozialismus anstrebt[6]; er wurzelt aber im prä-nazistischen Milieu der Freikorps und Faschisten. Hoffmann empfindet sich dabei als modern, gebärdet sich aber eigentlich wie ein deutschnationaler Intellektueller der 1920er Jahre. Er grenzte sich Ende der 1970er Jahre ideologisch ab von der Bewegung selbstbewusster Neonazis, und wenn er auch deren Mitglieder gerne in seiner WSG ausbildete, dürfte seine Missbilligung von politischer Nazi-Symbolik nicht allein juristisch-taktischen Gründen geschuldet gewesen sein. Er pflegt einen moderne Form des Antisemitismus, der die Feindseligkeit gegenüber Juden nicht mehr völkisch-rassistisch begründet, sondern aus Verschwörungsfantasien über „dunkle Mächte" herleitet. Damit hat er sich in rechten Kreisen nicht nur Freunde gemacht, und seine Ambitionen auf eine größere Gefolgschaft blieben damals wie heute erfolglos. In der Neonazi-Szene wird er als origineller „alter Kamerad" seinen Weg weitergehen. Ob er nun zuletzt vom Verdacht wegen des Oktoberfest-Attentats entlastet wird oder nicht — als Gesprächspartner für Linke ist Hoffmann uninteressant. •

Seine Versuche, beim Thema Oktoberfest-Attentat in die Debatte einzugreifen, werden von einigen Entwicklungen der letzten Jahre begünstigt: Die hartnäckige Aufklärungsarbeit einiger weniger, insbesondere des Journalisten Ulrich Chaussy und des Rechtsanwalts Werner Dietrich, hat dem Thema wieder verstärkt Medienaufmerksamkeit gebracht. Hinzu kommt die in den vergangenen Jahren gewachsene Offenheit der Medien für skandalisierbare staatliche Geheimpolitik und damit auch für die 1990 bekannt gewordene Gladio- bzw. Stay-Behind-Struktur des Westens im Kalten Krieg, die allerhand Ansatzpunkte für Verschwörungsvermutungen auch in Bezug auf ungeklärte Attentate bietet. Hier kommt ein dritter Aspekt dazu, nämlich eine Indifferenz vieler am Diskurs Beteiligter gegenüber politischen Standpunkten, die von rechten Publizisten in den letzten Jahren verstärkt ausgenutzt wird. Auch der Internet-Journalismus ist oft viel zu verliebt in die eigene Geste des „investigativen Journalismus", um genauer zu hinterfragen, wer hier mit welcher politischen Motivation auf die Bühne tritt. Sein enormes Detailwissen und sein dominantes Redeverhalten nutzt Karl-Heinz Hoffmann, um sich öffentlich zu profilieren. Sei es, indem er lange Interviews — oder eher Monologe — gibt und im Internet platziert oder sei es bei einem „Streitgespräch zum Oktoberfestattentat" bei der rechten Zeitschrift COMPACT. Hoffmanns Methode ist dabei, zwischen einer großen Menge überprüfbarer Fakten subtil seine eigenen Deutungen und gelegentlich auch gezielt konkrete Unwahrheiten einfließen zu lassen, die im gesamten Redeschwall aber nur schwer zu identifizieren sind.

Seine Erfolge im medialen Auftritt und die verbreiteten Zweifel an den bisherigen Theorien zum Oktoberfest-Attentat, die teils auch eine Entlastung der WSG und ihres „Chefs" bedeuten, haben Hoffmann in jüngster Vergangenheit offenbar ermutigt, nicht nur sich selbst von dem alten Verdacht befreien zu können, sondern gleichzeitig seine eigene rechte Verschwörungstheorie weiter verbreiten zu können. Um diese Verschwörungstheorie zu stützen, hat Hoffmann Anfang 2014 Strafanzeige wegen Mittäterschaft gegen seinen ehemaligen Weggefährten Walter B. gestellt, der sich aus der rechten Szene zurückgezogen hatte.[5] Dieser soll 1980 in Syrien einem Barkeeper gegenüber eine Beteiligung der WSG am Münchener Attentat behauptet haben. Hoffmann sah darin eine gegen ihn konstruierte Falle des deutschen Verfassungsschutzes, für den B. damals Zuträger

**1** Vgl. AIB Nr. 60 / 2.2003: Der Kandidat, die Bombe und der Einzeltäter **2** Siehe dazu ausführlich: Ulrich Chaussy, „Oktoberfest — Das Attentat", Chr. Links Verlag, 2014; sowie meine Untersuchung dazu: Tomas Lecorte, „Oktoberfest-Attentat 1980: Eine Revision", 2014, auf www.lecorte.de **3** Vgl. AIB Nr. 60 / 2.2003: Rechte Glücksritter in Ostdeutschland **4** Vgl. AIB Nr. 89 / 4.2010: Hausdurchsuchungen nach Neonaziveranstaltung **5** Vgl. AIB 89 / 4.2010: „Wo ist Behle?" **6** Dies hat schon Rainer Fromm in seinem Buch „Die Wehrsportgruppe Hoffmann" 1998 ausführlich analysiert.

TITEL

Nach den Untersuchungsausschüssen (UA) des Bundestages und der Landtage von Bayern, Sachsen und Thüringen wird sich nun auch der hessische Landtag an einer parlamentarischen Untersuchung und Aufarbeitung der Mord- und Anschlagsserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) und dem behördlichen Umgang damit versuchen. Mit Blick darauf, wie beispielsweise von höchster Stelle aus die damaligen Mordermittlungen blockiert wurden, ist der Erfolg jedoch eher fraglich. Dennoch wird der Ausschuss die Möglichkeit eröffnen, einzelne Themenkomplexe zu beleuchten und neue Details ans Licht zu bringen.

# „Wir wollen keine Wiederholung der Vergangenheitsbetrachtung"

## Schwierige Ausgangslage für den NSU-Untersuchungsausschuss in Hessen

### Der Untersuchungsausschuss

Die Einsetzung des UA wurde bereits im Mai in Wiesbaden mit den Stimmen von SPD und Linkspartei beschlossen. Die schwarz-grüne Landesregierung stand diesem ablehnend gegenüber, nach Meinung des CDU-Innenministers Peter Beuth sei die „Aufarbeitung durch den Bundestag bereits erfolgt", man wolle „keine Wiederholung der Vergangenheitsbetrachtung". Trotzdem wurde Hartmut Honka (CDU) zum Vorsitzenden des UA gewählt, der Vorsitz, der wichtige Einflussmöglichkeiten auf die Arbeit des Ausschusses mit sich bringt, liegt nun also bei einem Abgeordneten, dessen Partei den UA für überflüssig hält.

Schon vor der Sommerpause wurden 1.000 bis 1.800 Akten aus anderen Untersuchungsausschüssen und von der Generalbundesanwaltschaft angefordert. Seitdem ist nicht viel passiert. Noch bevor die Unterlagen in Hessen eingetroffen sind und von Mitgliedern des Ausschusses eingesehen wurden, sollen die ersten öffentlichen Sitzungen im Dezember beginnen. Zunächst soll sich ein Überblick über die extrem rechte Szene in Hessen mithilfe von Fachleuten und Wissenschaftler_innen verschafft werden. Anschließend sollen Verfassungsschutz-, Polizei- und Justizmitarbeiter_innen Klarheit in die „Arbeitsweise der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden" bringen. Zudem sollen Politiker_innen angehört werden, die bereits in den NSU-UA des Bundestages sowie des Thüringer Landtags saßen.

### Kassel

Am 6. April 2006 wurde der 21-jährige Halit Yozgat in seinem Internetcafé in Kassel erschossen. Tatwaffe war die zuvor schon bei acht Morden verwendete Ceska 83, mit der auch zwei Tage zuvor Mehmet Kubaşık in Dortmund getötet worden war. Sechs Personen waren zur Tatzeit im Internetcafé anwesend. Andreas Temme, Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes (LfVH), war einer von ihnen. Da er auf den Zeugenaufruf der Polizei nicht reagierte, wurde er als „wildman70" über Verbindungsdaten im zuvor verwendeten Chatforum ausfindig gemacht. Im Münchener Gerichtssaal behauptete Temme später, den hinter dem Tresen auf dem Boden liegenden Halit Yozgat nicht gesehen zu haben. Diese Aussage konnte bereits während der Ermittlungen durch Tatrekonstruktionen widerlegt werden, auch im Gerichtssaal schien niemand von Temmes Aussage überzeugt zu sein.

Am Tattag hatte Temme zudem zweimal mit seinem damaligen V-Mann Benjamin Gärtner, Deckname „Gemüse", telefoniert. Der Inhalt des zweiten elf Minuten andauernden Gesprächs ist bis heute nur durch Temme offiziell erläutert worden. Demnach sei es um die monatliche Geldzahlung an den V-Mann gegangen. In seinen bisherigen Aussagen vor dem UA des Bundestages wie auch beim Gerichtsprozess in München hat Temme sich mehrmals selbst in seinen Aussagen widersprochen. Vor diesem Hintergrund erscheint es noch zweifelhafter, dass sie sich nur über diese Zahlungen unterhielten.

Mit Gärtner hatte Temme Kontakt zu Blood&Honour-Strukturen (B&H) in Nordhessen. Sein Stiefbruder zählte zu dieser Zeit zu den Führungspersonen der Struktur. Gärtner selbst war an Straftaten der nordhessischen Neonaziszene beteiligt. Zu der Zeit seiner Anwerbung als V-Mann soll er sich nach behördlichen Angaben aber lediglich am Rand der Szene bewegt haben.

Die Ermittlungen gegen Temme als Tat-

verdächtigen brachten Hausdurchsuchungen, bei denen u.a. handschriftliche Auszüge Temmes aus „Mein Kampf" gefunden wurden, die angeblich aus seiner Jugend stammten, und Verhöre mit sich. Verhöre mit den von ihm geführten V-Personen wurden in letzter Instanz vom damaligen Innenminister Bouffier (CDU) abgewendet. Mit der Begründung, dass Aussagen „dem Wohl des Landes Hessen Nachteile bereiten" würden, wurde keine Aussagegenehmigung erteilt. Die Ermittlungen gegen Temme wurden letztlich eingestellt.

### Kein Interesse an Aufklärung

Während der Ermittlungen erfuhr Temme große Unterstützung vom LfVH. Laut einem Aktenvermerk versuchten Staatsanwaltschaft und Mordkommission die „Aufhebung der Unterstützungshaltung verschiedener LfVH-Vorgesetzter gegenüber des TV" (Tatverdächtigen) zu erreichen. Ein Polizist vermerkte nach dem Gespräch, dass „kein Interesse an sachfördernder Kooperation" bestand und das Landesamt „die eigene Geheimhaltung ... über die mögliche Aufklärung der im Raum stehende Verdachtsmomente gegen einen LfVH-Mitarbeiter" stelle. In der gleichen Zeit traf sich Temme dreimal mit Vorgesetzten in Wiesbaden, einmal war der damalige Direktor des LfVS, Lutz Irrgang, anwesend.

Ein weiteres Treffen fand an einer Autobahnraststätte statt. Dr. Iris Pilling, Temmes direkte Vorgesetzte und Referatsleiterin, besprach dort angeblich nur „Menschliches" mit ihrem „besten Mann". Auch im Münchner Prozess versucht das LfVH weiter, Aufklärung zu verhindern. Gärtner wurde bei seiner Aussage von einem „Zeugenbeistand" begleitet. Nur zufällig wurde während der Befragung entdeckt, dass der Anwalt Volker Hoffmann vom VS engagiert und bezahlt worden war.

### Vernetzung in Hessen?

Da viele Personen aus dem Unterstützungs-Netzwerk des NSU aus dem militanten B&H-Milieu stammen, stellt sich die Frage nach Unterstützungsstrukturen in Hessen. Insbesondere die Verbindungen von Kassel nach Dortmund und von dort ins NSU-Netzwerk rückten in den Blickpunkt. Über die Oidoxie Streetfighting Crew gibt es Verbindungen nach Kassel, Mitglieder des Sturm 18 Cassel, einer lokalen Kameradschaft, waren in den Sicherheitsdienst bei Oidoxie Konzerten eingebunden.

Auch das Wissen um den NSU und mögliche Unterstützungshandlungen aus der nordhessischen Szene sind weiter nicht ausreichend untersucht.

Verbindungen zum kürzlich verstorbenen Rechtsterroristen Manfred Roeder aus Nordhessen gab es schon 1996: Bei einer Verhandlung gegen Roeder wegen Sachbeschädigung an der „Wehrmachtsausstellung" drückten Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, André Kapke und Ralf Wohlleben vor Ort mit einem Transparent mit der Aufschrift „Unsere Großväter waren keine Verbrecher" ihre Unterstützung aus.

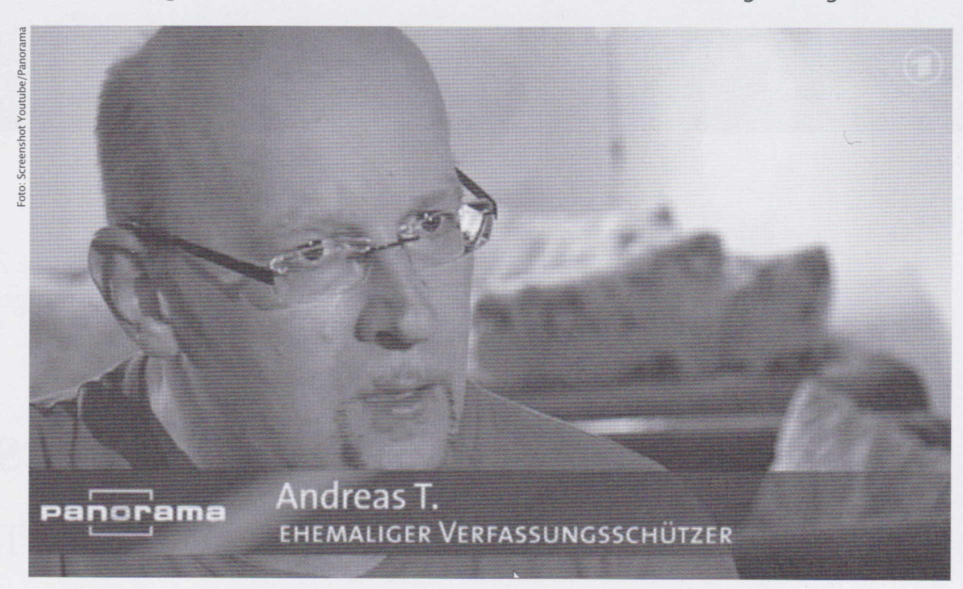


Foto: Screenshot Youtube/Panorama

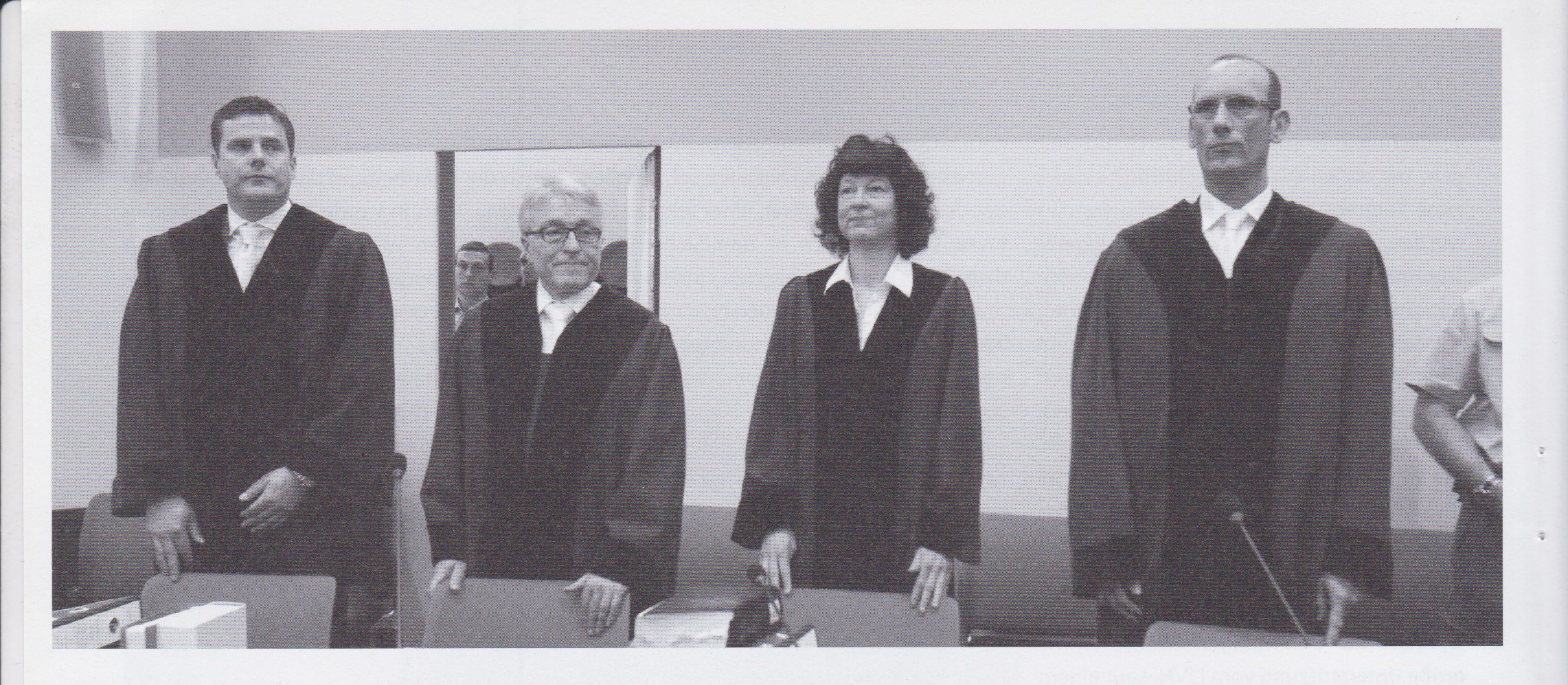
### Erwartungen

Schon vor dem Mord in Kassel gab es in Hessen ein NSU-Opfer: Der am 11. September 2000 in Nürnberg ermordete Enver Şimşek lebte zum Tatzeitpunkt mit seiner Familie im südost-hessischen Schlüchtern. Im UA werden die Ermittlungen zu diesem Fall vermutlich eine Nebenrolle einnehmen, doch dürfen sie keinesfalls völlig aus dem Blick geraten.

Ohne lokale Unterstützung wären die Morde, Anschläge und das Leben im „Untergrund" nicht möglich gewesen. Welche Rolle spielte hierbei die hessische Neonaziszene, gab es schon 2006 innerhalb der Szene Hinweise oder Wissen zum Bestehen des NSU? Was wusste Gärtner? Wichtig wäre auch die Aufarbeitung der Ermittlungen zu Temme. Warum wurde Temme von seinen Vorgesetzten während der Ermittlungen derart geschützt? Wieso steht bis heute der Quellenschutz im LfVH über der Aufklärung eines Mordes? Inwieweit prägte Rassismus die Ermittlungen und welche Konsequenzen werden hieraus gezogen?

Hessische Beamt_innen waren nach der Wende am Aufbau der Thüringer Sicherheitsbehörden beteiligt. Einige tauchen mittlerweile im Zusammenhang mit Ermittlungen um den NSU wieder auf, auch ein Thema für den UA. Sein Schwerpunkt wird die Rolle Temmes sein, sowie das darauf folgende Verhalten des damaligen Innenministers und jetzigen Ministerpräsidenten Bouffier. Da Temmes Erinnerungen schon im Bundes-UA und im Münchener Prozess häufig variierten oder nicht mehr vorhanden waren, sind die Erwartungen neuer Erkenntnisse begrenzt. So wurde er bereits im Bundes-UA durch einen Vertreter des Hessischen Landesamtes bei weiterführenden Fragen auf seine eng begrenzte Aussagegenehmigung hingewiesen.

Die Mitglieder des UA haben mit der Einladung von Zeug_innen, Expert_innen und durch Stellen von Beweisanträgen zentrale Einflussmöglichkeiten auf den Verlauf und die Arbeit des Ausschusses. Diese müssen sie jedoch auch nutzen. Und dazu ist und bleibt gesellschaftlicher Druck notwendig — dieser fehlt auch in Hessen bislang weitgehend. •



TITEL

Seit dem 6. Mai 2013 wird in München der Prozess gegen Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, Carsten Schultze, Holger Gerlach und André Eminger verhandelt.

# Der NSU-Prozess

## Zwischenstand aus München (Teil 2)

■ Inzwischen haben mehr als 160 Hauptverhandlungstage stattgefunden; von 600 in der Anklage genannten ZeugInnen wurden bislang etwa 300 vernommen. Auf Beweisanträge der Nebenklage wurden etliche weitere ZeugInnen gehört. Seit diesem Sommer steht die terroristische Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) im Zentrum der Beweisaufnahme. Wie organisierten Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos ihr illegales Leben? Wo lebten sie, wer half ihnen, welche Ziele verfolgten sie, welche Ideologie lag ihren Anschlägen zu Grunde, gab es weitere Mittäter? In diesem Zusammenhang ist es der Nebenklage durch zahlreiche Anträge nicht nur gelungen, die Zeugenvernehmung vieler, im direkten Umfeld der Untergetauchten aktiven V-Leute zu erzwingen, sondern darüber hinaus auch deutlich zu machen, dass die Gruppe eben keineswegs isoliert von der restlichen Neonaziszene agierte, sondern zumindest in der Zeit zwischen 1998 und 2001 eng mit der Blood & Honour Sektion Sachsen verbunden war. Dieser Teil der Beweisaufnahme ist noch nicht abgeschlossen. Die Konstruktion der Anklage von einer stark isolierten Gruppe aus drei Personen gerät damit ins Wanken.

### Der Gang der Beweisaufnahme zu den angeklagten Straftaten

Wie bereits im AIB Nr. 101 dargestellt, haben sich im Prozess zwei Angeklagte eingelassen; Carsten Schultze hat eine umfangreiche teilgeständige Aussage gemacht, in der er Ralf Wohlleben stark belastet. Schultze gab nicht nur zu, im Auftrag von Ralf Wohlleben die Ceska samt Schalldämpfer gekauft und überbracht zu haben, er teilte auch bis dahin unbekannte Tatsachen mit, wie beispielsweise, dass ihm Mundlos und Böhnhardt von einem durch sie durchgeführten Anschlag mit einer „Taschenlampenbombe" erzählt haben. Ein entsprechender Vorfall mit einem Sprengsatz in Nürnberg konnte recherchiert werden.

Holger Gerlach hatte gegenüber der Polizei umfangreiche Angaben gemacht. Im Prozess gab er nur eine schriftliche Erklärung ab. Darin gibt er zwar zu, eine Pistole überbracht zu haben, bestreitet aber geglaubt zu haben, dass mit dieser Waffe schwere Straftaten begangen werden sollten.

In der Beweisaufnahme wurden die dem NSU bislang zur Last gelegten neun Morde an migrantischen Kleinselbständigen sowie der Mord und Mordversuch an zwei Polizeibeamten in Heilbronn weitgehend aufgeklärt, es wurden also die polizeilichen Ermittlungen vor und nach der Selbstbeken-

nung des NSU nach dem Tod von Mundlos und Böhnhardt nachvollzogen. Bereits frühzeitig war demnach klar, dass bei den Taten Fahrräder benutzt wurden, dass eine Mordserie vorlag und der Schluss auf ein rassistisches Tatmotiv als verbindendes Element der Serie nur schwer zu ignorieren war.

Die Tat in Heilbronn wurde insoweit aufgeklärt, als unter anderem der Tatablauf, die Tatwaffen, das gemietete Wohnmobil und die Blutspritzer auf einer Jogginghose aus der letzten NSU-Wohnung als Beweismittel in den Prozess eingeführt wurden. Zur Frage des Tatmotivs gibt es nach wie vor keinerlei Erkenntnisse. Auch der Bombenanschlag in der Kölner Probsteigasse wurde größtenteils aufgearbeitet. Bislang stehen noch der Bombenanschlag in der Keupstraße und dreizehn der fünfzehn bislang bekannten Banküberfälle des NSU aus.

Mit den bisherigen Erkenntnissen sind die mit der Ceska durchgeführten Morde über die Bekenner-DVD und die im Wohnmobil und dem Brandschutt der Frühlingsstraße gefundenen Gegenstände und Waffen dem NSU zuzuordnen. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Beate Zschäpe als Mittäterin wird vor allem aus dem gemeinsamen Untertauchen, der engen Verbindung im Zusammenleben mit Böhnhardt und Mundlos und dem Versenden der Bekenner-DVD durch Zschäpe herzuleiten sein. Ebenso die Mittäterschaft Zschäpes für den Bombenanschlag in der Probsteigasse. Die Beihilfe von Schultze und Wohlleben an den neun mit der Ceska 83 durchgeführten Morde ergibt sich aus der Aussage Schultzes und die Rekonstruktion des Weges der Waffe von der Schweiz bis zu den NSU-Mördern. Selbst die Verteidigung zweifelt offensichtlich nicht an der Täterschaft Zschäpes bei der Brandlegung in der Zwickauer Frühlingsstraße. Diese Tat erfüllt den Tatbestand der besonders schweren Brandstiftung, aber auch des dreifachen versuchten Mordes an zwei im Dachgeschoss des Hauses arbeitenden Handwerkern und einer im Haus wohnenden alten Frau.

**Die terroristische Vereinigung „NSU“**
Seit Ende der Sommerpause versucht das Gericht, ein Bild über den ideologischen, organisatorischen und strukturellen Aufbau des NSU zu gewinnen. Die Generalbundesanwaltschaft (GBA) führt parallel zum Prozess Ermittlungsverfahren gegen neun namentlich bekannte Tatverdächtige wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Weil keine Beihilfehandlungen zu den einzelnen Taten ermittelt wurden, sind diese Vorwürfe nach Ansicht des GBA weitestgehend verjährt. Der Nebenklage wird vollständige Akteneinsicht in diese Ermittlungsverfahren verwehrt. Es wird zudem noch ein sogenanntes „Strukturermittlungsverfahren“ gegen Unbekannt geführt, die Akten bleiben jedoch völlig außen vor. In dieser Akte verschwindet alles, was die GBA für den Prozess als „nicht erheblich“ hält. Sie hat damit auch nach Anklageerhebung die Hoheit über den Prozessstoff.

Die Frage nach der organisatorischen Zusammenarbeit weiterer Personen oder Netzwerke mit dem NSU wird damit von der GBA völlig aus dem Prozess herausgehalten. Gericht und Nebenklage haben daher nur die Chance, die in Betracht kommenden Personen als ZeugInnen zu befragen und machen damit im Grunde genommen Polizeiarbeit. Diese ZeugInnenvernehmungen bleiben oft frustrierend, weil entweder die Aussage verweigert oder dreist gelogen wird.

Die V-Leute Tino Brandt und Kai Dalek haben vor Gericht angegeben, dass der Thüringer Heimatschutz in das in den 1990er Jahren immer noch dominierende bundesweite Neonazinetzwerk Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdnF) eingebunden war. Dalek, wichtiger Aktivist vor allem in der Anti-Antifa-Arbeit und Organisator der Rudolf-Heß-Märsche, war „Führungskamerad“ von Brandt. Dalek gab an, vom bayerischen Verfassungsschutz erst in die Neonaziszene geschickt und dort mit dem Aufbau des Computerverbundes „Thulenetz“ und der Kontaktaufnahme zum THS beauftragt worden zu sein. Damit waren nun mindestens zwei V-Leute beim THS in zentraler Funktion „am Tisch“.

Weitere V-Leute bzw. Informanten befanden sich in direktem Umfeld der Unterstützer des untergetauchten Trios in den Jahren 1998 bis 2001: Über Blood & Honour Sachsen lieferten mindestens Thomas Starke und Carsten Szczepanski Informationen. Dabei wurden dem Thüringer LKA bereits 1998 Informationen bekannt, dass die Drei von Starke, Antje Probst und Jan Werner unterstützt werden. Szczepanski gab an, dass Werner versucht habe, Geld und Waffen für die Abgetauchten zu besorgen. B&H Sachsen-Mitglied Antje Probst gab in ihrer ersten Vernehmung an, im Jahr 1997 oder 1998 hätten 20.000 DM aus der B&H Konzertkasse gefehlt, Jan Werner habe eine Diskussion darüber unterbunden. Mit dieser Summe hätte dem NSU tatsächlich ein Grundkapital für den Aufbau seiner Aktivitäten zur Verfügung gestanden.

In den nächsten Monaten werden alle Personen aus dem damaligen Umfeld von B&H Sachsen gehört werden müssen, um zu überprüfen, ob sich die Unterstützung durch B&H Sachsen auch nachhaltig und konkreter beweisen lässt und ob die Unterstützung noch darüber hinaus ging.

Über weitere Anträge der Nebenklage auf Vernehmung von Personen aus dem Umfeld von B&H Dortmund, bzw. der dortigen Combat 18 Gruppe, wurde noch nicht entschieden. Die dortige Neonaziszene verfügte nicht nur über Waffen, sie verübte damit auch erhebliche Straftaten. Es gibt Verbindungen zur sächsischen B&H-Szene. Könnte hier eine Verbindung nachgewiesen werden, wäre belegt, dass der NSU wie in dem Bekennervideo behauptet nur eine Zelle von mehreren gewesen wäre, die hier angeklagten Straftaten also vermutlich arbeitsteilig und gemeinsam mit anderen bewaffneten Zellen aus der Neonaziszene durchgeführt wurden.

Ein Ende der Beweisaufnahme ist noch nicht abzusehen. Insoweit ist nicht klar, ob der Vorsitzende versuchen wird, zunächst all diese ZeugInnenvernehmungen abzuschließen, bevor er die noch offenen Komplexe Keupstraße (Siehe Seite 22-23) und Banküberfälle beginnt. Auch die von der Nebenklage Yozgat aufgeworfenen weiteren ZeugInnenvernehmungen zur Anwesenheit des Verfassungsschützers Temme am Tatort in Kassel (Siehe Seite 18-19) sind noch nicht durchgeführt. •

TITEL

Kurz vor vier am Nachmittag des 9. Juni 2004 explodierte vor dem Friseursalon der Gebrüder Yildirim in der Keupstraße in Köln eine Nagelbombe. Gefüllt mit 5,5 Kilo Schwarzpulver und über 700 Zimmermannsnägeln. Mindestens 22 Menschen wurden verletzt, einige davon schwer. Viele kamen mit dem Schrecken davon. Aber dieser war auch ein Schrecken ohne Ende.

# Keupstraße ist überall!

## Die Betroffenen des NSU-Anschlags nach München begleiten

INITIATIVE „KEUPSTRASSE IST ÜBERALL"

Schon direkt nach dem Anschlag mussten die Betroffenen der Keupstraße jahrelang ein perfides Programm der Ermittlungsbehörden über sich ergehen lassen. Sie wurden verdächtig, bespitzelt, gezielt von Opfern zu Täter_innen gemacht. Man beschuldigte sie, in Mafiageschäfte, Geldwäsche, Drogenhandel verwickelt zu sein oder ging von einer Täterschaft der PKK aus. Ein rechtsterroristischer Anschlag wurde von den Behörden innerhalb eines Tages ausgeschlossen.

Bis zur Selbstenttarnung des NSU 2011 ermittelten die Behörden ausschließlich gegen die durch die Bombe Verletzten und Geschädigten und Anwohner_innen. Medien und Öffentlichkeit flankierten dies mit der stereotypen Beschreibung eines „kriminellen Ausländermilieus". Der rassistische Anschlag, der für die Keupstraße mit der Bombe von 2004 begann, fand darin seine Fortsetzung. Bis zur Selbstaufdeckung des NSU 2011 ging kaum jemand von rassistischen Motiven für die Taten aus. Die Opfer des NSU erfuhren weder Unterstützung noch Solidarität. Zwar gab es jährlich ein Gedenken, aber kaum eine_r beschäftigte sich vor Ort mit den Menschen, ihren Erlebnissen, ihren Ängsten.

### „Warme Solidarität"

Erst nach der Selbstenttarnung fingen Kölner Initiativen und Nachbar_innen an, sich mit den Betroffenen zu solidarisieren. Peter Bach wohnt seit 40 Jahren in der Nähe der Keupstraße. „Eigentlich sind wir im Nachhinein selber erschrocken, wie wenig emotional wir reagiert haben", erinnert sich Bach. Immer wieder fragt er sich, „warum wir nicht sofort zu den Leuten hingelaufen sind. (...) Aber ich glaube, wir haben uns zu einer gewissen kalten Solidarität verleiten lassen, die die Menschen auf der Keupstraße nicht im Herzen gespürt haben."

Seither gab es mehrere Ansätze, eine „warme Solidarität" zu bekunden. Kurz nach Bekanntwerden des NSU organisierten antifaschistische Gruppen eine Solidaritätsdemonstration in Köln-Mülheim. Da es nicht gelang, im Vorfeld ausreichend Kontakt mit Anwohner_innen der Straße aufzubauen, sollte die Demo nicht durch die Keupstraße gehen. Dennoch löste sie Irritationen aus.

Mitat Özdemir von der IG Keupstraße hielt kurzfristig eine Rede. Die Leute von der Keupstraße seien nicht einbezogen worden, kritisierte der Kioskbesitzer. Der Anschlag sei keine Angelegenheit von „Deutschen" oder „Türken", sondern eine der gesamten Gesellschaft. Özdemir kritisierte diese Trennung von „wir" und „ihr". Die Kritik zeigte Wirkung. „Seine Rede war der Anfang für eine engere Zusammenarbeit", sagt Peter Bach.

Gemeinsam mit anderen Initiativen wurden Veranstaltungen auf der Keupstraße organisiert. Opfer des Anschlags und deren Angehörige waren oft dabei. Es gab Vorträge von Prozessbeobachter_innen und Nebenklagevertreter_innen, es wurden Filme gezeigt und diskutiert. Einer der Eingeladenen war auch Ibrahim Arslan, Opfer und Überlebender des Brandanschlags von Mölln 1992.

### Die Betroffenen reden

Nach und nach begannen sich die Betroffenen zu öffnen. Erstmals sprachen sie öffentlich über ihre Erlebnisse, Erfahrungen und Ängste. Aus diesen Gesprächen und der Auseinandersetzung mit Rassismus und rechtsmotivierten Gewalttaten in Deutschland entstand das Buch „Von Mauerfall bis Nagelbombe".

In Interviews mit Betroffenen wurde das ganze Ausmaß dessen deutlich, dem die Opfer der Anschläge ausgesetzt waren. Nach den traumatischen Erlebnissen der Explosion wurden die Menschen nicht betreut, sondern direkt verdächtigt und in die Enge getrieben.

Eine Kurdin beschreibt beispielsweise, wie kurz nach dem Anschlag auf die Keupstraße Polizeikräfte ihre Wohnung stürmten, in der sie und ihr kleiner Sohn allein lebten. Die Türen wurden aufgebrochen, die Zimmer durchsucht und sie wurde stundenlang verhört. Die schlichte Begründung dafür: Sie sei Kurdin und deshalb verdächtig, mit der PKK zu tun zu haben.



Foto: strassenstriche.net

Der Großteil der Bewohner_innen der Keupstraße wurde mehrfach verhört und DNA-Tests unterzogen. Wer den Verdacht äußerte, dass Neonazis für den Anschlag verantwortlich gewesen seien, wurde eingeschüchtert. Ein Geschäftsmann berichtet, er habe der Polizei gesagt, dass doch klar sei, wer es war: Neonazis. „Der Polizist hat daraufhin seinen Zeigefinger zu seinem Mund geführt und mir gedeutet, dass ich schweigen solle. Er hat gesagt, dass ich nicht so etwas sagen soll. Da habe ich Angst bekommen und nicht noch mal darüber gesprochen“. Es sind nicht nur körperliche Narben, die die Betroffen mit sich tragen, sondern vor allem seelische. Bei lauten Geräuschen bekommen sie Panik. Sperrmüll und Altkleidersäcke auf dem Gehweg bringen sie dazu, die Straßenseite zu wechseln. Aus Angst vor einer möglichen Bombe.

**„Keupstraße ist überall“**

Vor diesem Hintergrund hat sich die Initiative „Keupstraße ist überall“ im November 2013 gegründet. Die Opfer sollen spüren, dass es eine Gegenbewegung gibt, die sie nicht ausschließt, sondern einschließt. Anlass zur Gründung war das Vorhaben, ein gemeinsames Zeichen zu setzen, wenn der Anschlag auf die Keupstraße im NSU-Prozess in München verhandelt werden wird. Ein Zeichen, das deutlich macht: Das Ziel des Anschlags — die Opfer zu isolieren — ist nicht aufgegangen. Zumindest jetzt nicht mehr. Ganz konkret werden gemeinsame Fahrten nach München zum Prozess geplant, damit an allen Tagen, an denen die Betroffenen der Keupstraße aussagen müssen, jemand da ist. Die Menschen der Keupstraße sollen nicht allein durch die Prozesstage in München gehen müssen. Bereits im Vorfeld fuhren Mitglieder der Initiative und interessierte Nebenkläger_innen zum Prozess, um sich darauf vorbereiten zu können, was sie dort erwarten wird. Die Opferberatung Rheinland hat eine Broschüre für die Betroffenen des Nagelbombenanschlags auf Deutsch und Türkisch erstellt, die erklärt, wie das Verfahren läuft, wer welche Funktionen hat, wie der Gerichtssaal aufgebaut ist und welche Rechte und Pflichten sie bei ihrer Aussage haben.

Darüber hinaus organisiert die Initiative Treffen der Nebenkläger_innen mit. Eigentlich sollte der Anschlag in München bereits verhandelt sein. Doch der Termin verzögert sich immer weiter, da immer neue Ladungen, die die Struktur des NSU beleuchten sollen, dazu kommen. Die Morde und der Anschlag in der Kölner Probsteigasse sind bereits durch. Wann der Anschlag in der Keupstraße verhandelt werden wird, ist momentan nicht abzusehen. Diese Situation verstärkt den Druck auf die Betroffenen. Die Vorstellung, vor Gericht aussagen zu müssen und sich erneut auf die Ereignisse am 9. Juni 2004 und die anschließenden Ermittlungen einlassen zu müssen, löst Beklemmung aus. Durch die Ungewissheit wird diese noch gesteigert. Die Treffen sollen die Betroffenen zusammenbringen, einen Austausch untereinander fördern, ihnen den Raum bieten, sich selbst zu organisieren.

Um auf die Betroffenenperspektive aufmerksam zu machen, hat beispielsweise ein deutschlandweites Bündnis verschiedener Initiativen am 4. November, dem dritten Jahrestag der Selbstaufdeckung des NSU, bundesweit Straßenumbenennungen durchgeführt. Um ein „Band der Solidarität“ zwischen den Städten zu knüpfen, erhielten einzelne Straßen in verschiedenen Städten die Namen von NSU-Opfern oder Tatorten aus anderen Städten. Auch am Tag, an dem die Keupstraße erstmals in München verhandelt wird, soll es bundesweite Solidaritätsveranstaltungen in vielen Städten in Deutschland geben. In München selbst werden über den Tag verteilt Kunstaktionen, Musik, Performances, Reden und eine Gedenkdemonstration stattfinden. Denn die Keupstraße ist überall. Es geht hier nicht allein um den rassistischen Terror des NSU, sondern auch um den Rassismus von Behörden und Institutionen. Nicht nur im Kontext Keupstraße. •

Informationen zu den in München geplanten Aktivitäten und zur Initiative gibt es unter: http://keupstrasse-ist-ueberall.de


Schnauze voll?
Lügner abstrafen!
NPD
Die Nationalen
npd.de
Schnauze voll?
Lügner abstrafen!
NPD
Die Nationalen
DVU
WIR
sind das
VOLK
NPD
JN
RRUPTION

NS-SZENE

Am 28. November 1964 fand die offizielle Gründungsveranstaltung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) in Hannover statt. Seit 50 Jahren wandelt sich die NPD immer wieder und ist damit auch Gradmesser für Entwicklungen der bundesdeutschen extremen Rechten insgesamt geworden — ein Rückblick.

# 50 Jahre NPD

■ Keine 150 Delegierten sind am ersten Novemberwochenende 2014 nach Weinheim in Baden-Württemberg gekommen. Auch für ihren 35. Ordentlichen Parteitag musste die NPD bis zuletzt die Nutzung der Tagungshalle vor Gericht erkämpfen. Die kurzfristige Einladung zeigt auch bei den geringen Delegiertenzahlen ihre Folge. Eigentlich sollte der Parteitag in Weinheim eine Feier der 50-jährigen Geschichte der NPD werden, doch der innere Zustand der Partei, ein laufendes Verbotsverfahren und ihre geringe politische Bedeutung sind kaum eine gute Grundlage für eine wirkliche Feier. Dennoch prangt auf der Bühne in Weinheim groß die Aufschrift: „50 Jahre Kampf für Frieden, Freiheit und Souveränität“. Am Ende wählen die anwesenden Delegierten den Saarländer Frank Franz zu ihrem neuen Vorsitzenden und zeigen damit auch ihren Wunsch, die NPD weiter in ihrer Außendarstellung zu verbürgerlichen und so nach einer Radikalisierungsphase wieder den Weg in die „Mitte der Gesellschaft“ beschreiten zu wollen. Dabei zeigt ein Rückblick starke Unterschiede in der Entwicklung und Ausrichtung der NPD, die oft aber ähnliche Funktionsweisen der Partei deutlich machen.

**Die 1960er Jahre: Gründung und Aufstieg**

Formell wurde die NPD am 28. November 1964 in Hannover gegründet. Zwischen 700 und 800 Personen waren dem Gründungsaufruf nach Hannover gefolgt, etwas über 400 traten dann auch in die neugegründete Partei ein. Dem Gründungsakt waren vor allem Bemühungen der „Deutschen Reichspartei“ (DRP) voraus gegangen, eine Sammlungsbewegung der extremen Rechten in der Bundesrepublik zu initiieren. Außerdem war die Gründung der NPD der Versuch, das Image der Ewiggestrigen im Gewand einer neuen Partei abzustreifen. Die zentrale Rolle der DRP spiegelte sich auch strukturell und organisatorisch in der NPD wieder. Nicht nur, dass rund 50 Prozent der NPD-Vorstandsmitglieder aus der DRP stammten, sondern auch die DRP-Geschäftsstelle in Hannover und das DRP-Organ „Reichsruf“ wurden als NPD-Bundesgeschäftsstelle und neue Parteizeitung („Deutsche Nachrichten“) übernommen. Die zentrale Figur in den Anfangsjahren der NPD war der DRP-Vorsitzende Adolf von Thadden. In einer Gesprächsnotiz aus dem Jahr 1975 machte er den eigentlichen Gründungsakt der NPD deutlich:

„[…] in Wirklichkeit sei nur die DRP umgetauft worden. Die Spitze der DRP hätte Satzung, Programm, Verwaltungsvorschriften usw. geschrieben. Damals hätten wir eine Reihe von Leuten mit schönen Titeln versehen und behauptet, daß die alle über ganz große Mengen von Mitgliedern und Anhängern verfügten.“

Neben der starken Präsenz von DRP-Funktionären in der neuen NPD-Führung zeigen sich aber auch starke Kontinuitäten der NSDAP. Vom achtzehn Personen umfassenden Parteivorstand waren dreizehn Personen ehemalige NSDAP-Mitglieder. Aufgrund seiner eindeutig extrem rechten Vergangenheit wurde von Thadden nicht zum Gründungsvorsitzenden der NPD. Vielmehr versuchte man auch mit dem Vorsitz die NPD von ihrem extrem rechten Ballast zu befreien. Gründungsvorsitzender wurde somit der nationalkonservative und besitzbürgerliche Bremer Unternehmer Friedrich Thielen, welcher von der CDU über die Deutsche Partei (DP) zur NPD gekommen war. Im Hintergrund zog dennoch von Thadden die Fäden, der auch mit umfangreichen Unterschriftenvollmachten ausgestattet war und somit nahezu uneingeschränkte Möglichkeiten hatte.

Auch die Satzung und das Programm der NPD sind vor dem Hintergrund einer Verbürgerlichung und „Scheindemokratisierung“ zu betrachten. So schrieb Reinhard Kühnl bereits Ende der 1960er Jahre:

„[…] die neue Taktik der NPD, die auf dem Gründungsparteitag offenbar wurde: man hielt an allen entscheidenden Motiven und Zielen des Rechtsextremismus fest, nahm jedoch — um das demokratische Image der Partei zu sichern — nicht nur das formale Bekenntnis zur Demokratie, sondern auch eine Reihe von Gemeinplätzen aus dem Wortschatz der etablierten Parteien auf.“

Ideologisch und programmatisch war der Nationalsozialismus auch in den 1960er Jahren der zentrale Anknüpfungspunkt extrem rechter Organisationen.

Ab Sommer 1965 stiegen die Mitgliederzahlen der NPD immer weiter an. Rund ein Jahr nach der Gründung wurde die Partei ein Kristallisationspunkt für verschiedenste extrem rechte Organisationen. Be-

reits 1966 verfügte die NPD über rund 25.000 Mitglieder und konnte bis 1969 die Mitgliederzahlen auf rund 28.000 ausbauen. Ein Grund für den Anstieg der Mitgliederzahlen dürften auch die Wahlerfolge der Partei gewesen sein. Bereits bei der Bundestagswahl 1965 konnte die NPD 2,0 Prozent erreichen. In den folgenden Jahren gelang ihr dann der Einzug in insgesamt sieben westdeutsche Landesparlamente. Der vorläufig letzte Einzug in ein Landesparlament war 1968 in Baden-Württemberg (9,8 Prozent). Danach sollten fast 37 Jahre vergehen, bis die NPD mit dem Einzug in Sachsen wieder Abgeordnete in einem Landesparlament stellen konnte. Der gesellschaftliche und politische Kontext, in dem der parlamentarische Erfolg der NPD einzuordnen ist, war vor allem geprägt durch die Studentenproteste der 1960er Jahre, eine erste wirtschaftliche Krise 1966/67 und die Große Koalition bis 1969.

Im Juni 1965 führte die NPD in Karlsruhe ihren Bundesparteitag durch. Bereits im Vorfeld kam es zu juristischen Auseinandersetzungen, da die Stadt versuchte, ihre Zusage für die Nutzung der Halle rückgängig zu machen. Rund 15.000 Gewerkschafter demonstrierten gegen die Veranstaltung. Der Parteitag selbst genoss auch medial eine sehr große Aufmerksamkeit. Er war aber vor allem auch Austragungsort des Auftaktes der innerparteilichen Konflikte. So traten hier die Differenzen zwischen dem Vorsitzenden Friedrich Thielen und seinem Stellvertreter Adolf von Thadden öffentlich hervor. Thielen warf Thadden vor, die Macht in der Partei übernommen zu haben und forderte sogar die Verlegung der Parteizentrale von Hannover nach Bremen. Dies wurde abgelehnt. Der Konflikt spitzte sich in den kommenden Monaten immer weiter zu und war auch Ursache mehrerer juristischer Verfahren. Im November 1967 wurde dann Adolf von Thadden in Hannover zum Vorsitzenden der NPD gewählt. Thielen hingegen verließ die Partei in Folge der Auseinandersetzungen. Innerparteilich stärkte der Ausgang der Auseinandersetzungen den DRP-Flügel und schwächte die nationalkonservativen Kräfte der Partei. Entgegen anderer Interpretationen war dies nicht der Auftakt des Zerfallsprozesses der Partei mit dem Beginn der 1970er Jahre.

Den Höhepunkt der auch medialen Aufmerksamkeit für die NPD und gleichzeitig das Ende der Aufstiegsphase stellt die Bundestagswahl 1969 dar. Nicht nur durch Wahlkampfveranstaltungen, bei denen es zu erheblichen gewalttätigen Auseinandersetzungen kam, sondern auch die Erwartung, die extrem rechte Partei könne den Sprung in den Bundestag schaffen, waren hierfür verantwortlich. Im September 1969 scheiterte die NPD mit 4,3 Prozent knapp am Einzug in den Bundestag. Für die Partei markierte dies den Beginn innerparteilicher Abspaltungen und eines Zerfalls, der bis zum Beginn der 1980er Jahre dauern sollte. Auch die seit 1966 immer wieder öffentlich diskutierten — mehr oder weniger ernsthaften — Verbotsbestrebungen wurden mit dem Scheitern der Bundestagswahl öffentlich ad acta gelegt.

### Die 1970er Jahre: Abstieg und Zerfall

Bis zur Bundestagswahl waren die innerparteilichen Auseinandersetzungen nicht öffentlich hervorgetreten, natürlich vor allem, um ein gutes Wahlergebnis nicht zu gefährden. Umso heftiger brachen diese Konflikte nach der gescheiterten Wahl hervor. Da ein Parteitag, der noch für 1969 in Saarbrücken angesetzt war, scheiterte, kam es erst im Februar 1970 in Wertheim am Main zum Zusammentreffen der Bundes-NPD. Trotz der Wahlniederlage und des vor der Wahl getroffenen Versprechens, von Thadden würde bei Nichteinzug zurücktreten, stellte sich der Vorsitzende erneut zur Wahl. Wohl auch aufgrund fehlender Alternativen wurde von Thadden im Amt bestätigt. Seine Stellung war aber stark beschädigt. Mit dem beginnenden Jahrzehnt setzte außerdem eine Austrittswelle in der NPD ein. Von den rund 28.000 (1969) Mitgliedern verblieben nur rund 8.000 (1979) am Ende der 1970er Jahre in der Partei. Immer weitere Abspaltungen führten maßgeblich zum Verlust von Mitgliedern. Gleichzeitig kam es zu einer ansteigenden Militanz innerhalb der NPD. Die Auseinandersetzungen nahmen mit dem Jahr 1971 zu. Die innerparteiliche Opposition gegen die Bundesführung rund um den bayrischen Landesvorsitzenden Siegfried Pöhlmann forderte angesichts der Wahlniederlagen die Aufgabe des streng legalistischen Kurses der Partei. Beim Parteitag in Holzminden im November 1971 trat Adolf von Thadden nicht erneut als Vorsitzender an, was in der Partei für Verwirrung sorgte, da dieser kurz zuvor noch seine Bereitschaft signalisiert hatte. Auf von Thadden folgte der mit 35 Jahren verhältnismäßig junge Martin Mußgnug, der ebenfalls aus der DRP stammte. Siegfried Pöhlmann schaffte es nicht, sich in den neuen Bundesvorstand wählen zu lassen. Auf dem Landesparteitag der bayerischen NPD im Januar 1972 verließ er mit mehreren Unterstützern die Veranstaltung und gründete in Folge die „Aktion Neue Rechte". Das Manifest der neuen Gruppierung wurde von Henning Eichberg verfasst, der später zu einem der bedeutendsten Vordenker der „Neuen Rechten" avancierte.

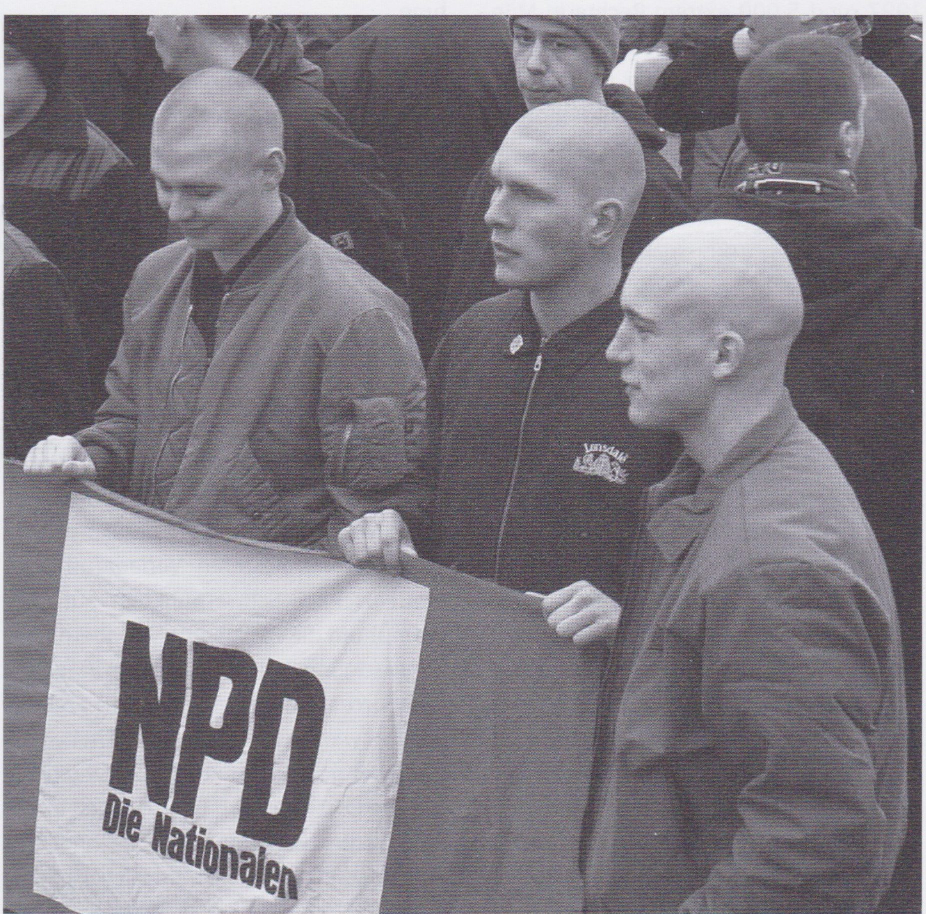
Neben den Abspaltungen waren es vor allem zwei Auseinandersetzungen mit anderen Gruppierungen bzw. Personen, die die NPD in den 1970er Jahren beschäftigten. Zum einen der wachsende Einfluss des Münchner Verlegers Dr. Gerhard Frey. Ein Teil des Vorstandes, so auch Mußgnug, versuchte Frey stärker in der Partei einzubinden, um auch von seinen publizistischen Möglichkeiten zu profitieren. 1975 wurde Frey gegen heftigen Widerstand zum einfachen Mitglied des Bundesvorstandes gewählt. Kaum ein Jahr später trat der Unternehmer aber wieder von seinen Ämtern zurück und forcierte den Aufbau der Deutschen Volksunion (DVU). Neben den Auseinandersetzungen um Frey waren es vor allem die Mitte der 1970er Jahre auftretenden Neonazi-Organisationen, mit welchen sich die NPD beschäftigte. Die Diskussionen innerhalb der Partei führten bis in die 1980er Jahre zu mehreren Unvereinbarkeitsbeschlüssen der NPD, um nicht durch das radikale Auftreten und die schlechte Presse in Verruf zu geraten.

Neben diesen Auseinandersetzungen zeigte sich der Abstieg der NPD auch in den Wahlergebnissen der Partei. Konnte sie in den ersten Jahren der 1970er zumindest bei Landtagswahlen noch Ergebnisse von zwei bis drei Prozent erringen, brachen

auch diese Mitte des Jahrzehntes ein. Lediglich in Hessen 1974 und 1975 in Bremen und Rheinland-Pfalz gelang der Partei überhaupt noch der Sprung über die Ein-Prozent-Hürde.

**Die 1980er: Konsolidierung, Republikaner und Frey, Deutsche Einheit**

Die 1980er Jahre führten bei der NPD erstmals zu einem vorläufigen Anhalten des Zerfallsprozesses. Nach dem massiven Einbruch der Mitgliederzahlen pendelten diese sich bei um die 6.000 ein. Durch die schwere Wirtschaftskrise Anfang der 1980er Jahre und das Ende der sozialliberalen Koalition 1982 standen die Zeichen aus Sicht der NPD gut. Der gleichzeitige Aufstieg von Le Pen in Frankreich ließ die extrem Rechten hoffen, dass ein ähnlicher Effekt auch für Deutschland zu erwarten sei. Doch die Krisen und die gesellschaftlichen Debatten rund um eine Lösung vom Nationalsozialismus brachten der NPD weder einen Mitgliederzulauf noch deutlich steigende Wahlergebnisse.




Ab 1983 hatte die NPD mit den Republikanern (REP) eine weitere Konkurrenz-Partei am rechten Rand zu erwarten. Die Partei gerierte sich im Abgleich als die „authentische Rechte" und schoss vor allem gegen den REP-Vorsitzenden Franz Schönhuber, dem sie politische Unzuverlässigkeit attestierte und ihn als „Ehrgeizling" und „Egozentriker" bezeichnete. Ab Mitte der 1980er Jahre kam es dann auf Initiative Frey's wieder zu einem Zusammenrücken zwischen NPD und DVU. Die engere Zusammenarbeit führte zu Wahlabsprachen, um nicht als Konkurrenten anzutreten. Frey redete außerdem im November 1987 auf dem Bundesparteitag der NPD. Zentral waren die Absprachen zur Bundestagswahl 1987 und zur Europawahl 1989. Die Absprachen mit der DVU sahen einen Antritt der NPD bei den Bundestagswahlen und der DVU bei den Europawahlen vor. Innerhalb der NPD kam es zur heftigen Kritik an dem Vorhaben, welches dennoch umgesetzt wurde.

Die Deutsche Einheit traf die NPD unvorbereitet. Im Dezember 1989 verteilten NPD-Kader erste Broschüren auf Montagsdemonstrationen in der DDR. Die NPD gründete in der Folge eine Arbeitsgruppe, um Mitglieder in der DDR zu werben und im Mai 1990 die MDN (Mitteldeutsche Nationaldemokraten), welche sich allerdings bereits im Oktober 1990 auf einem außerordentlichen Bundesparteitag in Erfurt mit der NPD zusammenschlossen. Dennoch gelang es auch in der Phase der Deutschen Einheit nicht, nennenswerte Wahlerfolge zu erzielen. Dies lag wohl auch an den „nationalen Tönen" der etablierten Parteien, die — bis hin zur Asylpolitik — die Themen der extremen Rechten selbst bedienten. Das Scheitern der NPD bei den Bundestagswahlen 1990 stürzte die Partei nicht nur in erhebliche finanzielle Probleme sondern in die bis dato schwerste Krise der Parteigeschichte. Das Jahr 1990 endete für die NPD mit einem Schuldenberg von 1,5 Millionen DM. Mußgnug erklärte daraufhin in einem Mitgliederbrief, dass eine Weiterarbeit der Partei nicht möglich sei. Etwas später trat er als Vorsitzender zurück. In der Folge versuchte ein Teil der Parteiführung die NPD in die Deutsche Allianz (später Deutsche Liga für Volk und Heimat) zu überführen. Der Widerstand der Partei führte dazu, dass im Juni 1991 Günter Deckert, der gegen einen Zusammenschluss argumentierte, zum neuen Bundesvorsitzenden der NPD gewählt wurde. Nach den mehrmaligen Versuchen Deckerts Mußgnug zu stürzen, war er damit an sein Ziel, den Parteivorsitz, gelangt. Deckert wollte die NPD als „Kaderpartei" aufstellen und seine Wahl führte in Folge zu einer weiteren Radikalisierung der NPD.

**Die 1990er Jahre: Radikalisierung und Wiederaufstieg — Günter Deckert und Udo Voigt**

Entgegen der These, dass eine Öffnung zu NS-Gruppen und eine Radikalisierung erst unter Udo Voigt stattgefunden habe, zeichnet sich diese bereits unter dem Vorsitzenden Günter Deckert ab. Obwohl die Parteiführung noch 1992 einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit „Gruppen, von denen Gewalt ausgeht oder die totalitäre Systeme kopieren" fasste, kam es allmählich zu einer Öffnung. Die Mitgliederzahlen der NPD befanden sich seit Anfang der 1990er Jahre

wieder im freien Fall. So zählte die Partei 1996 nur noch rund 3.500 Mitglieder. Manche Quellen sprechen auch von unter 3.000 Mitgliedern Mitte der 1990er Jahre.

Deckert suchte bereits sehr früh Kontakt zur neonazistischen Wiking-Jugend und NPD-Mitglieder nahmen an Rudolf-Heß-Aufmärschen wie in Rudolstadt 1992 teil. 1993 nahmen die Jungen Nationaldemokraten am „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ in Fulda teil. Mit Holger Apfel trat hier erstmals ein Parteifunktionär als Redner auf. Die Annährung Deckerts an die Wiking-Jugend führte 1995 auch zur Wahl des letzten Vorsitzenden der Wiking Jugend, Wolfram Nahrath, in den Bundesvorstand der NPD.

Deckert verlor Mitte der 1990er Jahre in der Partei immer weiter an Rückhalt. Gründe waren zahlreiche Strafverfahren und der Vorwurf der Veruntreuung von Geldern, der auch vom NPD-Schatzmeister Erwin Kemna erhoben wurde. Voigt avancierte bereits in dieser Phase zum potentiellen Nachfolger Deckerts. Im März 1996 wurde dann Udo Voigt in einer knappen Abstimmung zum Vorsitzenden der NPD gewählt. Deckert verblieb bis 1997 als Stellvertreter im Vorstand, wurde dann aber enthoben.

Voigt ließ als Vorsitzender die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber den NS-Gruppen aufheben. Beim Bundeskongress der Jungen Nationaldemokraten am 10. Mai 1997 brachte es Voigt auf den Punkt: „Es wird keine zweite Entnazifizierung innerhalb der NPD geben.“ Auch der Neonazi-Kader Christian Worch sieht die Anfänge der späteren „Volksfront“ in eben jenen Jahren der 1990er. So schrieb er in einem Rückblick: „Das erste ‚informelle Bündnis’ entstand, als Udo Voigt die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der NPD gegenüber radikaleren Kräften aufheben ließ und die NPD zugleich für diese radikaleren Kräfte öffnete. Von der Öffnung der Partei machten damals nur wenige Gebrauch, von dem stillschweigenden und informellen Bündnisangebot aber nahezu alle parteifreien Aktivisten.“

Die Folge der Öffnung — auch für Mitglieder aus den verbotenen NS-Gruppen — und der Aufbauarbeit in den neuen Bundesländern war ein massiver Zuwachs an Mitgliedern. Bis 2000 stieg die Zahl der NPD-Mitglieder mit 6.500 wieder in etwa auf das Niveau der 1970er Jahre. Dieser Anstieg war insbesondere in den neuen Bundesländern zu beobachten. So entwickelte sich beispielsweise in Sachsen mit 1.000 Mitgliedern (1998) einer der stärksten Landesverbände der NPD. Der erneute Aufstieg der Partei zeigte sich auch an Großveranstaltungen mit hohen Teilnehmerzahlen. So demonstrierten am 1. März 1997 rund 5.000 extrem Rechte in München gegen die sogenannte Wehrmachtsausstellung. Im Februar 1998 nahmen circa 4.000 Menschen am „Tag des nationalen Widerstandes“ der NPD in Passau teil.

Auch die strategische Neuaufstellung der Partei erfolgte Mitte/Ende der 1990er Jahre. So wurde 1997 auch die „Drei-Säulen-Strategie“ beschlossen, welche bis heute als strategische Grundlage gilt: „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Köpfe“ und „Kampf um die Parlamente“. Ende der 1990er schrieb Voigt selbst, dass der „Kampf um die Köpfe“ und der „Kampf um die Straße“ die Voraussetzungen für den Einzug in die Parlamente darstellen. Die Wahlantritte der NPD nahmen Ende der 1990er Jahre ebenfalls wieder zu. Erstmals gelang der Partei 1998 in Mecklenburg-Vorpommern wieder das knappe Überschreiten der Ein-Prozent-Hürde bei einer Landtagswahl. Zur endgültigen strategischen Zementierung der NPD als Sammlungsorganisation der gesamten extremen Rechten in Deutschland kam es mit der strategischen Ergänzung des „Drei-Säulen-Konzeptes“ um eine vierte, den „Kampf um den Organisierten Willen“. Im September 2004 verkündeten führende Vertreter der neonazistischen „freien Szene“ (Thomas Wulff, Thorsten Heise, Ralph Tegethoff) ihren Eintritt in die NPD. Diese „Volksfront“ wurde Anfang 2005 noch durch den „Deutschlandpakt“ mit der DVU erweitert, welcher Wahlabsprachen vorsah. Jürgen Rieger, der mit Frey über die Zusammenarbeit verhandelte, schrieb später zu den Verhandlungen: „Wie dargelegt, war der Deutschland-Pakt so angelegt, daß nach einer Phase der Annäherung eine Fusion beider Parteien erfolgen sollte.“ Sowohl die Zusammenarbeit mit den „freien Kräften“ als auch mit der DVU wurde nach wenigen Jahren immer brüchiger, dokumentiert aber dennoch den Sammlungswillen der NPD. Schlussendlich kam es nach langen juristischen Kämpfen 2012 zum Anschluss der ohnehin kaum vorhandenen DVU an die NPD. Die Öffnung der NPD spülte zahlreiche Neonazis in Führungspositionen der Partei, die sie bis heute innehaben und sorgte so für zahlreiche Konflikte innerhalb der Partei über die strategische Ausrichtung.

Das angestrebte Verbotsverfahren Anfang der 2000er sorgte sowohl für innerparteiliche Auseinandersetzungen als auch für erneuten Mitgliederschwund. Dennoch ging die NPD aus dem gescheiterten Verfahren gestärkt hervor und konnte in der Folge ihre Mitgliederzahlen zwischen 5.000 und 6.000 stabilisieren.

### Die 2000er: Wahlerfolge und Strategiedebatten

Zentral waren für die Partei die Landtagswahlerfolge in Sachsen (2004: 9,2 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (2006: 7,3 Prozent). Dies führte in der Partei nicht nur zu einer weiteren Verlagerung des strategischen Schwerpunktes auf den „Kampf um die Parlamente“, sondern auch zur Festigung finanzieller und struktureller Ressourcen. Außerdem zogen die Fraktionen das wenige akademisch geschulte Personal der gesamten extremen Rechten zusammen, welches nun für die Arbeit in den Parlamenten benötigt wurde. Besonders in Sachsen dürfte die tiefe Verunsicherung der Wähler in Folge der veränderten Sozialgesetzgebung („Hartz IV“) der NPD den Einzug in den Landtag ermöglicht haben. Die Erfolge schafften mit Holger Apfel und Udo Pastörs an der Spitze der Partei neue Machtzentren, führten aber auch zur Festigung des Vorsitzenden Udo Voigt und durch den Erfolg bedingte weniger hervortretende innerparteiliche Konflikte. Diese traten erst in den Jahren 2008/2009 wieder deutlich hervor. Anlass war vor allem das Bekanntwerden der Veruntreuung von einigen hunderttausend Euro durch den Voigt-Freund und Schatzmeister Erwin Kemna. Voigt erlitt als Vorsitzender einen erheblichen Schaden und gleichzeitig wur-

de in der Partei eine neue Strategie-Debatte losgetreten. Diese zeigte sich erstmals 2009 mit der Kandidatur Andreas Molaus gegen Voigt als Bundesvorsitzender. Molau trat von seiner Kandidatur noch vor dem Bundesparteitag wieder zurück, löste aber




eine Strategiedebatte aus, welche die Partei bis heute beschäftigt. Die Hauptkonfliktlinien verliefen hierbei zwischen den sich „seriös" gebenden Kräften rund um die Sächsische Fraktion mit Holger Apfel an der Spitze („sächsischer Weg") und dem radialen Auftreten rund um Voigt und Rieger und ihrem „deutschen Weg". Ideologische oder programmatische Debatten sind hingegen nicht zu beobachten. Voigt wurde bis 2009 vor allem durch den Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger gestützt, welcher der Partei erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt hatte und so Voigt im Amt hielt. Nach dem Tode Riegers (Oktober 2009) wurde Voigt zu immer mehr Zugeständnissen gedrängt. So fand im Januar 2010 bereits eine Strategiekonferenz in Berlin statt, die die Weichen für die zukünftige Ausrichtung der NPD stellen sollte. Weitere Wahlniederlagen führten zu immer weniger Rückhalt für Voigt als Vorsitzenden. Schlussendlich wurde dieser durch seinen ehemaligen Ziehsohn, Holger Apfel, im November 2011 als Parteivorsitzender abgelöst. Zentral waren vor allem die innerparteilichen Auseinandersetzungen über die Zukunft der NPD. Apfel stand für viele wohl für eine „modernisierte" und erfolgreiche NPD, die wie in Sachsen Erfolge bei den Wahlen erzielen konnte. Apfels Konzept firmierte als „seriöse Radikalität" in den Debatten der Partei. Für Apfel war die Wahl zum Vorsitzenden wohl ein länger geplanter Erfolg. So berichtet Jan Zobel, ehemaliger Weggefährte Apfels, bereits 2005 in seinem Buch: „Unter vier Augen gesteht er mir, daß er mal Vorsitzender der NPD werden würde. Nicht etwa, daß er es wolle, sondern: daß er es werde. Davon ist er überzeugt. Das also treibt ihn vorwärts." Der Zeitpunkt von Apfels Wahl zum Vorsitzenden fiel mit den Aufdeckungen rund um den „Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) zusammen, welche in der Folge den Repressionsdruck auf die Szene und auch die NPD erhöhten.

Doch Apfel konnte die parteiinternen Gegner nie ganz hinter sich bringen. Ausbleibende Wahlerfolge, Strafzahlungen in Millionenhöhe und zahlreiche Gegner innerhalb der Partei führten unter nie wirklich geklärten Umständen zum Rücktritt Apfels als Vorsitzenden und seinem Austritt aus der Partei. Gegen ihn wurde der Vorwurf erhoben, er habe während einer Wahlkampftour 2013 einen jüngeren Neonazi sexuell belästigt. Ein Parteifunktionär legte ihm daraufhin sogar den Selbstmord nahe. Die Kampagne gegen Apfel führte zum gänzlichen Rückzug des gebürtigen Niedersachsen, der nun als Gastronom auf Mallorca arbeitet, allerdings nie einen „Ausstieg" bekanntgab, sondern an seinen extrem rechten Überzeugungen auch öffentlich festhält.

In etwa zeitgleich mit Apfels Rücktritt reichte der Bundesrat Anfang Dezember 2013 einen neuen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht ein. Im Kontext des beginnenden Verfahrens wurde Udo Pastörs im Dezember 2013 vom Bundesvorstand zum neuen Vorsitzenden der NPD ernannt. Der gebürtige Nordrhein-Westfale war bis dahin Fraktionsvorsitzender der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern und führte damit eine der Machtzentren der Partei. Pastörs erklärte im beginnenden Jahr 2014, die NPD benötige nun eine „harte Hand". In der Öffentlichkeit wurde über eine erneute — öffentliche — Radikalisierung der NPD debattiert. Doch entgegen der zahlreichen Einschätzungen trat Pastörs als Bundesvorsitzender kaum in Erscheinung. In öffentlichen Debatten griff Pastörs nicht ein und auch nach zahlreichen Verfehlungen von Funktionären in der Öffentlichkeit war keine Führung durch Pastörs wahrzunehmen. Ab Juni 2014 war dann im Vorfeld des anstehenden Bundesparteitages eine erneute Debatte um die strategische Ausrichtung der NPD zu beobachten. Zahlreiche weitere Skandale um aufgetauchte Ermittlungsakten, Inhaftierungen von NPD-Funktionären und das Auftreten der Alternative für Deutschland (AfD) begleiteten die Debatte. Ähnlich wie schon bei den Republikanern geriert sich die NPD als die „authentische" Rechte. So schrieb ein NPD-Funktionär: „Da ist es doch sinnvoller, das Original zu unterstützen: die NPD läßt sich nicht kaufen [...]." Dennoch konnte die AfD der NPD zahlreiche wichtige Stimmen abnehmen, was auch zum Ausscheiden der NPD aus dem sächsischen Landtag führte. Lediglich der Alt-Vorsitzende, Udo Voigt, konnte im Mai 2014 mit dem Einzug in das Europaparlament einen Wahlerfolg verbuchen.

Als „Sieger" aus den Konflikten ging der Saarländer Frank Franz hervor. Franz hatte bereits ab Sommer 2014 in der Parteizeitung der NPD („Deutsche Stimme") sein Konzept der Ausrichtung der Partei vorgestellt. Nach den zahlreichen Skandalen war es wohl auch das Bedürfnis nach ruhigeren Zeiten und das Fehlen wirklicher Alternativen, welche Franz an die Bundesspitze der NPD brachten. Er wurde beim 35. ordentlichen Bundesparteitag Anfang November 2014 in Weinheim zum neuen Bundesvorsitzenden der NPD gewählt. Damit ist eine weitere Ausrichtung der NPD als vermeintlich „seriöse Wahlpartei" zu erwarten. Allerdings dürfte dies auch von den innerparteilichen Widerständen gegen den umstrittenen neuen Vorsitzenden abhängen. Franz gilt vielen außerdem nicht als sonderlich führungsstarke Persönlichkeit, was bei den zahlreichen Konflikten in der NPD ebenfalls offen lässt, wie sich die Partei unter seiner Führung entwickeln wird. •

NS-SZENE

Jahrelang konnte der Neonazi Hendrik Möbus, Szeneikone des „National Socialist Black Metal" (NSBM) und bundesweit bekannt geworden als „Satansmörder von Sondershausen", ungestört von Berlin aus seinen rechten Versand- und Labelaktivitäten nachgehen. Dabei baute er nicht nur ein internationales Netzwerk auf, sondern betätigte sich auch mehrfach als Konzertorganisator in unterschiedlichen europäischen Ländern. Antifaschist_innen wollen jetzt den Druck auf Möbus und sein Berliner Netzwerk erhöhen.

# „Satansmörder" als Neonazi-Netzwerker

■ Wie ein roter Faden zieht sich die Personalie Hendrik Möbus durch die Berichterstattung des Antifaschistischen Infoblatts: Den Auftakt bildet der medial vielbeachtete Mord im thüringischen Sondershausen an dem 15-jährigen Schüler Sandro Beyer im Jahr 1993. Er brachte Möbus den Beinamen „Satansmörder" und zusammen mit seinen Komplizen Sebastian Schauseil und Andreas Kirchner eine mehrjährige Haftstrafe ein. Zudem erlangte ihre gemeinsame Band „Absurd" in der Black-Metal Szene Kultstatus. (Vgl. AIB 49) Es war die Zeit, in der sich der sogenannte NS Black-Metal als extrem rechter Flügel in der Szene vor allem in Skandinavien herausbildete und europaweit verbreitete. Vordenker war dabei Kristian „Varg" Vikernes von der Band Burzum, nachdem er 1993 wegen Mordes an seinem ehemaligen Weggefährten und Brandstiftung inhaftiert wurde. Er verwies auf die „jüdischen Wurzeln" des in der Szene verhassten Christentums, aus der bei einigen Anhängern eine Verehrung von SS, Drittem Reich und dem Holocaust resultierte.

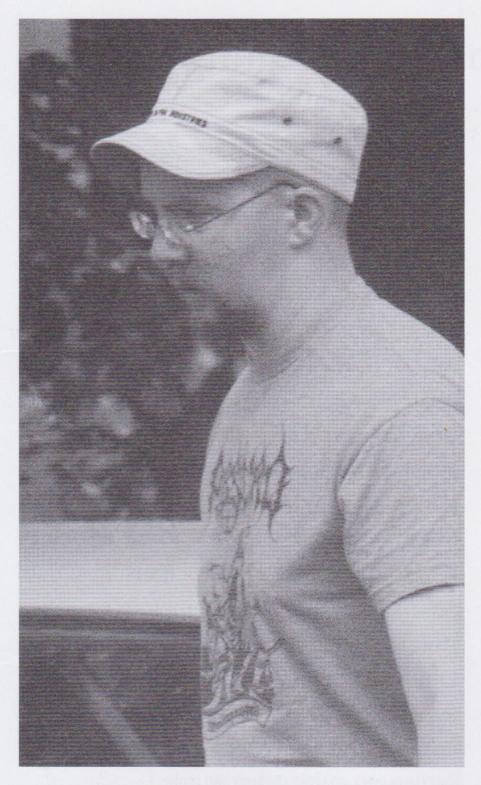
Möbus, der schon in seinem ersten Prozess vom NPD-Anwalt Peter Stöckicht vertreten wurde, sympathisierte ebenfalls mit diesen Ideen und formte während der Haftzeit sein neonazistisches Weltbild aus. Zudem produzierte er mit seinen Mittätern während der Inhaftierung heimlich weitere Aufnahmen von „Absurd" (unter dem Tarnnamen „In Ketten"). Ein Foto vom Grab des Mordopfers diente als Titelbild der EP. Ungeachtet dessen kam Möbus nach fünf Jahren im September 1998 vorzeitig aus der Haft, versuchte seine Popularität zu vermarkten und stieg sofort ins rechte Musikbusiness ein. Gemeinsam mit seinem Bruder Ronald Möbus hatte er schon 1994 das Label „Darker than Black" (DTB) samt Versand gegründet, das sich schnell zum wichtigsten NSBM-Vertrieb im bundesdeutschen Raum entwickeln sollte. Unterstützt wurden sie dabei auch vom Gründer der sächsischen Hammerskins und Verfassungsschutzspitzel Mirko Hesse, der DTB kurzzeitig aufkaufte und zum Sublabel seines Unternehmens „Hate Records" machte.

Parallel dazu schien die skandinavische Szene weiterhin ein Vorbild für Möbus geblieben zu sein. Direkt nach der Haftentlassung gründete er den Verein „Deutsche Heidnische Front", einen Ableger der auf Vikernes zurückgehenden völkischen Organisation „Allgermanische Heidnische Front". (Vgl. AIB 49) In diese Zeit fällt auch die Entstehung des bis heute aktiven internationalen NSBM-Netzwerks „Pagan Front". Es wurde 1998 von Möbus, Rone Rehal (USA), Witek Slusarz (Polen), Illia Babin (Russland) und anderen Neonazis gegründet, um „den NSBM zu einem Teil der White-Power-Szene zu machen". Bis heute ist diese internationale Vernetzung diverser Bands, Labels und Fanzines für die Organisation von rechten Festivals und Konzerten relevant. Für die Pagan Front schrieb Möbus 2001 auch eine Art Definition des NSBM, in der es heißt: „Diejenigen, die NSBM als ‚Musik-Genre' verstehen, wissen nichts davon", denn der „NSBM ist die Quintessenz des hörbaren wiedergeborenen Nationalsozialismus" und diene daher nicht der Unterhaltung, sondern ist „das Bemühen, das Publikum dazu zu zwingen, Maßnahmen zu ergreifen." Konkret bedeutet das für ihn: „Ein Ruf zu den Waffen".

Doch die Aktivitäten von Möbus wurden schnell ausgebremst: Da er bei einem Absurd-Konzert 1998 auf der Bühne den Hitlergruß zeigte, sein Mordopfer öffentlich als „Volksschädling" bezeichnete und bei einer Razzia in seinem DTB-Label 1999 diverse NS-Propaganda sichergestellt wurde, folgten nicht nur ein Bewährungswiderruf, sondern auch weitere Verurteilungen. Möbus floh daraufhin in die USA und tauchte beim Gründer der National Alliance William Pierce unter. Allerdings wurde er im August 2000 festgenommen und wenige Monate später zum Absitzen seiner Strafe nach Deutschland abgeschoben. (Vgl. AIB 51) Erst Im Frühjahr 2007 sollte er wieder aus der Haft entlassen werden.

Zusammen mit dem Thüringer Neonazi Christian Sch. aus Jena, der gemeinsam mit

Möbus inhaftiert war, zog er daraufhin nach Berlin-Plänterwald, um von dort das DTB-Label fortzuführen und einen dazugehörigen Internetversand namens „Merchant of Death“ zu etablieren. Zudem betätigen sich beide bis heute unter dem Namen „Totentanz Konzerte“ als Neonazi-Eventmanager. Organisierten sie ihre Konzerte anfänglich noch in verschiedenen ostdeutschen Städten (vor allem in Thüringen und Sachsen), zogen sie nach mehreren polizeilich untersagten Veranstaltungen das nähere europäische Ausland vor. Mehrfach fanden im kleinen tschechischen Grenzort Zatec sowie im italienischen Mailand, in Kooperation mit den örtlichen Hammerskins, NSBM-Konzerte sowie eine Veranstaltungsreihe in Finnland statt. Das letzte Konzert war Anfang November das mittlerweile dritte alljährliche „Hot Shower Fest“ in Mailand mit Szenegrößen wie Goatpenis (Brasilien), Goatmoon (Finnland), Frangar (Italien) und anderen. Zurückgreifen können die beiden für ihre Events auf Verbindungen, die sie über ihr DTB-Label — mit diversen internationalen NSBM-Bands unter Vertrag und einer Dependance in Brasilien — haben, sowie durch Netzwerke wie der Pagan Front.


Neonazi-Netzwerker im Absurd Bandshirt: Hendrik Möbus im Sommer 2014

Auch auf lokaler Ebene blieben beide nicht untätig, Möbus und Sch. sind auch mit der regionalen Berliner Neonaziszene vernetzt. Dabei unterstützten sie in der Vergangenheit Neonazi-Gruppen wie die Berliner NPD oder das militante Netzwerk NW-Berlin durch die Herstellung von Textilien in ihrer Siebdruckwerkstatt. Auch für den mittlerweile geschlossenen Szeneladen „Hexogen“ des Berliner NPD-Chefs Sebastian Schmidtke in Schöneweide hatten sie Kleidung bedruckt. Schmidtke, Möbus und Sch. verbindet nicht nur eine geschäftliche, sondern auch eine freundschaftliche Beziehung, die sich unter anderem in gemeinsamen Konzertbesuchen zeigt. Ähnlich verhält es sich mit der Berliner RNF-Vorsitzenden Maria Fank, die ebenfalls mit beiden befreundet ist.

Im Rahmen der Tonträgerproduktion arbeiteten Möbus und Sch. mehrfach mit dem Friedrichshainer Nikolas B. zusammen, der im Ortsteil Lichtenberg das sogenannte „Abgrund Tonstudio“ betreibt und hier mehrere Bands des DTB-Labels betreute. Darunter die vergleichsweise neue Band unter dem DTB-Label „Satanachist“, ein deutsch-griechisches NSBM-Projekt um den Chrysi Avgi-Aktivisten Nick Giohalas. Zum Berliner Kreis um Möbus und Sch. gehören auch der IT-Techniker Dennis W. sowie Manuel M. Während Dennis W. in den letzten Wochen vor allem durch die regelmäßige Teilnahme an Aufmärschen gegen geplante Asylunterkünfte auffällt, hält sich Manuel M. im Hintergrund seitdem ein Dossier des Verfassungsschutz öffentlich wurde. Darin zählt ihn die Polizei zu einer Zelle von Berlin/Brandenburger Neonazis, die militante Anschläge auf türkische und jüdische Einrichtungen plante. Die Ermittlungen waren 2001 gescheitert, weil Neonazis die Observation bemerkt hatten. Bei einer daraufhin durchgeführten Razzia fanden die Beamten bei dem ehemaligen Betreiber der Schöneweider Neonazi-Kneipe „Zum Henker“, Paul Stuart Barrington dennoch diverse Bombenbauanleitungen und eine fünfseitige Adressliste jüdischer Einrichtungen. (Vgl. AIB 96) Manuel M. kam mit einer Gefährderansprache davon.

Christian Sch. verkehrte schon während seiner Zeit in Jena in militanten Neonazikreisen. Am 10. Oktober 1998 beteiligte er sich mit 43 anderen Thüringer Neonazis an einer unangemeldeten konspirativ geplanten Kundgebung vor der Wohnung des in rechten Kreisen verhassten Jugendpfarrers Lothar König. Die Polizei nahm damals alle Teilnehmer in Gewahrsam, unter ihnen auch Neonazis die zum NSU-Unterstützerkreis gezählt werden, wie André Kapke (Thüringer Heimatschutz und KS Jena) und der V-Mann Tino Brandt (THS). Am 1. Mai 2000 geriet Christian Sch. im Zusammenhang mit einer verbotenen Demonstration in Jena mit den NSU-Unterstützern Ralf Wohlleben, Tino Brandt, André Kapke und Carsten Schultze in eine Fahrzeugkontrolle auf der Autobahn und landete in Unterbindungsgewahrsam. Im Münchener NSU-Prozess wurde auch die Verbindung von Sch. zu Stephan A., dem Cousin Beate Zschäpes thematisiert, der zur Clique um das spätere Terrortrio zählte.

Genau diese Verbindungen nahmen Berliner Antifaschist_innen zum Anlass für eine Kundgebung am diesjährigen Jahrestag der NSU-Selbstenttarnung, um vor den Wohnungen der beiden in Plänterwald zu protestieren. Christian Sch. versuchte eine Gegenkundgebung zu organisieren, die von Maria Fank angemeldet wurde. Allerdings fiel diese mangels Beteiligung und weil die NPD-Technik zum kurzfristig angesetzten Bundesparteitag gebraucht wurde, ins Wasser. Stattdessen verschanzten sich Möbus und Sch. mit Dennis W. und einem weiteren Neonazi in ihrer Wohnung. Die Kundgebung ist nur ein Teil einer antifaschistischen Kampagne gegen den Neonaziversand und das Berliner NSBM-Netzwerk. Möbus selbst beklagt sich in einem internen NSBM-Forum über die Aktivitäten gegen ihn: „Innerhalb von einem halben Jahr wurde mir zwei Autos abgebrannt, ich erhalte Todesdrohungen per Graffiti an meine Hauswand gesprüht; mein Foto plus Anschrift plus aberwitziger Behauptungen schickt man nicht nur durch den Äther, sondern plakatiert damit sogar die Nachbarschaft. Von dem Rattenschwanz [...] ganz zu schweigen.“ •

BRAUNZONE

Der Soulsänger Xavier Naidoo verbreitet seit Jahren eine rechts-libertäre Ideologie vor Millionenpublikum. Bis zu seinem Auftritt bei einer Reichsbürgerdemonstration wurde diese zumeist als Spinnerei verharmlost. Der Popstar vereint ein gespaltenes und zerstrittenes Spektrum hinter sich, dass getrieben durch gemeinsame Feindbilder immer häufiger zusammen auf die Straße geht.

# Xavier Naidoo

## Soundtrack der „Wahrheits"- und Reichsbürgerbewegung

ROLAND SIEBER

Xavier Kurt Naidoo ist ein Soul- und R&B-Sänger. Neben seiner Solokarriere ist er Gründungsmitglied der Musikgruppe „Söhne Mannheims". Zusätzlich war er Mitinitiator und Dozent an der Mannheimer Popakademie und hat mit „Beats Around the Bush" und „naidoo records" zwei eigene Labels gegründet. Xavier Naidoos Debütalbum verkaufte sich über eine Million Mal. Seine weiteren Soloalben erreichten ebenfalls Platz eins der deutschen Albumcharts. 1998 erhielt Xavier Naidoo das erste Mal den Echo als Bester nationaler Künstler. 2006 sang er anlässlich der Begrüßung der deutschen Fußballnationalmannschaft nach der Weltmeisterschaft auf der Fanmeile in Berlin. 2010 erhielt er erneut den Echo Preis, besuchte die deutschen Truppen der Bundeswehr in Afghanistan und gab dort mehrere Konzerte. In den Jahren 2011 und 2012 war er einer der Juroren und Coaches in der deutschen Gesangs-Castingshow „The Voice of Germany". 2012 trat er zusammen mit Kool Savas unter dem Namen Xavas für das Bundesland Baden-Württemberg beim „Bundesvision Song Contest" an und gewann diesen.

### Reichsbürger

Naidoos Hang zur verschwörungstheoretischen Verklärung der Welt wurde mehrfach deutlich. Im Oktober 2011 war der Sänger im ARD-Morgenmagazin zu Gast und erzählte vor laufender Kamera: „Aber nein, wir sind nicht frei, wir sind immer noch ein besetztes Land! Deutschland hat noch keinen Friedensvertrag und ist dementsprechend auch kein echtes Land und nicht frei". In der Reichsbürgerszene wurde er für diese Verbreitung einer ihrer Kernthesen gefeiert. Daraufhin unterlegte die selbsternannte „Reichsbewegung — Neue Gemeinschaft von Philosophen" ein Propagandavideo mit dem Song „IZ ON" der „Söhne Mannheims".[1] Die Reichsbewegung versendete 2012 rassistische Briefe an muslimische Menschen und Organisationen und kündigte Gewalt an, falls diese Deutschland nicht verlassen.

Auszüge aus Naidoos YouTube-Kanälen verbreiteten sich in antisemitischen Kreisen und Netzwerken wie TruTube. Dort wird der Holocaust geleugnet und gegen jüdische Menschen gehetzt. Beliebt ist sein Lied „Raus aus dem Reichstag" von 2009. Laut dem offiziellen Songtext im Begleitheft der CD „Alles kann besser werden" singt er im antisemitischen Jargon: „Wie die Jungs von der Keinherzbank, die mit unserer Kohle zocken. Ihr wart sehr, sehr böse und steht bepisst in euren Socken. Baron Totschild gibt den Ton an und er scheißt auf euch Gockel. Der Schmock ist'n Fuchs und ihr seid nur Trottel". „Der Schmock ist'n Fuchs" ist ein antisemitischer Code und mit „Baron Totschild" spielt er auf die jüdische Bankiers-Familie Rothschild an, denen schon die Nazis unterstellten hinter dem Federal Reserve System (FED) und damit hinter dem Banken- und Zinssystem zu stehen, dem in verschwörungsideologischer Manier die Schuld an allen Leid und Krieg der Welt gegeben wird. Fünf Jahre nachdem der Songschreiber den Politikern „Raus aus dem Reichstag" entgegen schmetterte, unterstützt er also eine Reichsbürgerveranstaltung vor dem Bundestag in Berlin, aus deren Kreisen mal wieder zum Sturm auf den Reichstag und zum gewaltsamen Sturz der Regierung aufgerufen wurde.[2]

### Infokrieger, Nazis und Friedensbewegte

Mit Sprachcodes sowie den Videos zu den Songs „Verschieden", „Ruth Maude" und „Goldwaagen/Goldwagen" befeuert Naidoo auch die Verschwörungstheorien der „Truther-Szene". Diese verklären mit Halbwahrheiten und Falschinformationen die Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 zu einem „Inside Job" oder fantasieren gar eine jüdische Weltverschwörung herbei. Hierseits wie dortseits des Atlantiks wird eine antisemitische Bildsprache benutzt, die die FED und die Obama-Regierung als Marionetten einer geheimen Weltregierung zeichnet. Neonazis kürzen dies in ihrer Szenensprache als ZOG ab: Zionist Occupied Government. Hier überschneidet sich die Infokrieger-Szene punktuell mit

dem neonazistischen Spektrum. (Vgl. AIB Nr. 87)[3]

Xavier Naidoo pushte mit seinen politischen Aussagen und Songzeilen neben dem österreichischen Rapper Kilez More und der Duisburger Band „Die Bandbreite“ diese Szene hoch. Die „Mahnwachen für den Frieden und gegen die tödliche Politik der Federal Reserve (einer privaten Bank)“, zu denen der ehemalige Unternehmer und Berufsfallschirmspringer Lars Mährholz im Frühjahr 2014 vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts aufrief, mobilisierte sich unter anderem aus dieser Spektrum. Zudem mischen Anhänger von einer Vielzahl an spirituellen und politischen Grüppchen und Sekten mit.

Es ist eine Bewegung voller Widersprüche. Eine Bewegung getragen von Aktivisten, die sich in ihrer Ideologie verloren haben und deren Realitätswahrnehmung sich dadurch stark verschoben hat. Betroffene steigern sich — um ihre „Wahrheit“ zu verteidigen — immer tiefer in eine geschlossene Verschwörungsideologie aus diversen Legenden und Theorien. Auch der selbsternannte „Systemkritiker“ Xavier Naidoo berichtet in einem Videointerview mit „Sons of Libertas“, wie er „die Wahrheit“ in Youtube-Videos fand.




Der angeblich „bestangezogene Mann Deutschlands“ (Men's Health 2006) Xavier Naidoo präsentierte am 3. Oktober 2014 bei einer Kundgebung von Reichsbürgern in Berlin ein T-Shirt mit der Aufschrift: „Freiheit für Deutschland“.

**Rechts-Libertäre und Deutschnationale**

Neuer politischer Weggefährte von Xavier Naidoo ist Oliver Janich, der zwar als selbsternannter Wahrheitsfinder und Libertärer zusammen mit dem rechtspopulistischen Verleger Jürgen Elsässer gegen ein Klischeebild von „Rothschilds“ antritt, aber zugleich dass von seinem Mitkämpfer verherrlichte zentralistische Putin-Russland ablehnt. Ein antistaatlicher Bestseller von Janich wird von Naidoo in seinem Lied „Die Wahrheit“ beworben, in dem sich der Sänger auch selbst als „libertären, gläubigen Menschen“ beschreibt.[4] Janich gründete 2009 die rechtslibertäre und marktradikale „Partei der Vernunft (PdV)“ und führte diese bis 2013 als Bundesvorsitzender. Rechtslibertäre Anarchokapitalisten lehnen mit Berufung auf den US-Ökonom Murray Rothbard Staaten ab, wollen diese aber durch einen sozialchauvinistischen freien Markt ersetzen. Da diese Ideologie in sich widersprüchlich ist, wird sie häufig mit Verschwörungstheorien ergänzt. In einem Interview mit der neurechten-marktliberalen Monatsschrift „eigentümlich frei (ef)“ führte Janich seine politische Nähe zu dem US-amerikanischen Verschwörungsideologen Alex Jones und dem republikanischen Vorwahlkandidaten Ron Paul (Republikaner/Libertarian Party) zur US-Präsidentschaftswahl 2012 aus.

Die Ideologie von Naidoo nimmt Anleihen aus christlichem Fundamentalismus, deutschnationalistischen Verschwörungstheorien und marktradikalem Libertarismus.[5] So kommt es, dass ein vermeintlich antirassistischer R&B-Sänger am 3. Oktober zuerst auf der Bühne von Reichsbürgern und im Anschluss auf einer Querfrontdemo mit dem Chefredakteur des verschwörungsideologischen Volksfrontmagazins Compact, Jürgen Elsässer, spricht und singt.

Wie Elsässer fiel auch der Mannheimer mit Schwulenfeindlichkeit auf: Ein bewusst versteckter Musiktitel („Hidden Track“) auf dem Album „Gespaltene Persönlichkeit“ brachte dem Rapper-Duo Kool Savas und Xavier Naidoo den Vorwurf ein, sexuelle Gewalt an Kindern und Satanismus mit Homosexualität gleichzusetzen sowie Gewaltfantasien zu verbreiten und nach starken Führern zu rufen.

Ob der singende Politaktivist Geld in das verschwörungsideologische Spektrum fließen lässt oder mit dem geplanten Mannheimer Medienpark zur Infrastruktur der Szene beiträgt ist noch nicht ausgemacht. Den Soundtrack für zahlreiche gewaltbereite rechte Splittergrüppchen liefert Xavier Naidoo aber bereits seit Jahren. •

**1** Sieber, Roland; Wassermann, Martin: Naidoo als Soundtrack der „Reichsbewegung“?, www.publikative.org/2012/04/26/xavier-naidoo-als-soundtrack-der-reichsbewegung **2** Siehe u. a.: Xavier von Naidoo und die Reichsbürger vom Reichstag, www.sonnenstaatland.com/2014/10/09/xavier-von-naidoo-und-die-reichsbuerger-vom-reichstag **3** Sanders, Eike: Die Wahrheit ist irgendwo da draußen... Die deutsche „Truther“-Bewegung, www.antifainfoblatt.de/artikel/die-wahrheit-ist-irgendwo-da-drau%C3%9Fen **4** RS: Wirre Thesen: Xavier Naido veröffentlicht Konter-Video — „Straßenunterhaltungsdienst — die Wahrheit“, www.rollingstone.de/news/meldungen/article629035/wirre-thesen-xavier-naido-veroeffentlicht-konter-video-strassenunterhaltungsdienst-die-wahrheit.html **5** Sieber, Roland: Der Absturz des Xavier Naidoo, www.publikative.org/2014/10/12/der-absturz-des-xavier-naidoo/

REGIONAL

Die NPD als stärkster Akteur der extremen Rechten im Saarland und antifaschistische Gegenaktivitäten. Ein Regionalbericht.

# NPD-Strukturen und Gegenwehr an der Saar

ANTIFA SAAR / PROJEKT AK

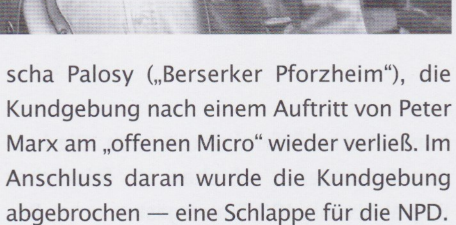
## 2013 — Rechte Aufbauarbeit

Die NPD Saar, die nach wie vor die stärkste Kraft innerhalb der extremen Rechten im Saarland ist, konzentrierte ihre Aktivitäten im Jahr 2013 vorwiegend auf den Bundestagswahlkampf. Nebenher führte sie ihre „Traditionsveranstaltungen", den politischen Aschermittwoch am 13. Februar 2013 und die „Sommeruniversität", eine Art interne NPD-Tagung, vom 15. bis 17. August 2013 durch. Im Rahmen des Bundestagswahlkampfs liefert die NPD ein eher kümmerliches Bild. Sie ist nicht in der Lage, flächendeckend und ohne Unterstützung der Kameradschaftsszene — namentlich der „Sturmdivision Saar[1]"— Wahlkampf zu machen. Nicht zuletzt das dürfte der Grund für die NPD Saar sein, ihre Vorbehalte und ihre Abneigung gegenüber der als „asozial" empfundenen Kameradschaftsszene zumindest vorläufig über Bord zu werfen. Die NPD erreicht bei der Bundestagswahl bundesweit 1,3 Prozent der Zweitstimmen. Im Saarland kann sie 1,7 Prozent der Zweistimmen für sich gewinnen und damit im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 ein Plus von 0,4 Prozent (mehr als 2000 Stimmen) verzeichnen. Nach der Bundeswahl versucht die saarländische NPD u.a. mit Hilfe von Sascha Wagner,[2] der zwischenzeitlich vor seinen Kameraden aus der Pfalz ins Saarland geflüchtet ist, neue Strukturen — auch für die Kommunal- und Europawahl im Jahr 2014 — aufzubauen. In dieser Phase, die bis ins Jahr 2014 hineinreicht, veranstaltete die NPD in mehreren saarländischen Städten Gesprächskreise, in denen nach altem Muster Sympathisanten geworben werden sollen. Außerdem finden eine „Führungskräfteschulung" und eine Veranstaltung zum Thema „Umgang mit Polizei und Justiz" statt, mit denen die NPD die Abwerbung von Aktivisten der Sturmdivision Saar komplettiert. Die Gründung einer Sektion der JN im Dezember 2013 fällt ebenfalls in diese Aufbauphase. Mit einer stärkeren Präsenz im Internet u.a. in sozialen Netzwerken versucht die NPD Saar ihre Aktionen besser als bisher zu vermarkten.

## 2014 — Der NPD in die braune Suppe spucken.

Die Aktivitäten der NPD bleiben jedoch nicht unbeantwortet, im Jahr 2014 kommt Gegenwind von vielen Seiten auf. Im Januar 2014 will die Bundes-NPD ihren Parteitag in Saarbrücken-Schafbrücke durchführen. Nachdem Gegenaktivitäten angekündigt werden und die Stadt den Mietvertrag wegen formeller Fehler kündigt, muss die NPD ausweichen.[3] Im März 2014 wird das „Hotel Budapest" in Saarbrücken-Fechingten, das seit Jahren ein Rückzugsort der NPD ist, von Antifaschist_innen im Rahmen einer Spontandemo besucht.[4] Der Inhaber, ein örtliches CDU-Mitglied, gerät unter Druck und seitdem finden zumindest keine öffentlichen Veranstaltungen der NPD mehr im „Hotel Budapest" statt. Der politische Aschermittwoch der NPD am 11. März findet, offenbar weil die NPD heftige Gegenproteste fürchtet, quasi als Geheimtreffen im „Vereinshaus Köllerbach" weit außerhalb von Saarbrücken statt. Als Reaktion auf die Veranstaltung wird noch am gleichen Tag das Wohnhaus von Peter Marx in der Birkenstraße (Saarbrücken-Schafbrücke) mit Farbe angegriffen. Das Haus dient der saarländischen NPD als Hauptquartier und der bundesweit bekannte NPD-Anwalt Peter Richter[5], der die Partei u.a. im aktuellen Verbotsverfahren vertritt, hat seine Kanzlei im Erdgeschoss. Eine weitere als „große Wahlkampfveranstaltung" angekündigte, Veranstaltung führt die NPD Saar mit Karl Richter am 17. April an einem unbekannten Ort durch. Währenddessen protestieren in der Saarbrücker Innenstadt über 250 Menschen unangemeldet gegen die NPD. Der Wahlkampf für die Europa- und Kommunalwahl läuft im Jahr 2014 insgesamt etwas besser als der zur Bundestagswahl, die NPD kann ihre Ergebnisse leicht verbessern. Nach der Wahl ziehen Markus Mang in den Stadtrat von Völklingen, Peter Marx in den Stadtrat von Saarbrücken, Peter Richter in den Regionalverband Saarbrücken und Otto Becker in den Bezirksrat Saarbrücken-West ein. Nachdem Peter Marx wegen der „Peniskuchenaffäre" im April seinen Platz als Generalsekretär in der Bundes-NPD räumen muss,[6] gibt er spätestens mit der Wahl von Frank Franz zum Bundesvorsitzenden der NPD im November wieder einmal den










Links: Holger Apfel, Frank Rennicke und Peter Marx (v.l.n.r.)
Oben: Frank Franz

Ton in der NPD Saar an. Tatkräftige Unterstützung erhält er dabei von Jacqueline Süßdorf, die nach ihrem Reinfall mit dem Versuch der Übernahme eines Gastronomieschiffes in der Stadtmitte von Saarbrücken[7] als Vorsitzende des neu gegründeten NPD-Ortsverbands Saarbrücken-West inzwischen offen für die NPD agiert. Aktuell versucht Süßdorf mit zwei neuen Gaststätten in den Saarbrücker Stadtteilen Burbach und Güdingen neue Rückzugsräume für saarländische Neonazis zu schaffen. Nachdem die NPD Saar bereits versuchte, auf plumpe Art und Weise im „Kampf gegen Straßenprostitution" an die sog. Mitte der Gesellschaft anzuknüpfen,[8] verwundert es wenig, dass auch die rassistische Mobilmachung der „HoGeSa" für die Partei genutzt werden soll. Dazu wird mit maßgeblicher Unterstützung von NPD-Akteuren auf Facebook die Gruppierung „Saarländer gegen Salafisten (SaGeSa)" gegründet und zu einer, von Sascha Wagner angemeldeten, Kundgebung am 22. November im saarländischen Völklingen mobilisiert. Die zu offensichtliche Instrumentalisierung durch die NPD sorgte offenbar bei einigen der etwa 200 Teilnehmer für Verstimmungen, so dass die etwa 300 Gegendemonstrant_Innen beobachten konnten wie ein Großteil der Teilnehmer, angeführt von Sascha Palosy („Berserker Pforzheim"), die Kundgebung nach einem Auftritt von Peter Marx am „offenen Micro" wieder verließ. Im Anschluss daran wurde die Kundgebung abgebrochen — eine Schlappe für die NPD.

### Der Polizei stinken die Linken

Dass erfolgreiche antifaschistische Aktivitäten den Repressionsapparat auf den Plan rufen, kann in der Bundesrepublik Deutschland fast als Grundsatz gelten und so gab es auch im Saarland in letzter Zeit verstärkte Aktivitäten der politischen Polizei. Einen Teilbereich der Repression stellt das Einleiten von Ermittlungsverfahren bei Aktionen auf der Straße dar. So zum Beispiel im Rahmen der Demonstration gegen die Mahnwache für Erich Priebke am 29. Juli 2013. Hier leitete die Polizei zahlreiche Ermittlungsverfahren nach den klassischen Repressionsparagrafen (Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Widerstand, gefährliche Körperverletzung und Gefangenenbefreiung) gegen mehrere Antifaschist_innen ein. Die Verfahren, die alle mit einer Einstellung endeten, dienten nach heutiger Erkenntnis in erster Linie dazu einen gewalttätigen Übergriff der Polizei auf einen Gegendemonstranten zu rechtfertigen, indem ein Bild von bürgerkriegsähnlichen Zuständen gezeichnet werden sollte. Dumm für die Polizei war nur, dass der Übergriff mittels eines Videos dokumentiert und anschließend öffentlich gemacht wurde. Aus diesem Grund wurde der Polizeibeamte zwischenzeitlich erstinstanzlich zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Zusätzlich muss er 2.000 Euro Schmerzensgeld an den Geschädigten zahlen. Neben der Repression im Rahmen von Gegenaktivitäten und Demonstrationen versucht der saarländische Staatsschutz aktuell auch die Outingaktivitäten der Antifa Saar/Projekt AK verstärkt strafrechtlich zu verfolgen. Dazu wurde im Mai 2014 eine Hausdurchsuchung bei einem Antifaschisten in Saarbrücken durchgeführt, die bis jetzt offenbar kein tragbares Ergebnis für die Ermittlungsbehörden hervorgebracht hat. Neben diesen Verfahren laufen im Saarland zur Zeit noch weitere Ermittlungsverfahren, auf die wir an dieser Stelle nicht eingehen können. Der Fokus antifaschistischer Arbeit wird in nächster Zeit auch darauf liegen diese Angriffe abzuwehren und die Verfahren zur Thematisierung antifaschistischer Arbeit in der Öffentlichkeit zu nutzen. •

**1** http://antifa-saar.org/images/RechercheInfo_SturmdivisionSaar.pdf **2** Zu Wagner: www.infobuero.org/2012/10/sesshaft-gewordenen-neonazis-unter-der-lupe-sascha-wagner **3** http://antifa-saar.org/category/npd-bundesparteitag-verhindern **4** http://antifa-saar.org/2014/03/01/spontanaktion-gegen-nazitreffpunkt-in-brebach-fechingen **5** www.spiegel.de/spiegel/print/d-125080788.html, http://antifa-saar.org/2014/05/18/npd-und-neonazis-hetzen-gegen-sexarbeiterinnen-2 **6** Siehe dazu: AIB Nr. 103, S. 22 ff. **7** http://antifa-saar.org/2014/07/29/recherche-info-nazi%C2%AD-kahn-versenken-npd-abwracken **8** http://antifa-saar.org/2014/05/18/npd-und-neonazis-hetzen-gegen-sexarbeiterinnen-2/

ANTIFA

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Vom rassistischen Normalzustand zum Nationalsozialistischen Untergrund“ wurden die Schwierigkeiten des Gedenkens an Opfer rassistischer Gewalt thematisiert.

# Rassistische Morde in Hamburg

## Vom Erinnern und Vergessen

TEILE DES VORBEREITUNGSKREISES
DER VERANSTALTUNGSREIHE

■ Die Halskestraße in Hamburg-Billwerder ist eine schmucklose Straße zwischen Autobahn, Gewerbegebiet und Rangierbahnhof am Rande der Stadt. Vor einem Hotel versammeln sich am 23. August 2014 ca. 60 Menschen. Sie gedenken der Opfer eines rassistischen Brandanschlags, der vor 34 Jahren in der Nacht zum 22. August 1980 von zwei Mitgliedern der neonazistischen „Deutschen Aktionsgruppen“ (DA) verübt wurde. Die DA wurden Anfang 1980 von dem Alt- und Neonazi Manfred Roeder gegründet und bestanden in ihrem Kern aus Sibylle Vorderbrügge, Heinz Colditz und Raymund Hörnle. Damals war das heutige Hotel eine Sammelunterkunft, in der vor allem sogenannte Boat People, Flüchtlinge aus Vietnam, lebten. Bei dem Brandanschlag starben die zwei jungen Vietnamesen Ngoc Chau Nguyên und Anh Lân Dô. An die Wand des Wohnheims sprühten die Täter_innen Vorderbrügge und Colditz „Ausländer raus“. Den Ort hatten sie nach einem Artikel im Hamburger Abendblatt ausgewählt, der von dort untergebrachten Flüchtlingen berichtete. Einige Tage später wurden die Kerngruppe sowie zwei weitere Personen festgenommen. 1980 erregte der Brandanschlag die hanseatische Öffentlichkeit noch. Die beiden Ermordeten erhielten ein feierliches Begräbnis mit 400 Trauergästen unter Beteiligung des damaligen Bürgermeisters Klose. Danach geriet der Brandanschlag schnell in Vergessenheit. Mittlerweile sind die Gräber von Ngoc Chau Nguyên und Anh Lân Dô aufgelöst. Nirgendwo in der Stadt wird der Opfer gedacht.

August 1980: Anschlag der Deutschen Aktionsgruppen auf ein Wohnheim für vietnamesische Flüchtlinge in Hamburg. Zwei Menschen starben.

Anfang 1982 kam es in Stuttgart Stammheim zum Prozess gegen vier Mitglieder der DA. Den „Aktionsgruppen“ wurden neben kleineren Delikten sieben Brand- oder Sprengstoffanschläge zugeschrieben, die sie zwischen Februar und August 1980 begangen. Dabei wurden insgesamt zwei Menschen ermordet und acht weitere teilweise schwer verletzt. Roeder erhielt als Rädelsführer wegen der „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ 13 Jahre Haft. Heinz Colditz wurde zu sechs Jahren und Sibylle Vorderbrügge zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Hörnle bekam lebenslänglich. Die drei Letztgenannten traten nach Verbüßung ihrer Haftstrafen nicht wieder in Erscheinung, Manfred Roeder schon. 1996 stand er in Erfurt erneut vor Gericht, er hatte mit anderen Neonazis die Tafeln der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ mit den Worten „Lüge“ und „Hetze“ besprüht. Regelmäßig besuchten bekannte Neonazis den Prozess. Unter anderen entrollten Uwe Mundlos, Uwe Böhnhard, Ralf Wohlleben und Andre Kapke im Gerichtsgebäude ein Transparent mit der Aufschrift „Unsere Großväter waren keine Verbrecher“.

### Politische Konsequenzen

Die Gedenkkundgebung in der Halskestraße sowie eine Diskussions- und Informationsveranstaltung zu dem Anschlag bildeten den Abschluss der Veranstaltungsreihe, die ein Jahr lang verschiedene Aspekte insbesondere der NSU-Morde beleuchtet. Mit dieser Reihe sollten Zusammenhänge auf-

gezeigt und verschiedene Fragenkomplexe thematisiert werden. Eine der Fragen, die am Beginn der Veranstaltungsreihe stand, war die nach politischen Konsequenzen für eine antirassistische und antifaschistische Praxis. Bei dem Versuch, die Aufmerksamkeit auf den vergessenen und verdrängten Neonazianschlag in Hamburg 1980 zu lenken, ging es darum, die Frage des Gedenkens an rassistische Morde zu thematisieren, die sich im Zuge der Auseinandersetzungen um den NSU und die Reaktionen darauf als zentral herausgestellt hatte. Auf Hamburg bezogen stellt die im Juni 2014 erfolgte Umbenennung eines kleinen Straßenstückes in Hamburg-Bahrenfeld nach Süleyman Taşköprü ein Novum dar — auch wenn die letztlich gewählte Lösung unbefriedigend bleibt und unangemessen erscheinen muss. Statt der Schützenstraße, in der Süleyman Taşköprü sein Lebensmittelgeschäft betrieb und in der er ermordet wurde, umzubenennen, wurde eine unbewohnte Straße in der Nachbarschaft, zwischen Gewerbe und Brachflächen ausgewählt. Dennoch ist die Straßenumbenennung die einzige relevante Konsequenz, die in Hamburg nach Bekanntwerden des NSU gezogen wurde.




Bemerkenswert ist die Taşköprüstraße jedoch auch in anderer Hinsicht, denn es ist das erste Mal in der Hamburger Geschichte, dass ohne größeren Druck von außen eine öffentliche Würdigung eines Opfers neonazistischer Gewalt realisiert wurde. Dass es mit dem Ramazan Avcı-Platz überhaupt einen weiteren öffentlichen Ort in dieser Stadt gibt, der den Namen eines von Neonazis ermordeten Menschen trägt, verdankt sich ausschließlich dem Engagement der Ramazan Avcı-Initiative und den Hinterbliebenen, des 1985 von rechten Skinheads Getöteten. Es sollte 27 Jahre dauern, bis offiziell an diesen Mord erinnert wurde. Die Namen anderer, wie Mehmet Kaymakcı, der ebenfalls 1985 von Neonazis mit einer Betonplatte erschlagen worden ist, oder eben die von Ngoc Chau Nguyên und Anh Lân Dô, kennt heute kaum noch jemand.

### Gedenken und Solidarität

Dass die Erinnerung an Opfer rechter Gewalt, nicht nur in Hamburg, wenig öffentliches Interesse hervorruft, hat wahrscheinlich eine ganze Reihe von Ursachen. So fürchten fast schon symptomatisch die Verantwortlichen an praktisch jedem Ort, an dem Anschläge und massive Übergriffe durch Neonazis stattfanden, um ihren Ruf und sind in der Regel vor allem bemüht, sie wahlweise als tragische Einzelfälle darzustellen oder die Täter_innen außerhalb der eigenen Stadt zu suchen. Anzuerkennen, dass Neonazis in und aus der Mitte der deutschen Gesellschaft, und bis zu einem bestimmten Punkt ihres Handelns auch von Teilen dieser Gesellschaft toleriert, agieren, würde dazu nötigen, eine grundsätzliche Auseinandersetzung über den auch außerhalb der einschlägigen Szenen vorhandenen Rassismus führen zu müssen. Viel einfacher und bewährter ist es hingegen, sich im Ernstfall darauf zu berufen, dass organisierte Rassist_innen eigentlich nicht Teil dieser Gesellschaft seien und sie als verwirrte Einzeltäter_innen zu verharmlosen. Die Täter_innen sollen nicht „dazugehören“ — aber dieser Ausschluss trifft häufig ebenso die Opfer. Wo etwa „fremdenfeindliche Motive“ oder „Ausländerhass“ bemüht werden, um rassistische Angriffe zu beschreiben, wird damit zugleich verdeutlicht, dass die Betroffenen Fremde seien, das Problem also nicht „uns“ betrifft. Diese Ausweichmechanismen sind brisant, denn sie dienen nicht nur dazu, Rassismus als Randerscheinung zu verharmlosen, sondern vermitteln auch eine Botschaft an die tatsächlich und potentiell Betroffenen: Was euch zustößt, betrübt uns vielleicht, aber es betrifft uns nicht. So werden Grenzen markiert und denen, die alltäglich mit Rassismus in all seinen Ausprägungen konfrontiert sind, verdeutlicht dass sie alleine sind.

Auch in der Frage, wem in welcher Form öffentlich gedacht wird und wem nicht, greifen die gleichen Verdrängungsmuster. Deshalb sind erinnerungspolitische Interventionen so wichtig: Nicht nur, um die Erinnerung an die Vergangenheit lebendig zu halten und daraus Konsequenzen für die eigene politische Praxis zu ziehen. Sondern auch um das Geschehen, an das erinnert wird, im kollektiven Gedächtnis zu verankern und die kritische Aufarbeitung von Rassismus und seinen Folgen zum Anliegen der Mehrheitsgesellschaft zu machen.

So versteht auch die „Initiative für ein Gedenken an Ngoc Chau Nguyên und Anh Lân Dô“, die sich nach Abschluss der NSU-Veranstaltungsreihe im August 2014 gründete, ihr Anliegen: Das Gedenken an die Opfer hat zum Ziel, die Solidarität mit den Angehörigen zur gesellschaftlichen Aufgabe zu machen.

Die Tafel, die am 23. August 2014 aufgestellt wurde, ließ die Hotelleitung, kaum waren die Demonstrant_innen abgezogen, demontieren. •

GESELLSCHAFT

# Islamischer Faschismus?

VOLKER WEISS

Wer bislang den Islamismus in die Nähe einer faschistischen Weltanschauung rückte, galt schnell als Anhänger des US-amerikanischen Neokonservatismus. Mit dem Vormarsch des „Islamischen Staates" (IS) im Mittleren Osten hat sich dies schlagartig geändert. Weltweit vergleichen nun Linke die Belagerung von Kobanî mit der von Madrid im Spanischen Bürgerkrieg, auch die Verteidiger der Stadt verwenden die Losung vom IS-Faschismus. Ist diese Charakterisierung gerechtfertigt oder ein politischer Reflex? Skeptisch gegen die Formel vom „Islamfaschismus" stimmt, dass mit ihr Rechtspopulisten auf Wählerfang gehen. So vergleicht der Vorsitzende der Partei „Die Freiheit", Michael Stürzenberger, der eng mit der rassistischen Website PI-News verbunden ist, den Koran mit Hitlers „Mein Kampf".

Einerseits besteht also die Gefahr, dass die Formel vom „islamischen Faschismus" nichts als eine Phrase ist. Andererseits kehrt mit ihr nur die alte Frage nach der Replizierbarkeit des faschistischen Herrschaftsmodells in anderen als den klassischen Kontexten, also außerhalb der Weltkriegsepoche im Europa des 20. Jahrhunderts, wieder. Die Bereitschaft, autoritäre Systeme außerhalb Europas oder nach 1945 als „faschistisch" zu werten, hängt meist vom politischen Standpunkt der Kritiker ab. Während die bürgerliche Politikwissenschaft eine Historisierung des Faschismus als Herrschaftsform propagierte, nicht zuletzt, um die eigene Erzählung vom demokratischen „Ende der Geschichte" durchzusetzen, haben sich ihre linken Kritiker stets dagegen gewehrt. Der Hinweis auf die Fähigkeit des Faschismus, bis in die Gegenwart demokratischer Systeme zu überleben, stellte einen Konsens kritischer Gesellschaftstheorie dar.

Eine Übertragung des Faschismusbegriffs auf andere Kontexte als die seiner historischen Gründungsphase ist also durchaus legitim. In Bezug auf den Islamismus stößt sie jedoch vor allem bei Verfechtern des vulgärmarxistischen Faschismusbegriffs auf Abwehr. Ihnen gelten islamistische Organisationen mitunter als Bündnispartner im „Kampf gegen den Imperialismus" und sie stellen Kritik unter den Verdacht des „antimuslimischen Rassismus". Allerdings läuft letzteres Argument nicht nur Gefahr, dem Islamismus die Definitionsmacht zuzusprechen, was als muslimisch zu gelten hat, ihm wohnt selbst eine bedenkliche Neigung zur Ethnisierung der Kultur inne.

Entgegen solcher Anwürfe weisen Islamismus und Faschismus tatsächlich historisch, ideologisch und strukturell deutliche Parallelen auf, die nicht nur jede Solidarisierung mit Islamisten verbietet, sondern eine Verwendung des Faschismusbegriffs durchaus diskutabel machen. Die zeitlich eng beieinanderliegende Entstehung beider Bewegungen, insbesondere der Muslimbrüder als historische Keimzelle des heutigen Islamismus, ist mehrfach dargestellt worden. Schon während des Nationalsozialismus bildeten sie eine Allianz im Kampf gegen Marxismus und Liberalismus als Produkte "dekadenter westlicher Kultur".

Sowohl Faschismus als auch Islamismus stellen einen krisenhaft gewordenen Radikalkonservatismus dar, der sich mit den Mitteln der Moderne gegen diese stellt. Vom Glauben an die eigene Überlegenheit beseelt und zugleich vom Gedanken des Niedergangs besessen, verteidigen sie ihr überhistorisch-mythologisches Weltbild gegen die historische Wandlungsmöglichkeit der Gesellschaft. Ihr Politikstil ähnelt sich in Massenagitation, Führerkult und Gewaltfetisch. Was dem Faschismus der permanente Ausnahmezustand, der die Dauermobilisierung der Gesellschaft rechtfertigt, ist dem Islamismus der Dschihad. Während andere Weltanschauungen ihre Verbrechen zu kaschieren suchen, steigern sie ihre Gewalt demonstrativ. Die Adaption modernster Technik ist beiden vertraut. Emanzipatorischen Ansätzen erteilen beide eine klare Absage, Gruppenzugehörigkeiten werden grundsätzlich als gegeben gesehen, kulturelle Formen sind zwingend und werden kompromisslos durchgesetzt. Dies wendet sich gegen Frauen und Dissidenten sowie ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten. Wie der Faschismus kontrolliert auch der Islamismus die Reproduktion seiner Untertanen, wofür er vor allem auf eine rigide Sexualordnung zurückgreift. Juden gelten beiden als Personifizierung der westlichen Moderne, weshalb dem Antisemitismus ein besonderer Stellenwert zukommt.

Beide Phänomene lassen sich als militante Bewegung beschreiben, in der sich traditionelle Eliten mit rebellierenden Massen unter einer „volksnahen" sozialkonservativen Führung zusammenfinden. Dabei eignet sich die Figur des Predigers besonders für eine charismatische Inszenierung. Freikorps, Veteranenverbände und Privatinteressen bildeten und bilden die Basis für Bürgerkriege, inoffizielle Grenzkonflikte und Terrorismus. Im Mittleren Osten bieten




Foto: PM Cheung

Milizen, unzulänglich demobilisiertes Militär und mangelnde Zukunftsaussichten ein unerschöpfliches Rekrutierungsreservoir, wie auch die hohe Verbreitung von Waffen zum Militarisierungsgrad der Gesellschaften beiträgt. Das erinnert an die Situation in Europa nach dem ersten Weltkrieg, als der Faschismus seinen Aufschwung hatte. Rackets, mafiöse Strukturen, verhandeln den Zugriff auf die ökonomischen Ressourcen entlang politischer, ethnischer und konfessioneller Grenzen. Organisationen wie Hamas und Hizbullah streben die Kontrolle über Staat und Wirtschaft an, nicht selten mit Unterstützung aus diesen heraus. Die iranischen Revolutionswächter sind eng mit dem militärisch-industriellen Komplex des Landes verflochten. Die Aufzählung struktureller Parallelen ließe sich fortsetzen.

Ob der Faschismusbegriff auf den Islamismus anwendbar ist, hängt grundsätzlich von seinem staatsbildenden Potential ab. Er muss die dafür notwendigen Organe aufbauen oder bestehende Strukturen kapern. Für neotribalistische Gesellschaften in den Ruinen der Failing States ist der Begriff zu hoch gegriffen. Doch das „Kalifat" ist eine klassische Reichsüberlieferung, in der der religiöse Mythos der Vergangenheit mit der politischen Realität der Gegenwart zur muslimischen Nation verschmolzen werden soll. Faktisch praktizieren auch islamistische Bewegungen ethnisch-religiöse Homogenisierungen, bei der unliebsame Gruppen zur Konversion gezwungen, ermordet oder vertrieben werden. Sie führen fort, was in der Vergangenheit unter nationalistischen Vorzeichen vollzogen wurde. Betroffene waren seit den vierziger Jahren Hunderttausende orientalische Juden, die jetzt als „Mizrachim" in Israel leben. Verfolgt wurden auch Christen, Bahai, Yesiden und Muslime abweichender Strömungen.

Diese Verschränkung von religiösen und nationalistischen Inhalten ist weder neu noch einzigartig. Niemand würde die katholischen Einflüsse auf den Faschismus in den romanischen Ländern, die „Deutschen Christen" oder die rumänische „Legion Erzengel Michael" aus der Geschichtsschreibung des Faschismus ausgliedern. Indische Rechtsextreme pflegen einen ausgeprägten Hindu-Nationalismus und die Kritik an nationalreligiösen Juden ist eine globale Obsession, obwohl diese auf einem winzigen Territorium agieren. Der säkulare Zug, den die historischen faschistischen Bewegungen aufwiesen, betraf Fragen der Vorherrschaft in der Gesellschaft. War die Konkurrenz einmal entschieden, wurden die Kirchen integriert. Grundsätzlich bedingen sich Nationalismus und Religion mehr als sich auszuschließen, weshalb ein autoritärer Nationalstaat auch unter der Fahne des Propheten möglich ist.

Dem Einwand, islamistischen Bewegungen fehle die vorhergehende Krise der Demokratie, die der Faschismus ausnutze, ist mit Skepsis zu begegnen. Der Islamismus definierte sich bereits in seinem Gründungsstadium als eine Abwehr von Demokratie und individuelle Selbstbestimmung. Die globale Präsenz westlicher Werte hat die islamischen Gesellschaften massiv unter Druck gesetzt, das gilt erst recht für Dschihadisten, die in Demokratien aufgewachsen sind. Innere und äußere Modernisierungen sind im Mittleren Osten gescheitert, die tradierten Ordnungsvorstellungen sind ebenso in der Krise wie die Herrschaft der konservativen Eliten. Ihnen will der Islamismus wieder zur Geltung verhelfen. Er ist konservativ in seinen inhaltlichen Zielsetzungen, jedoch revolutionär in der Wahl seiner Mittel. Das ist die klassische Handschrift des Faschismus. Vor diesem Hintergrund wundern weder die regelmäßigen Avancen, die sich beide Strömungen vor allem in geschichtspolitischen Fragen machen, noch die Faszination der extremen Rechten von der dschihadistischen Kompromisslosigkeit, die Anders Breivik schließlich zu kopieren suchte. Angesichts dieses Befundes sollte die Bewertung des Islamismus als muslimischer Rechtsextremismus außer Frage stehen. Auf seine am weitesten entwickelten Organisationsformen lässt sich der Begriff Faschismus daher durchaus anwenden, er sollte allerdings mehr sein als ein rhetorisches Mittel oder ein politischer Reflex. •

RASSISMUS

# Mos Maiorum

Dienstag, 14. Oktober, 14.20 Uhr, Hauptbahnhof München, Gleis 13. Zehn Polizisten kontrollieren „Männer mit schwarzen Haaren“, die dem Eurocity aus Verona entsteigen.

Oder zwei Stunden zuvor, im französischen Grenoble. Beamte der als besonders rassistisch verschrienen Polizeieinheit CRS greifen 20 migrantisch aussehende Personen auf und bringen sie in Handschellen zur Überprüfung aufs Revier. Ähnlich einen Tag später: Bundespolizisten patrouillieren im Bahnhof Hamburg-Harburg in S-Bahnen und in Intercities Richtung Ruhrgebiet.

Hunderte solcher Beobachtungen aus der ganzen EU haben AktivistInnen auf einer interaktiven Online-Karte zusammengetragen. Was dort zu lesen ist, ist Alltag in Europa. Und trotzdem sorgten diese Berichte bei AntirassismusaktivistInnen und in den Medien für Aufregung. Die Polizeiaktionen galten als Teil der Operation „Mos Maiorum“. Der seltsame Name bedeutet übersetzt soviel wie „Die Sitten der Vorfahren“. Gemeint sind Ordnungsvorschriften aus dem römischen Reich, das sich offenbar nach Auffassung der italienischen Regierung wohltuend vom deregulierten Freizügigkeits-Chaos der Schengen-Ära unterschied.

Im Juli, kurz nach Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft, regte die italienische Regierung das Projekt an. Ihr Ziel: Die „Schwächung organisierter Schlepperbanden“, und das Sammeln von Informationen über Migrationsbewegungen. Ähnliche Operationen hatte es in der Vergangenheit mehrfach gegeben. Die letzte namens „Archimedes“ liegt erst wenige Monate zurück.

Jedes Land, das jeweils für sechs Monate den Vorsitz der EU-Staaten führt, organisiert Vergleichbares wie derzeit Italien. Nie jedoch löste eine der Aktionen vergleichbare Aufmerksamkeit aus. Wochenlang kursierten teils panikerregende Reisewarnungen für MigrantInnen im Netz. Sie erwecken den irrigen Eindruck, es geschehe etwas ganz und gar außergewöhnliches. Medien berichteten von der „Jagd auf Sans Papier“, das Magazin empörte sich, die Freizügigkeit werde „zur Makulatur".

Dabei weiß jeder, der schon einmal mit Afrikanern im Zug oder Auto die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich oder Österreich überquert hat: Der viel gerühmte Wegfall der Kontrollen im Schengen-Raum gilt nur eingeschränkt. An Flughäfen, Autobahnraststätten, in Zügen, an Bahnhöfen, auf Fähren oder überhaupt in der Nähe von Grenzen: Wer schwarz ist oder orientalisch aussieht, muss mit Kontrollen rechnen. Was von Innenministern gern als Ausnahme hingestellt wird, ist Standard.

Es kursiert eine Zahl von 18.000 Beamten, die an Mos Maiorum beteiligt sein sollen. Viel wäre das nicht: Die Bundespolizei allein hat 40.000 Beamte, die italienische Guardia di Finanza 61.000. Frontex-Chef Ilka Laitiinen hat die Zahl der europäischen Grenzschützer insgesamt einmal mit 400.000 angegeben. Sie alle tun rund ums Jahr nichts anderes, als während Mos Maiorum: Sie versuchen irreguläre MigrantInnen aufzuspüren, festzunehmen, zurückzuschieben und ihre Bewegungen nachzuvollziehen. Das Risiko, ohne Papiere bei einer Reise durch Europa aufgegriffen und in Haft genommen zu werden, dürfte deshalb nur wenig höher gewesen sein als sonst auch. Der einzige Unterschied: Die italienische Regierung hat die beteiligten Polizeieinheiten gebeten, ihre gesammelten Daten in rote (Außengrenzen) und blaue (Binnenland) Excel-Tabellen einzutragen und jeden Tag um 11 Uhr an eine bestimmte Dienststelle des italienischen Innenministeriums zu mailen.

Das will dem „Strategischen Ausschuss für Einwanderungs-, Grenz- und Asylfragen“ der EU bei seiner nächsten Sitzung am 13. Dezember Bericht erstatten. Die Bundespolizei erklärte, es würden im Zusammenhang mit der Operation „keine personenbezogenen Daten“ nach Italien gelangen. Weitergegeben würden anonymisierte Daten zu Staatsangehörigkeit, Reiseroute, Alter, Geschlecht oder ein möglicher Zusammenhang zu einer Schleuserorganisation.

Wer der Polizei ohne Aufenthaltserlaubnis ins Netz geht, wird nach der Befragung freilich nicht einfach laufengelassen, sondern muss mit Abschiebehaft rechnen. Karl Kopp von Pro Asyl sagt, die Maßnahme, „passe ins Bild eines repressiven Europa. Die ausgelaugten und häufig traumatisierten Menschen geraten auf ihrer Flucht dann auch noch in die Fänge der Polizei.“

Die Details bekannt gemacht hatte die Organisation Statewatch. Dessen Direktor Tony Bunyan kritisiert, dass Polizeiaktionen wie Mos Mairoum ohne parlamentarische Kontrolle ablaufen. „Der Rat hat versucht, die Öffentlichkeit aus der Sache rauszuhalten. Die Pläne wurden als hoch geheim eingestuft.“ Italien müsse Auskunft darüber geben, wie viele Menschen wie lange und wo festgehalten werden; wie viele nicht wieder freigelassen werden und was mit ihnen passiert.

Mos Maiorum war eine Propaganda-Aktion der italienischen Regierung, ähnlich den „Blitzmarathons“, mit denen die deutsche Polizei Rasern nachstellt. Sie wurde beschlossen, nachdem die Flüchtlingszahlen im Mittelmeer in diesem Sommer stark angestiegen waren. Damals wurde Italien vorgeworfen, die Flüchtlinge stillschweigend nach Norden durchzulassen, statt sie in Italien zu behalten — wie es das EU-Recht verlangt. Mit Mos Maiorum dürfte



Foto: Björn Kietzmann

AktivistInnen bei einer Aktion gegen den Grenzzaun an der bulgarischen EU-Außengrenze im November 2014

Italien versucht haben, seine Treue zum europäischen Asylsystem zu belegen. Die virale Mobilisierung gegen die Aktion kritisierte den Fahndungsdruck auf Kriegsflüchtlinge und das Racial Profiling völlig zurecht. Aber sie krankt an der emotionalen Erregungsneigung vieler AktivistInnen. Deshalb zeichnete sie Mos Mairoum größer als es war — und besorgte damit auch das Propagandageschäft Roms.

Einen substantielleren Dämpfer als durch die Mos Maiorum-Aufregung bekam die Praxis rassistischer Polizeikontrollen am 7. November. Da hat das Verwaltungsgericht Koblenz die verdachtsunabhängige Kontrolle eines deutschen Ehepaars schwarzer Hautfarbe in einem Regionalzug auf dessen Klage hin für unzulässig erklärt. Außer dem Ehepaar wurden in dem vollbesetzten Regionalzug keine weiteren Fahrgäste die kontrolliert. Es habe für die Kontrolle keinen sachlichen Anlass gegeben, so das Gericht. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falls ließ das Gericht aber eine Berufung zu.

Bei solchen Kontrollen beruft sich die Polizei auf den § 22 des Bundespolizeigesetzes. Dieses erlaubt den Beamten, zur „Verhinderung illegaler Einreise ohne Vorliegen einer Gefahr" selbst zu entscheiden, wer kontrolliert wird. Das Gericht argumentierte, dass die Polizei zwar grundsätzlich das Recht habe, Kontrollen vorzunehmen. Dies setze aber die auf Erfahrung oder eine Lagebeurteilung gestützte Annahme voraus, dass ein Zug für solche Einreisen genutzt werde. Im vorliegenden Fall sei dies jedoch unmöglich, weil der Regionalzug, der zwischen Mainz und Köln unterwegs war, gar keine Grenze oder auch Flug- oder Seehäfen passiert oder erreicht habe.

Die Bundespolizei hatte argumentiert, bei der Strecke handele es sich um eine bekannte Schleuserroute. Auch habe das klagende Ehepaar kein Recht, eine Begründung für die Kontrolle zu erhalten. Dem widersprach das Gericht ausdrücklich.

Die Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt begrüßte das Urteil als „richtungsweisend". Auch der Göttinger Anwalt Sven Adam, der das Ehepaar vertreten hatte, maß ihm entscheidende Bedeutung bei: „Wenn sich die Auffassung der Koblenzer Richter durchsetzt, bedeutet dies die faktische Abschaffung der Kontrollen anhand der Hautfarbe zumindest in den meisten deutschen Zügen und Bahnanlagen", sagte Adam. Er gehe jedoch davon aus, dass die Bundespolizei „wegen der grundsätzlichen Bedeutung" gegen das Urteil Berufung einlegen werde.

Damit wird sich das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz ein weiteres Mal mit den diskriminierenden Kontrollen der Bundespolizei beschäftigen müssen. Erst im Oktober 2012 hatte das Gericht mit einer Entscheidung europaweit für Aufsehen gesorgt, nach der die Kontrolle eines Studenten einzig wegen seiner „Hautfarbe" nicht mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes vereinbar ist. •

**RASSISMUS**

Die Seenotrettungsoperation Mare Nostrum soll Ende des Jahres auslaufen. Anstatt endlich eine europäische Seenotrettung zu lancieren, setzt die EU auf Frontex — diejenige europäische Agentur, die für den „Schutz" der Außengrenzen zuständig ist, nicht für den Schutz oder die Rettung von Menschenleben. Selbst Frontex wird nicht müde zu betonen: Der zentrale Fokus von Frontex-Operationen ist Grenzkontrolle, keine Seenotrettung.

# Auf Kosten von Menschenleben

## Frontex-Operation Triton statt Seenotrettung

### Heuchlerisches Gedenken: Jahrestag der Katastrophe vor Lampedusa

Zum Jahrestag der Schiffskatastrophe vor Lampedusa, bei der am 3. Oktober 2013 über 360 Bootsflüchtlinge ums Leben gekommen waren, stand der Beschluss bereits fest. Mare Nostrum, die militärisch-humanitäre Rettungsoperation Italiens, wird noch in diesem Jahr auslaufen. Der Grund dafür: Die europäischen Regierungen weigern sich nach wie vor strikt, die Kosten für eine Europäisierung der Operation zu übernehmen. Zwar reiste der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, persönlich nach Lampedusa, um der Toten von damals zu gedenken. Möglicherweise erinnerte er sich dort auch an seine Worte vom Vorjahr, als er vor den aufgebahrten Särgen seine Betroffenheit bekundete: Lampedusa müsse ein Wendepunkt für die europäische Flüchtlingspolitik sein. Eine Wende, die nicht eintrat. Die Pressekonferenz zum Jahrestag auf Lampedusa wurde daher von Protesten von Menschenrechtsaktivist_innen und lokalen Gruppierungen begleitet. Die Nachricht in Richtung EU war deutlich: Der Opfer von damals zu gedenken, während weitere Todesfälle stillschweigend hingenommen werden, ist nicht nur heuchlerisch, sondern schlicht ein Skandal. Die weit über 3.000 Todesfälle im zentralen Mittelmeer allein im Jahr 2014 haben in der EU zu keinem Umdenken geführt.

### Keine Solidarität: Nein zur Europäisierung von Mare Nostrum

Durch die italienische Operation Mare Nostrum konnten seit Oktober 2013 bereits über 150.000 Menschen im zentralen Mittelmeer gerettet werden. Trotz der Rettungseinsätze sind gleichzeitig allein in den Sommermonaten weit über 2.500 Bootsflüchtlinge ums Leben gekommen. Mare Nostrum verfolgte außerdem das Ziel Schlepper festzunehmen, Wissen über Migrations- und Fluchtrouten zu akkumulieren und Boote sicherzustellen und hatte damit von Beginn an keinen ausschließlich humanitären Fokus. Nach mehrmaliger Ankündigung soll die Operation nun im Dezember dieses Jahres eingestellt werden, wie der italienische Innenminister Angelino Alfano öffentlich bestätigte. Die europäischen Regierungen hatten sich strikt geweigert, Mittel zur Verfügung zu stellen, um Mare Nostrum in eine europäische Seenotrettung zu überführen: Am 8. Juli hatten die EU-Innenminister das Anliegen der italienischen Regierung ein für alle Mal ausgeschlagen. Ein deutliches und zynisches Signal: Rund 9 Millionen Euro pro Monat waren den europäischen Regierungen zu viel, um Zehntausende von Menschenleben zu retten. Der deutsche Innenminister Thomas de Maizière meinte sogar, Mare Nostrum habe sich als „Brücke nach Europa" herausgestellt, das könne „nicht auf Dauer so sein". Die Operation ermutige Migrant_innen und Flüchtlinge geradezu, die Überfahrt zu wagen, so der Vorwurf. Der Druck aus Rom verhallte in Brüssel jedoch nicht vollkommen: Ende August sicherte die damalige EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström ihrem italienischen Kollegen zu, dass eine Frontex-Operation eingesetzt werden solle. Arbeitstitel „Frontex Plus".

Die geplante Ablösung von Mare Nostrum durch eine Frontex-Operation lässt Schlimmes befürchten: Statt mehr Seenotrettung droht ein starker Fokus auf Grenzkontrolle und Abwehr. Frontex selber räumt bei jeder Gelegenheit ein, dass ein „Ersetzen" von Mare Nostrum durch die Agentur aus verschiedensten Gründen nicht möglich sein wird: Die Finanzierung der Operation Triton — wie sie nun in bekannter Frontex-Tradition heißt, nach der Operationen die Namen von griechischen Gottheiten tragen — liegt deutlich unter den für die italienische Operation ausgegebenen Mitteln. Nach Angaben von Frontex belaufen sich die Kosten auf rund 2,8 Millionen Euro monatlich. Damit stehen deutlich weniger Ressourcen an Personal und Material zur Verfügung. Am 1. November 2014 startete der neue Einsatz der Agentur mit einem technischen Arsenal von zwei Flugzeugen, einem Helikopter und sieben Schiffen (zwei davon hochseetauglich). Insgesamt sind derzeit 65 Personen

im Einsatz. Die EU-Kommission bestätigte, dass 21 Mitgliedstaaten ihre Unterstützung zugesagt hätten. Auch die deutsche Regierung gab an, sich an der Operation mit Bundespolizist_innen und einem Hubschrauber zu beteiligen.

Zusätzlich soll das Einsatzgebiet massiv verkleinert werden. Während Mare Nostrum bis in die libyschen Gewässer Rettungsaktionen vornahm, die knapp 160 Seemeilen von Lampedusa entfernt sind, soll Triton nur die leicht angepassten Einsatzgebiete der vorherigen Operationen Hermes und Aeneas nahe der italienischen Küste abdecken. Die Patrouillen werden damit nur noch bis rund 30 Seemeilen vor der italienischen Küste und vor Lampedusa reichen. Klar ist: Eine Verkleinerung der Operation wird dramatische Konsequenzen haben: Noch mehr Tote sind die absehbare Folge.




Foto: Sozial Fotografie (CC

**Frontex: Fokus auf Grenzkontrollen — kein Mandat zur Seenotrettung**

Doch abgesehen von geringeren zur Verfügung stehenden Ressourcen und der drastischen Verkleinerung des Einsatzgebietes, entspricht Seenotrettung keineswegs dem Mandat von Frontex. Frontex-Interimsdirektor Gil Arias bestätigte bereits bei seiner Präsentation der neuen Operation vor dem Europaparlament am 4. September: „Weder die Mission, noch die Ressourcen erlauben ein Ersetzen“. Es bestehe ein „fundamentaler Unterschied“ zwischen Triton und Mare Nostrum. Während letztere eine „Such- und Rettungsoperation“ sei, fokussiere Triton auf „Grenzkontrollen“. In Interviews und Anfragen bestätigten Frontex-Beamte dies wiederholt. Einschätzungen, die keinen Zweifel daran lassen, dass mit der Joint Operation Triton die Todeszahlen weiter steigen werden.

Obwohl auch die Grenzagentur in den vergangenen Jahren ihre Verlautbarungen vermehrt mit humanitären Argumenten unterlegt hat, ist sie in diesem Punkt klar: Das Mandat von Frontex besteht im sogenannten „integrierten Grenzmanagement“, Such- und Rettungsoperationen sind hingegen nicht Teil ihres Repertoires — Rettung kann höchstens in Einzelfällen Nebeneffekt von Grenzkontrollpatrouillen sein. Wie bei anderen Vorstößen auf EU-Ebene — beispielsweise dem Grenzüberwachungssystem Eurosur — wiederholt die EU stumpf den scheinheiligen Trugschluss: Mehr Kontrolle rette mehr Menschenleben. Was sich jedoch stets gezeigt hat: Je engmaschiger das Überwachungsnetz, je massiver die Kontrollen, desto gefährlicher und tödlicher die Flucht- und Migrationsrouten.



**Leben retten — Wege öffnen!**

Frontex ist keine Seenotrettungsagentur. Nur eine zivile europäische Seenotrettung kann akut zur Rettung von Menschenleben beitragen. An dieser Forderung gilt es weiter festzuhalten, auch wenn alle Signale aus Brüssel in eine andere Richtung weisen. Kurzfristig muss Mare Nostrum weitergeführt, verstärkt und vor allem von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten voll finanziert werden. Begleitend zu einer umfangreichen Seenotrettungsoperation ist ein innereuropäischer Solidarmechanismus notwendig. Flüchtlinge, die zum Beispiel in Italien, Malta oder Griechenland ankommen, müssen die Möglichkeit erhalten, in andere EU-Mitgliedstaaten legal weiterzureisen. Insbesondere in Fällen, in denen Familienbindungen oder Community-Netzwerke in bestimmten Ländern bestehen.

Für die Tausenden von Schutzsuchenden und Migrant_innen, die vor den Toren Europas ums Leben kommen, trägt Europa Verantwortung. Statt Rettungsoperationen als „eine Art Beihilfe für die Vermögen von Menschenhändlern“ und „Brücke nach Europa“ zu diffamieren, muss diese Verantwortung endlich wahrgenommen werden. Aktivist_innen haben nun über das transnationale Netzwerk „Watch the Med“ eine Notrufnummer für Bootsflüchtlinge in Seenot veröffentlicht, um bei verweigerter oder verzögerter Seenotrettung zu intervenieren. Was Initiativen wie diese, Menschenrechtsorganisationen und Flüchtlingsinitiativen auf beiden Seiten des Mittelmeeres fordern, muss endlich zu einem tatsächlichen Wendepunkt in der europäischen Flüchtlingspolitik führen: Öffnet gefahrenfreie Wege nach Europa! Denn das Sterben an den EU-Außengrenzen kann letztlich nur durch die Öffnung legaler Wege für Schutzsuchende beendet werden. Mit der Frontex-Operation Triton geht Europa einen Schritt weiter in die entgegengesetzte Richtung und hält für einmal mehr an ihrer Strategie der Abwehr fest — auf Kosten von Menschenleben. •

GESCHICHTE

# Gespenstische Aura

## Zur Choreographie neonazistischer Trauermärsche

„Zigarette aus!", „Hände aus den Taschen!" herrscht ein Ordner eine Gruppe junger Neonazis an. Für Gleichschritt und Schweigen im Aufzug sollen Ordner bei den Trauermärschen der Szene sorgen. Es ist bereits dunkel, als die Fackeln entzündet werden. Zur Musik Richard Wagners stellt sich der neonazistische Gespensterzug in einem Halbkreis auf und senkt die Fahnen zum Gedenken an die Opfer der Bombardierung deutscher Städte.

Eine „gespenstische Aura" umgebe die Fackelmärsche der SA, notierte der Philosoph Ernst Bloch im Exil über die Geschehnisse der Januartage des Jahres 1933 in Berlin. Die „Geisterstunde" der nächtlichen Aufmarschkolonnen galt Bloch als Sinnbild des kommenden Terrors des Nationalsozialismus. Handelt es sich bei den neonazistischen „Trauermärschen" um eine pure Neuinszenierung historischer Vorbilder? In der Tat: Das Muster des neonazistischen Totengedenkens folgt der Logik einer politischen Nekrophilie. Die Toten sind zum Behelf der Lebenden aufgerufen. Wem dies wie eine Gespenstershow vorkommt, liegt völlig richtig. Die Trauermärsche dienen als Beistandserklärung der „Toten unseres Volkes" für die heutigen AktivistInnen der Szene.

In der politischen Choreographie rechter Aufmärsche gilt es zu unterscheiden zwischen Themen und Aktionsformen, mit denen sich die neonazistische Szene an die Bevölkerung wendet und solchen, bei denen die weltanschauliche Sinn- und Identitätsstiftung für die eigene Anhängerschaft im Vordergrund steht. Im Falle der sogenannten „Trauermärsche" von Magdeburg bis Bad Nenndorf ist letzteres der Fall. Die Inszenierung einer Demonstration als Trauermarsch ist darauf ausgerichtet, die Identität der Szene weltanschaulich, gruppendynamisch und erlebnisorientiert zu festigen. AdressatInnen rechter Aufmärsche, die geschichtspolitische Identitätsthemen der Szene aufgreifen, sind mithin nicht in erster Linie die BürgerInnen, sondern die eigene Anhängerschaft. Diese soll in der festen Überzeugung bestätigt werden, die geschichtspolitische Fundamentalopposition gegen die Deutung der Geschichte des Nationalsozialismus als Abfolge von Verbrechen und Schuld, beglaubige ihre Abgrenzung gegenüber der Gesellschaft, darin, was Deutsch sei.

Obgleich aus jeder Geste eines Trauermarsches seine Bezugnahme auf den Nationalsozialismus spricht, ist die Szene dennoch darauf bedacht, ihre Inszenierungsformen zu modernisieren. Dafür ist es unerheblich, dass die Paradoxie ihrer jugendkulturellen Erscheinungsform im Habitus der „Autonomen Nationalisten" nicht auflösbar ist. Seit den Tagen des Aufstiegs der Skinheads zum ehedem dominanten jugendkulturellen Code der neonazistischen Szene bedient man sich dort kultureller Ausdrucksformen, die man eigentlich ideologisch als „undeutsch" und „amerikanisiert" ablehnt. Bei einem Aufmarsch der Szene geht es nicht um die kognitiv-intellektuelle Durchdringung komplexer zeitgeschichtlicher Fragestellungen, sondern um die Konstitution von Gemeinschaft und eine emotionale Politisierung. Es geht primär um die Vermittlung von Inhalt über die Form.

Die politische Gestik der Trauermärsche ist dem historischen Nationalsozialismus entlehnt. Um jedoch der strafrechtlichen Verfolgung zu entgehen, sind die dem Nationalsozialismus entnommenen Begriffe modifiziert, und dennoch eindeutig erkennbar. Ein wiederkehrender Topos ist etwa jener von den alliierten Kriegsverbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung oder jener der Wehrmacht, in der „Millionen Soldaten für den Schutz und die Freiheit Europas" kämpften. Bei dem Motto früherer Aufmärsche in Magdeburg, „Unsere Mauern brachen, unsere Herzen nicht" handelte es sich um ein direktes Zitat der zeitgenössischen NS-Propagandasprache der Jahre 1943/44. Dies schließt den Versuch, die Sinngebung historischer Ereignisse zu aktualisieren nicht aus. So fanden sich im Magdeburger und Dresdener „Trauermarsch" immer wieder Transparente, welche die Bombardierung beider Städte als „alliiertes Kriegsverbrechen" mit der heutigen Kriegführung der USA im Irak parallelisierten. So nimmt der Antiamerikanismus der Szene ideologische Kontinuität an.

Die Rituale und Fahnen, Fackeln und Feuersprüche müssen das Manko kompensieren, dass die heutigen politischen AktivistInnen nicht mehr als die vielzitierte „Erlebnisgeneration" sprechen, sondern als deren Erben. Dies hat einen Bedeutungswandel der neonazistischen Erinnerungskultur zur Folge. Bis vor wenigen Jahren konnte die Szene für die Ausgestaltung ihrer Trauermärsche auf zeitgeschichtliche Akteure des NS-Regimes als authentische Zeugen ihrer Sicht der Geschichte zurückgreifen. Ehemalige Angehörige der Waffen-SS standen der Szene als beglaubigende Zeitzeugen zur Seite. Die Wirkung von Rednern wie Herbert Schweiger, Otto Riehs oder Hajo Hermann ist für die Authentizität des Gesagten nicht zu unterschätzen. Ihr Tod ist für die Szene nicht zu ersetzen. Daher muss sich die Szene als ebenso im

Kampf stehend wähnen, wie dies bei den „Ahnen“ der Fall war. Die rückwärtsverlängerte Eingliederung des eigenen politischen Handelns in ein historisches Narrativ, welches über die Zeit des Nationalsozialismus hinausgeht, wird somit in dem Maße wichtiger für die Szene, in welchem der 2.Weltkrieg nicht mehr zwingend der Dreh- und Angelpunkt der politischen Identitätsbildung der jüngeren Generation des Neonazismus ist.




Ein „Trauermarsch“ ist ein öffentliches Geschehen, in dem sich Abläufe wie Anfahrt, politische Meinungskundgabe, aber auch die verbale und symbolische Konfrontation mit der Polizei und dem politischen Gegner zu einem politischen Gesamtevent fügen, welches von den Teilnehmenden als neonazistisches Erlebnis goutiert und über Bilder, Videos und Berichte vervielfacht wird.

Ein Rückblick auf die Demonstrationspolitik der extremen Rechten der letzten zwanzig Jahre zeigt, dass dieses Mittel — öffentliche Aufmärsche, mit dem Ziel einer temporären Dominanz eines Sozialraums — in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre entscheidend dazu beitrugen, die Reichweite der Szene und ihre kulturelle Genrevielfalt zu entwickeln. In der Geschichte der extremen Rechten der Nachkriegszeit waren Demonstrationen nicht immer das erste Mittel der Wahl für rechte Propaganda. Vielmehr griff die Szene zu diesem Instrument zunächst aus einer Position der Schwäche heraus. Die „Propaganda der Straße“ sollte dazu dienen, die Wahrnehmungsblockade der Medien gegenüber den Inhalten des Neonazismus zu durchbrechen. Im Zeitalter analoger, hierarchischer Medienzugänge war dies als Mittel der Herstellung einer neonazistischen Gegenöffentlichkeit eminent wichtig. Diese Faktoren haben sich bekanntlich radikal verändert. Ihre Gegenöffentlichkeit realisiert die extreme Rechte heute über das Internet und die Identitätsangebote einer rechten Jugendkultur.

Offen ist die Frage, wie nachhaltig die auf neonazistischen Aufmärschen erworbene politische Sozialisation wirkt. Wer sich die Bilder der Aufmärsche seit Ende der 1990er Jahre ansieht wird feststellen, dass der Altersdurchschnitt der Teilnehmenden in etwa gleich geblieben ist. Das bedeutet: Für eine bestimmte rechtsorientierte Klientel ist die Teilnahme an einem Trauermarsch Teil ihrer Sozialisation, bindet sie jedoch gleichzeitig nicht zwingend fest in die neonazistische Szene ein. Personen, die neonazistische Aufmärsche besuchen, agieren in der Regel als Konsumenten rechter Inhalte. Nur für einen kleinen Teil von ihnen ist die Teilnahme an einer Demonstration der Neonaziszene zugleich der Einstieg in den organisierten Neonazismus. Damit ist über den Prozess und die langfristige Wirkung der Identifikation mit neonazistischen Inhalten nichts gesagt, sehr wohl aber über die Geschlossenheit neonazistischer Kernstrukturen.

Die Mobilisierung zu einem solchen Aufmarsch ist, entgegen des weitverbreiteten Eindrucks kein Selbstläufer. Es hängt von verschiedenen Faktoren ab, ob es den Veranstaltern gelingt, überregional eine nennenswerte Zahl von Teilnehmenden zu mobilisieren. Eine wichtige Rolle spielen Fragen wie, welche neonazistischen Strukturen zu einem Trauermarsch mobilisieren, wer als RednerIn angekündigt ist oder welche historisch-symbolische Aufladung der Ort der Veranstaltung aufweisen kann. Es gibt keinen Automatismus, der die Zahl der Teilnehmenden bei rechten Trauermärschen steigen lässt. Nun mag man einwenden, dass mit dem Ende des Aufmarsches in Dresden der Magdeburger Aufmarsch an Bedeutung und Mobilisierungsgrad gewonnen hat. Allein, einen Beleg für diese These fehlt bislang. Vielmehr zeichnet sich ab, dass innerhalb der Szene insgesamt die Mobilisierungsfähigkeit für geschichtspolitisch akzentuierte Aufzüge abebbt. Die Attraktivität eines geschichtspolitischen Aufmarsches ist an seine aktionistische Wirkung gebunden. Gemessen daran, bieten die derzeit stattfindenden zahlreichen Aktionen gegen Flüchtlingsunterkünfte mehr Aussicht auf unmittelbare aktionistisch-politische Wirksamkeit.

Im Hinblick auf die hohe symbolische Bedeutung bestimmter Aufmarsch-Routen ist der Einwand zu hören, im Grunde sei es den Neonazis egal, ob sie durch ein Industriegebiet oder durch eine barocke Innenstadt laufen. Hier gilt es jedoch zu beachten, dass Neonazis eine Demonstration ihren AnhängerInnen auch dann als vollen Erfolg zu verkaufen suchen, wenn dieser am Rande einer Gartenanlage entlang führt. Natürlich steht in einem solchen Falle die Banalität des Ortes (Gartenanlage, Industriegebiet) in einem deutlichen symbolischen Missverhältnis zur heroischen Selbstinszenierung der Szene. Erst vor dem Hintergrund einer barocken Fassade entfaltet ein „Trauermarsch“ seine auratische Wirkung als heroische Inszenierung neonazistischer Erinnerungspolitik. Die fehlende Authentizität historischer Orte als Kulisse versagt der Inszenierung der Neonazis die Beglaubigung ihrer geschichtlichen Interpretation des 2. Weltkrieges. Wer vor der Kulisse eines Supermarktes die Aura eines historistischen Fackelzuges inszeniert, wirkt nicht heroisch, sondern lächerlich. •

REPRESSION

Der österreichische Staat reagiert auf antifaschistische Proteste mit zunehmender Repression. Gegenwärtig laufen mehrere hundert Verfahren, einige Menschen wurden bereits zu Haftstrafen verurteilt.

# Österreich: Repression als Antwort auf erfolgreiche Antifa-Mobilisierungen

MICHAEL BONVALOT

Das Jahr 2014 begann in Wien mit einer großangelegten antifaschistischen Mobilisierung. Rund 8.000 Antifaschist_innen waren Ende Januar auf der Straße, um die Wiener Hofburg zu blockieren. Ziel war der sogenannte Akademikerball der rechten Partei FPÖ.

Der Ball setzt die Tradition des Rechtswalzers des „Wiener Korporationsring" fort, des Dachverbands von Wiens deutschnationalen Verbindungen. Diese „Ostmärker" bilden traditionell den Kern der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft" (BG), in der die relativ offen NS-affinen Burschenschaften innerhalb der „Deutschen Burschenschaft" (DB) zusammengefasst sind. Auch aktuell hat mit der „Teutonia" eine Wiener BG-Burschenschaft den Vorsitz der DB inne. In der Politik spielen die Korporierten ebenfalls eine tragende Rolle, stammt doch traditionell ein großer Teil der männlichen Kader der FPÖ aus dem burschenschaftlichen Milieu.

Diese Rolle der Burschenschaften der Alpenrepublik macht sich auch an der Teilnahme beim Akademikerball bemerkbar. Bis zu 3.000 Korporierte und Begleitung aus dem gesamten deutschsprachigen Raum waren in der Vergangenheit an diesem Tag in der Hofburg. Auch für die internationale extreme Rechte war der Ball ein relevanter Vernetzungsort. So besuchten die Hofburg in den vergangenen Jahren etwa die Vorsitzenden des französischen Front National, Jean Marie und Marine Le Pen, der damalige Fraktionsvorsitzende des belgischen Vlaams Belang, Filip Dewinter oder der Vorsitzende von ProNRW, Markus Beisicht. Für die gesamte Spitze der FPÖ war die Teilnahme ohnehin Ehrensache. Durch die Proteste der letzten Jahre konnte die TeilnehmerInnenanzahl des Burschi-Balls auf unter Tausend gedrückt werden, vor allem aber setzte eine breite öffentliche Debatte über die Rolle der Burschenschaften ein.




### Frieren gegen Rechts

Als Reaktion auf die Proteste und Blockaden in den Jahren davor setzte die Polizei 2014 auf eine scharfe Repressionstaktik. Große Teile der Wiener Innenstadt wurden zum Sperrgebiet erklärt, zusätzlich gab es erstmals in Österreich ein extensives Vermummungsverbot. Generell gibt es in Österreich ein solches Verbot bei Demonstrationen, die nun verordneten Maßnahmen gingen aber weit darüber hinaus. In einem Gebiet, das rund 400.000 Einwohner_innen umfasst (das sind knapp 25 Prozent der

Stadtbevölkerung), durften — bei Temperaturen um den Gefrierpunkt — keine verhüllenden Gegenstände mitgeführt oder verwendet werden. Das umfasste auch Schals, Tücher oder ähnliches und gab der Polizei eine Generalvollmacht für Wegweisungen oder das Verhängen von Ordnungsstrafen.

Gegen den Ball hatten zwei Bündnisse zu verschiedenen Demonstrationen mobilisiert: einerseits die „Offensive gegen Rechts", ein Bündnis vor allem von — in Österreich relativ weit links stehenden — sozialdemokratischen Jugendorganisationen sowie marxistischen und trotzkistischen Organisationen. Parallel organisierte „NoWKR" mit Unterstützung des deutschen „UmsGanze"-Bündnis eine kleinere Demo (vor allem) des antinationalen Spektrums.[1]

Im Rahmen dieser Demo kam es zu kleineren Sachbeschädigungen in der Wiener Innenstadt. Es wurden einige Fensterscheiben von Geschäften sowie von Polizeiautos zerstört. Dabei wurde auch Josef S., Mitglied von SJD-Die Falken aus Jena, von der Polizei verhaftet. Josef S. kam sofort in U-Haft und musste in Folge für so ziemlich alles herhalten, was an diesem Tag passierte. Er soll beobachtet worden sein, wie er Scheiben eingeworfen hat, Mülleimer auf Polizist_innen geworfen und schließlich noch eine Polizeiwache angriff und eine Rauchbombe in ein Polizeiauto warf. Zeug_innen gab es außer einem Zivilpolizisten keine.

### Landfriedensbruch als Ordnungsparagraph

Der zentrale Anklagepunkt im Verfahren gegen Josef S. war aber der Paragraph „Landfriedensbruch". Dabei handelt es sich um einen Paragraphen, der viele Jahre lang totes Recht gewesen war. Seit einigen Jahren hat ihn vor allem die Staatsanwaltschaft Wien mit Staatsanwalt Kronawetter wieder aus der Versenkung geholt und wendet ihn nun exzessiv gegen linke Demonstrant_innen und gegen Fußballfans an. Im Wesentlichen geht es bei diesem Paragraphen darum, dass es bereits zu einer Verurteilung reicht, wenn jemand in der Nähe einer strafbaren Handlung durch eine Menschenmenge ist, falls er oder sie in irgendeiner Form zu dieser Menschenmenge gehört. Das ist natürlich ein äußerst praktischer Paragraph, wenn sich keine unmittelbare Tatbegehung feststellen lässt.

Auch bei Josef S. reichten Video-Aufnahmen, die ihn etwa in der Nähe einiger geworfener Mistkübel zeigten, um damit seine Tatbeteiligung zu begründen. Und da der Paragraph mit hohen Strafen bedroht ist, ist er für die Gerichte ein gewichtiges Argument für die Verhängung von U-Haft. Josef S. musste also von Januar bis zu seinem Prozess am 22. Juli 2014 in U-Haft sitzen.

Vor Gericht verwickelten sich Belastungszeug_innen in Widersprüche, entlastende Zeug_innen wurden nicht berücksichtigt. So hatte etwa ein Fotograf ausgesagt, dass er gehört hätte, wie die Scheiben einer Polizeiwache eingeschlagen wurden, als Josef S. laut Videoüberwachung ganz woanders war. Dennoch wurde dieser wegen Landfriedensbruchs, versuchter schwerer Körperverletzung und Sachbeschädigung zu einer Freiheitsstrafe von zwölf Monaten verurteilt, acht davon bedingt.[2] Damit konnte Josef S. nach dem Urteil das Gericht als freier Mann verlassen, weil er (sogar mehr als) die Strafe schon in der U-Haft abgesessen hatte.

Diese Form der Bestrafung durch die Höhe der U-Haft ist in Österreich allgemein nicht unüblich und ein gern genutztes Schlupfloch für die Gerichte. Der Fall hatte in Österreich hohe Wellen geschlagen (und wird möglicherweise auch zu einer Novelle des Landfriedensbruch-Paragraphen führen), eine neuerliche Inhaftierung hätte zweifellos starke Proteste ausgelöst. Gegenwärtig liegt eine Berufung von Josef S. vor. Wie diese entschieden wird, ist noch nicht absehbar.

### Eine Faust macht zum Rädelsführer

Neben dem öffentlich breit diskutierten Verfahren gegen Josef S. traf es auch andere. Vor allem Hüseyn C. geriet ins Visier der Behörden. Er wurde bei einer Demonstration gegen ein burschenschaftliches „Fest der Freiheit" im Juni 2014 in Wien verhaftet, weil er dort erkannt worden war. Er wurde wegen Angriffen auf die Polizei beim Akademikerball und bei einer Demo gegen die rechten Identitären wegen Landfriedensbruch, schwerer Körperverletzung sowie Widerstand gegen die Staatsgewalt angeklagt. Für die Identitären-Demo wurde Hüseyn C. gar als „Rädelsführer" ausgemacht. Einzige Begründung für diesen Vorwurf: Er hätte dort gerufen und mit der Faust nach vorne gedeutet. Hüseyn C., Aktivist der ATIGF-Föderation, musste ebenfalls sofort in U-Haft.

Im Prozess bekannte sich Hüseyn C. teilweise schuldig und wurde wegen dreier Vergehen zu sechs Monaten bedingt verurteilt. Vom Vorwurf des Landfriedensbruchs wurde er allerdings freigesprochen, was als Niederlage des auch diesmal anklagenden Staatsanwalts Kronawetter gewertet werden kann.

Neben diesen zwei Prozessen liefen noch einige weitere Verfahren, wo die Angeklagten teils bewusst auf Öffentlichkeit verzichteten. Unklar ist, ob und wieviel weitere Prozesse noch zu erwarten sind. Laut Aussagen der Polizei wurden allein beim Akademikerball insgesamt 500 Anzeigen aufgenommen, großteils gegen Unbekannt. Doch das wird die Mobilisierungen für 2015 nicht stoppen. Die Offensive gegen Rechts ruft bereits offiziell zu Blockaden gegen den Ball am 30. Januar 2015 auf. Motto: „Das muss der letzte sein!" •

**SPENDEN**

In beiden Fällen ersuchen die Betroffenen um Spenden für die Prozesskosten.

**Josef S.:**
http://freiheit-fuer-josef.familientagebuch.de/unterstuetzen

**Hüseyin C.:**
www.komintern.at/spendenkonto-gegen-polizeiliche-und-justizielle-repressionen

1 Insgesamt waren in Wien Antifa-Mobilisierungen seit den 1990ern vor allem von trotzkistischen und später auch von links-sozialdemokratischen Organisationen getragen worden. 2 Der österreichische Begriff für Bewährung

**Michael Bonvalot** ist freier Journalist in Wien. Ihr könnt ihm auf www.facebook.com/m.bonvalot folgen.

REPRESSION

Seit Mai organisiert sich mit der Gefangenengewerkschaft GG/BO der gewerkschaftliche und politische Widerstand in den Knästen. Ein kurzer Zwischenbericht.

# Ein halbes Jahr organisierter Arbeitskampf in den Knästen

CHRISTIAN HERRGESELL

Bereits seit Mitte der 1990er Jahre, in der Hochphase des Zeitgeistes der neoliberalen Umstrukturierung, haben die Justizverwaltungen damit begonnen, den Strafvollzug an betriebswirtschaftlichen Kriterien auszurichten und dabei auch den Ausbau der Gefangenenarbeit forciert. Seit der Übertragung der gesetzgeberischen Kompetenzen für den Strafvollzug auf die Länder ist ein regelrechter Wettlauf entstanden, welches Bundesland die höchsten Einnahmen aus der Produktion in Knästen erzielt. Spitzenreiter ist hier seit Jahren Nordrhein-Westfalen, wo mittlerweile jährlich fast 50 Millionen Euro aus den Einnahmen der Gefangenenarbeit in die Justizkassen fließen.

Auf einen großen und sicheren Kundenstamm kann der Konzern Justizvollzug mit seinen über 40.000 Zwangsarbeiter_innen in seinem Expansionszug bauen: Bei Behörden und staatlichen Institutionen ist es äußerst beliebt, im Knast produzieren zu lassen, erlaubt doch eine Sonderregel in der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL), bei entsprechender Auftragsvergabe auf ein aufwändiges öffentliches Ausschreibungsverfahren zu verzichten. Die Auftragsvergabe ist so beliebt, dass regionale Handwerksbetriebe im Umkreis großer und ökonomisch agiler Vollzugsanstalten wie z.B. der JVA Werl wiederholt über die Billigkonkurrenz klagten. Eigentlich existieren Regelungen, dass durch Knastarbeit keine regulären Beschäftigungsverhältnisse verdrängt werden sollen, doch eine entsprechende Überprüfung ist — ähnlich wie bei den sogenannten 1 Euro-Jobs — kaum möglich und kollidiert zusätzlich mit dem ökonomischen Interesse der Behörden in der Doppelrolle als Kontrolleur und Produzent. Das Angebot an Knastprodukten wurde stetig ausgebaut, einfache Produkte wie Plastiktüten und Druckererzeugnisse dominieren weiterhin das Angebot, längst beziehen aber auch Großkunden wie Porsche und Mercedes über ihre privaten Zulieferbetriebe auch technisch aufwändige Knasterzeugnisse.

Die privaten Unternehmerbetriebe, die in Gefängnissen Produktionsstätten betreiben, finden dort ideale Rahmenbedingungen vor: Niedrigstlöhne bis maximal 14,55 Euro für einen 8-Stunden-Arbeitstag, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, keine Sozialabgaben, keine sonstigen Lohnnebenkosten und ein ‚Urlaubsanspruch' von in der Regel lediglich 18 Tagen. Nimmt ein Gefangener seinen Anspruch auf Urlaub wahr, wird sein Arbeitsplatz sofort durch einen anderen Gefangenen besetzt und dem Unternehmen entsteht kein Ausfall.

Verweigern Gefangene die Arbeit oder wird ihnen die Krankmeldung ‚nicht abgenommen', müssen sie nicht nur mit den rund 30 Euro Taschengeld im Monat zurechtkommen[1], ihnen drohen auch Disziplinarstrafen wie die Einziehung des Fernsehgerätes aus der Zelle. Die Auslegung dessen, was eine Arbeitsverweigerung darstellt, ist weitgehend von der Interpretation und Willkür der Arbeitsbeauftragten und auch externen Vorarbeitern abhängig. Bemühen sich private, in Knästen tätige Unternehmer aus Angst vor Imageverlusten noch weitgehend darum, ihr Engagement verdeckt zu halten, so setzen die Anstalten seit einigen Jahren auf immer kreativere und gleichzeitig obszön anmutende Marketingstrategien für den Eigenvertrieb. Ein Vorreiter war hier die Hamburger JVA Fuhlsbüttel mit der Gründung eines eigenen Labels „Santa Fu" als Public-Private-Partnership-Projekt, welches mit authentischen Knastprodukten wirbt. Im Online-Shop „Santa Fu — Heiße Ware aus dem Knast" können unter anderem die CD mit „Knast live", „[...] Original-Lieder, Stimmen und Geräusche aus Santa Fu" oder ein stylisches T-Shirt „Lebenslänglich" geordert werden.[2]

Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass bislang lediglich drei Bundesländer[3] in ihren Landesstrafvollzugsgesetzen auf die Arbeitspflicht verzichtet haben. Bislang waren die Gefangenen in ihrer unfreiwilligen Rolle als Arbeitnehmer_innen dem zunehmenden Verwertungsdruck schutzlos ausgesetzt, denn es

existierten keine Gewerkschaft, kein Betriebsrat, keine Tarifverhandlungen und keine Streiks. Doch hier gibt es Erfreuliches zu berichten: Im Mai 2014 machten Gefangene in der Berliner JVA Tegel die Gründung einer Gefangenengewerkschaft bekannt, die auch bundesweit tätig sein werde. Abgesehen von dem rasch gescheiterten Versuch der Gründung einer Gefangenengewerkschaft im Jahr 1968, ist es das erste Mal, dass Inhaftierte sich gewerkschaftlich organisieren. Entsprechende Versuche wurden von den Anstalten immer wieder unterbunden. Die Strafvollzugsgesetze sehen eine Mitbestimmung von Gefangenen nur in sehr engem Rahmen unter Kontrolle der Anstaltsleitungen vor, als renitent geltende Gefangene werden aus den „Gefangenenmitverantwortungen" heraus gedrängt.

Die Gefangenengewerkschaft beruft sich bei Ihrer Gründung deshalb auf das in Art. 9 Abs. 3 GG verankerte Grundrecht auf Koalitionsfreiheit, das die Justizverwaltungen den Gefangenen vorenthalten. Deren Haltung beruht auf dem juristischen Konstrukt, dass es sich bei Gefangenenarbeit um eine besondere und notwendige Tätigkeit zum Erreichen des Vollzugsziels der „Resozialisierung" handele, um eine therapeutische Beschäftigungsmaßnahme, nicht aber um reguläre Erwerbsarbeit. Ergo könnten sich die Gefangenen nicht auf Art. 9 Abs. 3 GG berufen. Auf der gleichen obszön anmutenden Argumentation beruht im Kern auch seit Jahren die Legitimation der Zwangsarbeit („Arbeitspflicht") und der Nichteinbeziehung in die Sozial- und Rentenversicherung, sowie des Ausschlusses aus der Krankenversicherung.

Die beiden Hauptforderungen der Gewerkschaft bestehen zunächst in der Durchsetzung eines Mindestlohns von 8,50 Euro und der Einbeziehung der Gefangenen in die gesetzliche Rentenversicherung. Die erste Forderung zielt neben dem Kampf gegen die Ausbeutung der Gefangenen auch darauf ab, das Recht auf Mitsprache an der draußen intensiv geführten Debatte über den Mindestlohn durchzusetzen und so auch sozialen Widerstand über die Mauern hinweg zu verbinden. Bei den beiden Forderungen geht es um den Kampf gegen die strukturell angelegte Entlassung in Verschuldung und Armut, und die bei mittleren und längeren Haftzeiten vorprogrammierte Altersarmut.

Die Tegeler Anstaltsleitung reagierte auf die Bekanntgabe der Gefangenengewerkschaftsgründung in einer Presserklärung mit Zellendurchsuchungen, bei der alle Aufzeichnungen beschlagnahmt wurden, die mit der Initiative in Zusammenhang gebracht wurden. Vermutlich hatten weder die JVA, noch die Gewerkschafter mit dem erfreulich großen medialen Interesse an der Gewerkschaftsgründung und der Repression gegen die Beteiligten gerechnet, das weit über die lokale Berichterstattung hinausreichte.[4]

Die Anstalt musste in Folge des Drucks zurückrudern, die Unterlagen wurden wieder ausgehändigt. Innerhalb und außerhalb Berlins haben sich Unterstützer_innengruppen gebildet, die auch von Basisgewerkschaftern getragen werden. Informationsveranstaltungen und Kundgebungen wurden und werden durchgeführt und die Kontakte zu anderen Gewerkschaften[5] konnten intensiviert werden. Gleichzeitig erfolgt der Ausbau der Gefangenengewerkschaft auf bundesweiter Ebene. Mittlerweile haben sich über 300 Gefangene als Mitglieder angeschlossen und außerhalb Berlins existieren organisierte ‚Ortsgruppen' in sechs weiteren Vollzugsanstalten, darüber hinaus eine Sparte der Sicherungsverwahrten. Das Feedback in den Knästen ist groß, Anlaufstellen wie das Grundrechtekomitee erhalten seit Mai viele Zuschriften mit der Bitte um Auskunft zu Möglichkeiten und zum Stand der gewerkschaftlichen Organisierung.

Mehrmals wurde bekannt, dass Anstaltsleitungen die Arbeit beeinträchtigen, indem sie die Aushändigung von Informationsblättern der Gewerkschaft und von Mitgliedsanträgen unter Verweis auf die vermeintliche Gefährdung der „Sicherheit und Ordnung" der Anstalt verweigern. Ganz aktuell betrifft dies den Sprecher der Gewerkschaftsgruppe in der JVA Würzburg, Marcel Nitti.

Neben dem gewerkschaftlichen Arbeitskampf hat die Gefangenengewerkschaft aber auch den Anspruch, eine unabhängige Organisation zum Kampf für Gefangenenrechte zu sein. Aktuell hat sie in einer Presseerklärung zum Mobbing gegen Gülaferit Ünsal, Gefangene aus der türkischen Linken in der JVA Berlin-Lichtenberg, Stellung bezogen. Die Schikanen werden von den Schließern geduldet.

Ein Schwerpunkt der Betätigung von Draußen ist derzeit die Ausarbeitung einer für das Frühjahr geplanten Kampagne, bei der die Profiteure an der Ausbeutung in den Knästen sichtbar gemacht werden sollen. In diesem Kontext soll auch zu einem bundesweiten Aktionstag aufgerufen werden, der voraussichtlich im März stattfinden wird.

Da es sich beim größten Teil der Privatunternehmer in Knästen um kleine und mittlere, lokal angesiedelte Unternehmerbetriebe handelt, besteht hier sicherlich ein guter Ansatzpunkt für soziale Bewegungen, um erstens die Unternehmen selbst in die Pflicht zu nehmen, und zweitens auf lokaler Ebene und „mittendrin" Knastbedingungen allgemein thematisieren und sichtbar machen zu können. Wurden z.B. bei der Agenturschlusskampagne gegen die Einführung von „Hartz IV" die Verhältnisse in den Knästen noch komplett ausgeblendet, obwohl das Leitprinzip des „Förderns und Forderns" zeitgleich auch den damaligen vollzugspolitischen Diskurs um die Neuausrichtung des künftigen Strafvollzugs der Länder prägte, so wird es Dank des organisierten Sprachrohrs hoffentlich schwerer werden, Auseinandersetzungen über die soziale Frage ohne die Berücksichtigung von Gefangeneninteressen zu führen.

**Homepage der Gefangenengewerkschaft:**
**www.gefangenengewerkschaft.de**

1 Von denen man sich in den stark überteuerten, weil monopolisierten Anstaltskiosken wenig leisten kann 2 Der moderne Justizvollzug der Länder präsentiert sich auf internationalen Handwerksmessen, um für sein Angebot aus den Knastfabriken zu werben. 3 Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Sachsen 4 So berichtete etwa die britische Zeitung „The Guardian" in einem längeren, durchweg positiv gesinnten Beitrag. 5 Neben den Basisgewerkschaften FAU und IWW auch Richtung Verdi und zum DGB-Dachverband

KOLUMBIEN

# Der Weg zum organisierten Antifaschismus in Bogotá

CHRISTIAN RASCHKE

■ Der organisierte Antifaschismus hat in der Hauptstadt des südamerikanischen Landes eine mehr als zehnjährige Tradition. Während es in den verschiedenen Stadtteilen der acht Millionen Metropole in den letzten 15 Jahren immer wieder Antifa-Gruppen gab, so sorgten zuletzt vor allem die Einheit der größtenteils subkulturell geprägten Gruppen, hier vor allem linke Skinheads, Punks und Metaller, sowie die unterschiedlichen politischen Einstellungen der Gruppen, für langwierige Findungs- und Strukturprozesse. Im Jahr 2012 wurde schließlich die Coordinadora Antifascista Bogotá — CAB (Antifaschistische Koordination Bogotá) gegründet.

Schon in den 1990er Jahren entstanden die ersten Versuche, bestehende subkulturelle Gruppen für die politische Arbeit zu gewinnen. Doch erst ab dem Jahr 2002, mit dem Gewinn der Präsidentschaft des ultrarechten Kandidaten Álvaro Uribe und einer zunehmenden Militarisierung des Landes und Kriminalisierung des sozialen Protests, setzte eine Politisierung vor allem der Skinheadgruppen SHARP und RASH ein. Andere Gruppen erblickten das Licht der Welt, wie die im Jahr 2003 gegründete Grupo de Resistencia Antifascista Bogotá (G.R.A.BO — Gruppe Antifaschistischer Widerstand), angelehnt an die antifaschistische Guerilla in Spanien (GRAPO).

Wie die Zersplitterung selbst der subkulturellen Szenen in Bogotá aussah, wird am Beispiel der RASH deutlich. So gab es 2008 zwei verschiedene Gruppen: RASH Bogotá, die sich eher in der maoistischen Linie verorteten und RASH D.C. (Distrito Capital — Hauptstadtdistrikt), die sich an der Politik des Unabhängigkeitskämpfers Simón Bolívar, des Bolivarismus, orientierten. Doch diese Zersplitterung sorgte auch für die Gründung der Coordinadora de Contracultura Popular (Koordination für populäre Gegenkultur) im Jahr 2009, einer Plattform, in der der Versuch unternommen wurde, die bestehenden Gruppen und Organisationen der linken Kultur in Bogotá zu einen. Es folgten sechs Monate Diskussionen über Faschismus und Politik, sowie der Aufbau von Arbeits- und Stadtteilgruppen, wobei sich eine direkt mit der antifaschistischen Arbeit beschäftigte. Zum ersten Mal konnten Vorurteile und Befindlichkeiten der SHARP-Bewegung, der RASH-Gruppen und der anderen Gruppierungen abgelegt werden.

Im selben Zeitraum erfolgte landesweit die Gründung des Congreso de los Pueblos (Kongress der Bevölkerung), in dem sich viele soziale und politische Bewegungen zusammenschlossen und wenig später die der linken Sammlungsbewegung Marcha Patriótica (Patriotischer Marsch). Bei einem Jugendtreffen linker Bewegungen in der nordkolumbianischen Stadt Cartagena wurde schließlich 2012 die Idee geboren, den Zusammenschluss der diversen politisch aktiven Gruppierungen in Bogotá zu erarbeiten. Besonders Personen aus dem Umfeld des Marcha Patriótica waren maßgeblich an der Gründung der Coordinadora Antifascista Bogotá (CAB) beteiligt. Nicht zu verwechseln ist die CAB mit der Coordinadora Antifascista (CAF), die zwar seit 2010 existiert, aber als Versuch einer antifaschistischen Plattform verschiedener Strukturen gescheitert ist, da sie vorrangig aus dem Umfeld der sozialdemokratischen Partei Polo Democrático (Demokratischer Pol) beeinflusst und zugeschnitten worden ist.

In der CAB sind neben den beiden RASH-Gruppen und den SHARP vor allem Stadtteilgruppen aus Suba, Engativa, San Vicente, Usme und der Ciudad Bolívar sowie Vereinigungen wie G.R.A.BO. oder MU-AF aktiv. Durch die Einheit der Gruppen, die Stärkung linker Bewegungen im Allgemeinen in Kolumbien, aber auch durch den vom Polo Democrático sozialdemokratisch regierten Bogotá konnten Projekte in Stadtteilen wie Kino oder kulturelle Straßendarbietungen realisiert werden. Die CAB sieht sich hiermit als eine Struktur für die Logistik, die die Gruppen in Anspruch nehmen können. Rund 300 Personen sind als Teil der verschiedenen Gruppen in der CAB organisiert.

Neben Sozialarbeit mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Usme, einer Stadt im Süden von Bogotá, in der überdurchschnittlich viele Binnenflüchtlinge leben, Buchschenkungen für Bedürftige und Aufklärungskampagnen, geht es in der politischen Arbeit der CAB vor allem um die

Auseinandersetzung mit faschistischer Politik. Für die organisierten Personen in der CAB heißt der Kampf gegen den Faschismus nicht nur der Kampf gegen die derzeitigen Neonazistrukturen in Bogotá, sondern die Thematisierung der vergangenen und aktuellen Politik. Seit Jahrzehnten gibt es enge Verbindungen zwischen erzkonservativer und rechter Politik, die in Kolumbien über einen großen Einfluss verfügt. In den zurückliegenden Jahren gab es immer wieder Skandale um rechte paramilitärische Gruppen und ihre Verbindungen zur Politik. Weitere politische Auseinandersetzungen finden zu Themen wie Repression und der Kriminalisierung von politischen Bewegungen, der Militarisierung der Gesellschaft und zur Rekrutierung von Jugendlichen durch die staatlichen Sicherheitskräfte statt.

Dabei treten Neonazigruppen wie Tercera Fuerza, Alianza Nacionalista, UNSC, Unión Falangista oder MORENA in Bogotá schon seit Jahren offensiv auf. Ausgerüstet mit Waffen und geduldet durch die Politik betreiben sie in einigen Stadtvierteln eine Form der sozialen Säuberung (sogenannte „limpieza social"). Feinde sind Wohnungslose, Migranten oder Linke und eine ihrer Forderungen, die Viertel vom Kommunismus zu säubern. Nicht nur, dass eine Turnhalle der Polizei für Sportübungen genutzt wird, auch gehören viele Mitglieder selbst dem Militär und der Polizei an. Neben den Förderern in der Politik haben die Neonazis im Vergnügungsviertel rund um die Straße des Primero de Mayo vier Bars, mit dem sie ihre Aktionen finanzieren. Das Geld reicht sogar aus, um für ihre Versammlungen ein großes Theater im Stadtzentrum zu mieten. Nicht umsonst richteten sich zuletzt antifaschistische Aktionen gegen die Finanzierungsstrukturen der Neonazis.

Neben Demonstrationen, die vor allem an traditionellen Tagen wie dem 9. April (Todestag von Gaitán — linkspopulärer Präsidentschaftskandidat aus den 1940er Jahren), dem 1. Mai oder dem 12. Oktober (Dia de la Raza) durchgeführt werden, gibt es jedes Jahr im Oktober Veranstaltungen anlässlich der Oktoberrevolution in Russland und viele Konzerte, mit denen politische Inhalte transportiert und finanziert werden sollen. Überhaupt spielt die Musik eine wichtige Rolle in der von Subkulturen geprägten Antifaszene. Bands wie Terror Skins (Punk), Estandarte (Punk), Contra el Sistema (Metal) oder Arda Troja (Punk) gehören zum Umfeld der CAB. Derzeit gibt es Überlegungen, ein Fanzine herauszugeben und die Antifaszene Kolumbiens weiter zu vernetzen. Dass die Außenwirkung der CAB in Kolumbien durchaus positiv wahrgenommen wird zeigen Versuche, das Modell einer Antifaschistischen Koordination auch auf Städte wie Baranquilla und Pasto auszudehnen. •




Fotos: Coordinadora Antifascista de Bogotá



**UKRAINE**

Nach den Wahlen zum ukrainischen Parlament am 26. Oktober 2014 triumphierte jener Mann, den die US-Außenpolitikerin Victoria Nuland schon sehr früh zu ihrem Hoffnungsträger in Kiew erklärt hatte. Arsenij Jazenjuk, der frühere Weggefährte der „Gasprinzessin" Julia Timoschenko, war mit einer eigenen Liste, der Narodnyj Front („Volksfront"), angetreten und diese war überraschend stimmenstärkste Partei geworden. Einen nicht unmaßgeblichen Beitrag zu diesem Erfolg leistete die Gründung eines sogenannten „Militärrats" durch die „Volksfront", durch den populäre Führer rechter Freiwilligenbataillone an die prowestliche Partei angegliedert wurden.

# „Die Reinigung des Volkskörpers"

## Internationale Freiwillige an der Seite ukrainischer Neonazis

PETER SCHABER (LOWERCLASSMAGAZINE)

■ Einer der Männer, die hier eine führende Rolle spielen, ist Andrij Biletzki. Folgt man seinen Spuren, so findet man sich rasch in einem Milieu ukrainischer Faschisten und Neonazis wieder, die zusammen mit einer nicht genau zu beziffernden Zahl europäischer und russischer „Freiwilliger" in der Ukraine ihr eigenes politisches Projekt verfolgen, dessen Ziele Biletzki kurz so umreißt: „Die historische Mission unserer Nation in diesem kritischen Moment ist es, die weißen Rassen der Welt in einen finalen Kreuzzug für ihr Überleben zu führen." Der Kreuzzug sei einer „gegen die von Semiten geführten Untermenschen".

Biletzki steht an der Spitze eines Geflechts ukrainischer Nationalisten und Faschisten, um die Sozial-Nationale Versammlung (SNA), deren paramilitärischen Arm „Patriot der Ukraine" und das mittlerweile ausgezeichnet in den Repressionsapparat der Post-Maidan-Regierungen in Kiew integrierte Regiment „Azov". Im Unterschied zum „Rechten Sektor", dessen Führer Dmytro Jarosch sich notdürftig darum bemüht, seine Anhänger als „moderne Nationalisten" darzustellen, haben Biletzkis Truppen nie einen Hehl aus ihren Sympathien für den deutschen Nationalsozialismus gemacht. Hitlergrüße und Nazi-Symbolik gehören zu den „normalen" Umgangsformen, in einer programmatischen Schrift der SNA heißt es: „Unser Nationalismus ist nichts als ein Schloss aus Sand, wenn er nicht auf den Grundfesten des Blutes und der Rasse beruht." Und: „Die Reinigung des ukrainischen Volkskörpers beginnt daher mit der Reinigung seiner rassischen Beschaffenheit."

Diese Radikalität und Offenheit hat „Azov" und der SNA eine gewisse Reputation unter europäischen und russischen Neonazi-Gruppierungen verschafft. Und so kann man ohne Untertreibung sagen, dass es wohl keine andere militärische Formation im innerukrainischen Krieg zwischen Kiew und den selbsternannten „Volkswehren" von Lugansk und Donezk gibt, in der mehr Neonazis als „Freiwillige" kämpfen als hier.

### Frankreich

Als Organisator des „internationalen Arms" des Azov-Regiments fungiert der französische Söldner Gaston Besson. Besson hatte bereits zuvor in diversen Kriegen und Aufständen Asiens gekämpft, 1991 ging er nach Bosnien, um dort an der Seite kroatischer Neonazis und Ustascha-Anhänger in der berühmt-berüchtigten Hrvatske obrambene snage (HOS) am großen Gemetzel auf dem Balkan teilzunehmen. Auch damals waren bereits viele ausländische Neonazis beteiligt, einige dutzend Milizionäre waren Besson unterstellt. Er tritt offen als Rekrutierer und Ausbilder für das Azov-Bataillon auf, mittlerweile pendelt er zwischen der Ukraine, seiner Heimat Kroatien und Frankreich — unbehelligt von europäischen Behörden. Neben Besson kämpfte und kämpft eine nicht genau zu beziffernde Anzahl von Franzosen auf der Seite des Azov-Bataillons. In Frankreich hat Besson eine „NGO" ins Leben gerufen, die sich „France Ukraine Solidarité" nennt und — ebenfalls ohne irgendwelche Repressalien befürchten zu müssen — offen Geld für Neonazis in der Ukraine sammelt.

### Italien

Aus Italien reiste kurz nach Besson, der bereits vor der Flucht von Ex-Präsidenten Viktor Janukowitsch auf dem Maidan Kontakt zum „Rechten Sektor" aufgebaut hatte, der Faschist Francesco Fontana an. Fontana gehört zur „älteren Generation" und hatte schon in der „Avanguardia Nazionale" des Rechtsterroristen und Mörders Stefano Della Chaie mitgemischt, heute bewegt er sich im Milieu der neofaschistischen „Casa Pound" in Italien. Aus dem Umfeld dieser Gruppe, die vergleichsweise erfolgreich in Italien die „Modernisierung" des Faschis-

mus durch ästhetische Inszenierungen und Hausbesetzungen betreibt, kämpfen weitere Freiwillige an der Seite des Azov-Bataillons. Fontane ist mittlerweile nach Italien zurückgekehrt. Auch ihm droht, soweit bekannt, kein Strafverfahren für seine Kampfhandlungen in der Ukraine.

**Schweden**

Aus Schweden kommt einer der Stars des „Azov", Mikael Skillt. Sieben Jahre hat er als Scharfschütze in Schweden gedient, weitaus länger war er in diversen Neonazi-Gruppierungen des Landes unterwegs: Bis vor seiner Abreise in der Svenskarnas Parti, zuvor in der „Schwedischen Widerstandsbewegung" (Svenska Motståndsrörelsen), die von einem ehemaligen Mitglied des White Aryan Resistance, Klas Lund, gegründet wurde. Skillt ist nicht nur ein prominenter „Ausländer" in den Reihen des „Azov", sondern wohl auch einer der professionellsten Scharfschützen, die den SNA-Milizen zur Verfügung stehen. Die BBC nennt den bekennenden Neonazi den „White-Power-Warrior aus Schweden". Seinen Angaben zufolge soll sich zumindest ein weiterer militärisch gut ausgebildeter Schwede bei „Azov" aufhalten, wie viele Schweden es insgesamt sind oder über die vergangenen Monate hinweg waren, ist schwer zu sagen[1].

**Russland**

Auch aus Russland sind Neonazis angereist, um ihren ukrainischen Kameraden im Kampf gegen die „prorussische" Bewegung im Osten der Ukraine zur Seite zu stehen. Hier sind es vor allem Aktivisten der sogenannten „Misanthropic Division" und der neuheidnischen extrem rechten Gruppierung „Wotan-Jugend", die an der Seite von „Azov" stehen. Auf ihrer Homepage findet sich ein Text, der beschreibt, was sich die russischen Neonazis von dem Kampf in der Ukraine wünschen: „Heute die Ukraine! Morgen Russland und ganz Europa! Wir kommen, um uns unsere Länder zurückzuholen! Für die neue Reconquista!" Es gehe gegen die „neuen Asiaten" und die „feigen Roten". Der russische Neonazi Sergej Grek („Balagan"), ist bereits bei Kampfhandlungen des Azov-Bataillons gefallen. Zudem unterstützen auch russischen Neonazis der Gruppe „NS/WP Nevograd" aus St. Petersburg, die zuvor Migranten in den Straßen der russischen Metropole umbrachten, das „Azov".

**USA**

Aus den USA erreicht die faschistischen Milizen vor allem logistische Unterstützung (was nicht heißen soll, dass sich keine Kämpfer aus den Vereinigten Staaten in der Ukraine aufhielten, diese waren allerdings mehrheitlich „normale" Söldner). So ruft die Organisation „Women for Aryan Unity" (WAU), die neuheidnische Esoterik mit der Verehrung des Nationalsozialismus verbindet, zu Spendentätigkeiten für das Azov-Bataillon auf. Zu diesem Zweck veranstaltet die Blood & Honour und den Hammerskin nahe stehende Organisation eine Art Tombola, den „Yule-Funds 2014", dessen Einnahmen direkt an die „mutigen Männer" des Azov gehen. Erster Preis für die Spender: Eine Hakenkreuz-Flagge.

**Und Deutschland?**

Anders als bei den oben genannten Ländern lässt sich nicht nachweisen, ob deutsche Neonazis in Kampfhandlungen in der Ukraine eingebunden waren oder sind. Viele deutsche Neonazi-Gruppierungen orientieren sich nach wie vor an einer „eurasischen Linie" und verorten sich deshalb nicht auf der Seite Kiews. „Den Neonazi möchte ich sehen, der sich in den Dienst des Kiewer Putschjudenregimes stellt", schreibt ein Kommentator auf der rechten Internetplattform Altermedia, nachdem ein anderer Neonazi einen pro-Azov-Artikel veröffentlichte.

Gleichwohl gibt es Zusammenhänge und Einzelpersonen, die zumindest teilweise mit dem Azov-Regiment und der Sozial-Nationalen Versammlung sympathisieren. Ebenfalls auf Altermedia erschien die zitierte Programmschrift der SNA mit der redaktionellen Vorbemerkung: „Keine der anderen bestehenden rechten Organisationen kann ein derart wahrhaft nationalsozialistisches Programm für sich beanspruchen." Auch in der Neonazipartei „Der III. Weg", die mit dem Freien Netz Süd verbunden ist, findet man zumindest Gefallen am „ukrainischen Nationalhelden" Stepan Bandera und lässt in einem ausführlichen Interview den „Rechten Sektor" zu Wort kommen. Unterstützung in Form von freiwilligen Kämpfern lässt sich allerdings aus der deutschen Neonaziszene nicht nachweisen.



Andrij Biletzki: Führer eines extrem rechten Freiwilligenbataillon.



Gaston Besson: Organisator des „internationalen Arms" des Azov-Regiments aus Frankreich.



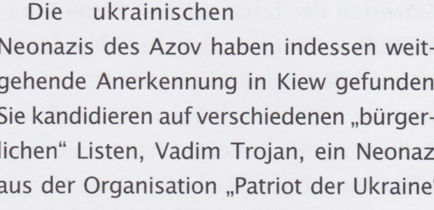
Francesco Fontana: In Italien ehemals aktiv in der „Avanguardia Nazionale" und jetzt im Umfeld von „Casa Pound".



Mikael Skillt: Gelernter Scharfschütze und schwedischer Neonaziaktivist.

**In der Mitte der ukrainischen Gesellschaft**

Mit Beginn des derzeitigen Waffenstillstandes zwischen den Kiewer und den ostukrainischen Kräften und der offiziellen „Beförderung" des vormaligen Azov-Bataillons zu einem anerkannten Regiment durch die ukrainische Regierung hat die SNA einen „Rekrutierungsstop" für ausländische Freiwillige verlautbart. „Please contact us later", heißt es da zwar noch, aber im Moment sei erst mal Schluss. Namhafte Kämpfer wie Skillt und Fontana sind in ihre Heimatländer und früheren Organisationen zurückgekehrt.



Die ukrainischen Neonazis des Azov haben indessen weitgehende Anerkennung in Kiew gefunden. Sie kandidieren auf verschiedenen „bürgerlichen" Listen, Vadim Trojan, ein Neonazi aus der Organisation „Patriot der Ukraine" wurde Polizeichef des Gebiets Kiew. •

1 Ein weiteres Schlaglicht fiel in diesem Zusammenhang am 8. März 2014 in das schwedische Malmö, als der Antifaschist Showan von Neonazis ins Koma geprügelt wurde. Beteiligt war Andreas Carlsson, laut lokaler Antifaschist_innen erst kurz zuvor mit anderen schwedischer Neonazis als Ukraine-Freiwilliger aus der Ukraine nach Schweden zurückgekehrt.

SPANIEN

# Operatión Panzer

## Freispruch für 18 Mitglieder einer neonazistischen Organisation in Valencia

**ANTIFEIXISTES.ORG – VALÈNCIA**

Im vergangenen Juli fand in Valencia ein Gerichtsprozess gegen 18 Neonazis statt. Diese wurden beschuldigt, Teil der Organisation Frente Anti-Sistema (FAS) zu sein, die 2005 durch die Guardia Civil (paramilitärisch ausgerichtete Polizeieinheit) in der sogenannten „Operación Panzer" aufgelöst wurde.

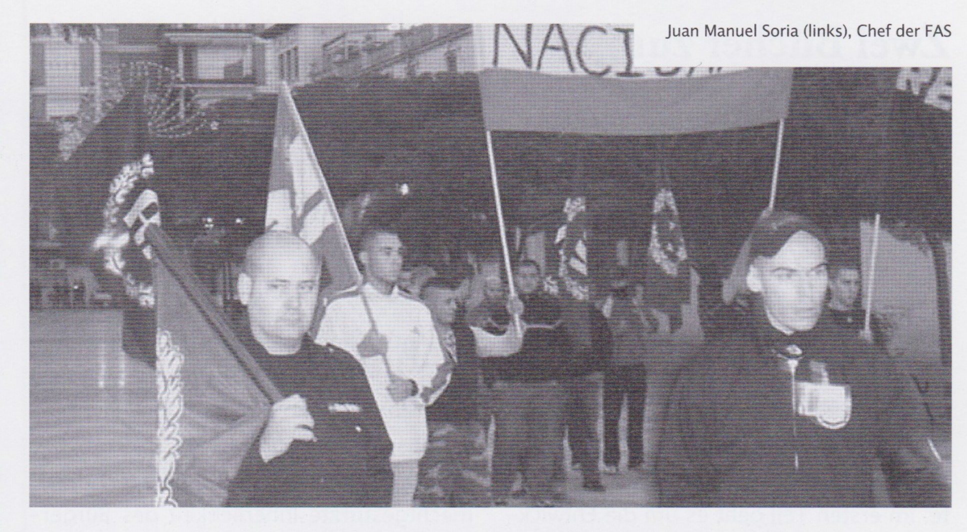
Es dauerte allerdings neun Jahre bis der Prozess endlich stattfand. Während des Prozesses kam es zu etlichen Unregelmäßigkeiten und schließlich endete er mit dem Freispruch aller Angeklagten. Grund dafür war, dass die durch die Gurdia Civil abgehörten Telefonate, die den gewalttätigen Charakter und die Struktur der Organisation aufzeigten, nicht als Beweis zugelassen wurden. Ausgang für die vorangegangenen Ermittlungen war der Verdacht, dass die FAS Geschäfte mit Waffenverkauf und Jagd auf Migrant_innen und Antifas machte.

Vor diesem Hintergrund erlaubte ein Richter der Guardia Civil, die Telefone von verschiedenen Mitgliedern der Gruppe abzuhören. Zu dieser gehörten Hooligans von Valencia CF (die sogenannten Yomus) und Aktivisten der faschistischen Partei España2000. Unter ihnen der ehemalige Stadtrat von Silla Alejandro Serrador, Pedro Cuevas (der 1993 den jungen Antifaschisten Guillem Agulló ermordet hatte) und zwei Militärangehörige. Nachdem einige Monate ermittelt und festgestellt wurde, dass die Gruppe über die polizeiliche Überwachung Bescheid wusste, beschloss die Guardia Civil im September 2005 zu reagieren und nahm 24 Personen fest. Bei den Festnahmen fand sie unzählige Waffen und Dokumente über die Gruppe. Die abgehörten Telefonate ließen die Schlussfolgerung zu, dass die Gruppenmitglieder aus dem Polizeiapparat und von Regierungsvertretern über die Überwachung durch die Guardia Civil informiert worden waren. Diese Tatsache legt wiederrum die Vermutung nahe, dass sie einen Teil ihrer Waffen vor den Durchsuchungen verschwinden ließen. Dennoch kam es zu keinen weiteren Ermittlungen, um festzustellen, wer der Gruppe diese Informationen zugespielt hatte. Ein wichtiger Aspekt, der auch durch die „acusación popular" (Volksanklage) verschiedener linker Kollektive im Prozeß eingefordert worden war.

Die „acusación popular" ist ein spanisches Recht, welches es Bürger_innen oder Gruppen erlaubt, in einem Prozess eine eigene Anklage zu formulieren, ohne dass sie persönlich Opfer geworden sind, jedoch für Gerechtigkeit eintreten wollen. In diesem Fall hatten sich acht Organisationen in dem Bündnis Acción Popular Contra la Impunidad (Volksaktion gegen die Straflosigkeit) zusammengeschlossen, um die „acusación popular" zu vertreten. Es ging ihnen darum, die fortwährende Straflosigkeit von neonazistischen Gruppen in der Region Valencia anzuklagen. Valencia ist eine der Regionen im spanischen Staat, in der die extreme Rechte seit den 1970er Jahren mit massiver Gewalt agiert und wo immer wieder die Nachgiebigkeit seitens der Polizei und der Jusitz gegenüber diesen Gruppen angekreidet wurde. Ein zentraler Grund für die große antifaschistische Kampagne während des Prozesses war, dass sich unter den Angeklagten der Mörder des Antifaschisten Guillem Agulló befand. Für den Mord hatte Pedro Cuevas nur vier Jahre im Gefängnis gesessen und die Forderung war, dass er dorthin zurückkehren sollte. Die Organisationen, die sich an der „acusación popular" beteiligten, waren die Parteien Esquerra Republicana del País Valencià (ERPV), Bloc Nacionalista Valencià (BNV) und Esquerra Unida (EUPV), sowie die NGOs Jarit, Movimiento Contra la Intolerancia und SOS RACISMO, und die kulturellen Organisationen Ca Revolta und Acció Cultural del País Valencià. Diese Organisationen waren Opfer verschiedener neonazistischer Angriffe gewesen, unter anderem war es zu Sprengstoffanschlägen gegen ihre Büros gekommen. Die Polizei hatte in keinem der Fälle die Verantwortlichen für die Taten ermittelt, ebensowenig wie für die Welle von Sprengstoffattentaten, zu denen es in den Jahren 2004 bis 2008 in Valencia seitens der extremen Rechten gekommen war, mit insgesamt zwanzig Bomben vor sozialen Zentren und Parteibüros. Seit 2007 hat das Bündnis Acción Popular Contra la Impunidad jedes Jahr diverse Hassverbrechen angezeigt und die Straflosigkeit gegenüber den neofaschistischen Gruppen kritisiert. Entsprechende Berichte wurden dem valencianischen, dem spanischen und dem europäischen Parlament vorgelegt. Während des Gerichtsverfahrens wurde der Anwalt des Bündnisses mehrfach bedroht und bekam schließlich während des Prozesses Polizeischutz.

Einige Wochen bevor der Prozess beginnen sollte, zerstörte die Guardia Civil aufgrund „eines Fehlers" das gesamte beschlagnahmte Waffenarsenal der FAS, das ein zentraler Beweis in dem Prozess war. Unter den beschlagnahmten Waffen befan-

den sich verschiedene Pistolen, Gewehre, Messer, Schlagringe und ein Granatwerfer des spanischen Militärs. Die Dokumente legten offen, dass die Gruppe plante, ihre Mitglieder militärisch auszubilden, dass sie Listen mit Zielobjekten anlegte und Hetzjagden auf Menschen sowie Diebstähle beging. Zur Tarnung der Organisation sollten eine legale Partei und eine Umweltorganisation gegründet werden. Tatsächlich gründeten verschiedene Angeklagte ein Jahr später die Partei Alianza Nacional (AN), deren Büro dasselbe wie das der FAS war. Ihr Vertreter in Valencia wurde Juan Manuel Soria, der nach Angaben der Guardia Civil auch der FAS-Chef gewesen war. Aus den abgehörten Telefongesprächen ging hervor, dass Hetzjagden organisiert worden waren, allerdings konnte kein Opfer ausfindig gemacht werden. Ein weiterer Grund für die Festnahme der Gruppenmitglieder durch die Guardia Civil war, dass sie eine gewalttätige Aktion befürchteten, so die Aussagen der ermittelnden Beamten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die FAS etliche neonazistische Veranstaltungen und Konzerte organisiert. Sie stand in Kontakt mit anderen Neonazi-Organisationen, die in anderen Teilen des spanischen Staates zeitgleich aktiv waren, wie Blood&Honour oder den Hammerskins. Beide Organisationen wurden im selben Jahr durch die Guardia Civil aufgelöst. In diesen Fällen gab es Strafen gegen einige Mitglieder dieser Organisationen. Einige der verurteilten B&H-Mitglieder waren auch Mitglied in der 1999 gegründeten neofaschistischen Partei Movimiento Social Republicano (MSR). Der MSR ist zusammen mit Jobbik und Golden Dawn Teil der Alianza Europea de Movimientos Nacionales (AENM). 2004 hatten etliche B&H-Mitglieder an dem Neonaziaufmarsch zum Gedenken an Rudolf Heß in Wunsiedel teilgenommen.




Juan Manuel Soria (links), Chef der FAS

Im Prozess gegen die FAS ließ der Richter nicht zu, dass die Vertreter_innen der „acusación popular“ eigene Zeug_innen aufriefen und verweigerte ihnen auch bestimmte Schlüsselfragen, die darauf abzielten, bis auf den Grund der Ermittlungen zu stoßen. Auch forderte er zwei Angeklagte, die sich im Ausland aufhielten, nicht dazu auf, bei dem Prozess anwesend zu sein. Einer war nach Argentinien geflohen und der FAS-Chef Juan Manuel Soria lebt gegenwärtig in Marroko. Letztendlich wurde gegen Soria im Oktober verhandelt und auch er wurde freigesprochen.

Nach Ansicht des Richters im Prozess gegen die FAS war das Abhören der Telefone nicht ausreichend begründet worden, sondern es habe sich hierbei nur um einen bloßen „Verdacht“ gehandelt, weswegen die Abhöraktion niemals hätte genehmigt werden dürfen. Dadurch, dass dieser zentrale Beweis nicht zugelassen wurde, entschied der Richter auf Freispruch für die 18 Neonazis. Was in diesem Verfahren passiert ist wird im Spanischen als „teoría del fruto del árbol envenenado“ (Theorie der Frucht des vergifteten Baumes) bezeichnet. Gemeint ist damit die Beschaffung von Beweisen über Verbrechen mit illegalen Mitteln. In diesem Fall konnten mittels der (im Nachhinein als illegal erklärten) abgehörten Telefonate zwar Erkenntnisse über die Verbrechen erhoben werden, da es sich jedoch um illegale Beweise handelt, können die Verbrechen nicht bestraft werden. Die Vertreter_innen der „acusación popular“ haben all diese Unregelmäßigkeiten während des Prozesses angezeigt und angekündigt, sich damit an den Obersten Gerichtshof zu wenden. Dort soll der Prozess wiederholt werden. Auch gaben die Vertreter_innen bekannt, dass die durch den Richter erklärte Unzulässigkeit der abgehörten Telefonate die Wahrheit nicht verstecken könne. Denn bereits zuvor hatten einige Medien Teile der durch die Guardia Civil abgehörten Telefonate veröffentlicht. Aus diesen Veröffentlichungen ging deutlich das Organisieren von Hetzjagden, der neonazistische Charakter und der Waffenbesitz der FAS, sowie weitere Delikte, die nicht verfolgt wurden, hervor.

Die FAS ist seit 1995 die dritte neonazistische Gruppe in Valencia, die in allen Fällen freigesprochen worden ist. Die erste Gruppe war 1995 die Acción Radical, die maßgeblich von rechten Skinheads gegründet wurde, Neonazi-Konzerte organiserte und für Angriffe auf Linke und Migrant_innen verantwortlich war. Ihre Mitglieder wurden zu nur zwei Monaten Gefängnis verurteilt, die sie nie angetreten haben. Unter den damaligen Beschuldigten befand sich auch Manuel Canduela, der heutige Chef der Democracia Nacional (DN) und Sänger der Gruppe RAC División 250. Die zweite Gruppe war Armagedón, die 2002 aufgelöst wurde. Ihr wurde vorgeworfen, die Büros von verschiedenen Parteien in Valencia angezündet zu haben. Unter den Mitgliedern befanden sich zwei Personen, die jetzt auch im Verfahren gegen die FAS beschuldigt worden waren. In den Prozessen gegen Armagedón und FAS war es derselbe Richter, José Manuel Megía Carmona, der das Urteil sprechen sollte. Im Urteilsspruch zur FAS kritisierte dieser Richter die Arbeit der Guardia Civil hinsichtlich ihrer Ermittlungen gegen eine neonazistische Internetseite, über die Waffen verkauft werden. Er konstatierte „im Internet existieren diese Art von Websites und dass es unnötig wäre hier zu ermitteln“. •

# Zwei Bücher zur Antifa

**Florian Osuch**

■ Bernd Langer, langjähriger Antifaaktivist und einstiges Mitglied der Göttinger Gruppe Autonome Antifa M, hat ein Buch zur Geschichte der Antifaschistischen Aktion vorgelegt. Auf 266 Seiten, vielfach ergänzt durch Fotos und zeitgenössische Plakate, erzählt er die „**Geschichte einer linksradikalen Bewegung**".

Das Buch gliedert sich in zwei Abschnitte. Im ersten Teil geht es um die Entwicklung der kommunistischen und sozialistischen Bewegung in der Weimarer Republik. Der KPD-Vorsitzende Thälmann formulierte zur Gründung der Antifaschistischen Aktion 1932, seine Partei strebe ein „überparteiliches Sammelbecken für alle zum rücksichtslosen Kampf gegen den Faschismus gewillten Arbeiter" an.

Der zweite Teil widmet sich antifaschistischen Bestrebungen in Westdeutschland nach 1945. Langer legt den Schwerpunkt auf die Bewegung der Autonomen der 1980er Jahre und die folgende Dekade, als Antifaschismus „zur dominierenden Tendenz in der linksradikalen Szene" im nun vereinigten Deutschland wurde. Die Autonomen bezogen sich auf den Antifaschismus der historischen KPD, da er auch immer „eine grundsätzlich antikapitalistische Strategie" gewesen war, so der Autor. Dies sei der Grund weshalb „das Emblem der Antifaschistischen Aktion seine inspirierende Kraft nicht verloren hat und in den 1980er Jahren, umgestaltet und uminterpretiert, zum Zeichen einer neuen Bewegung werden konnte".

Langer gibt Einblicke in Aktionen, Zerwürfnisse und auch Debatten der verschiedenen Antifagruppen. Die Darstellungen konzentrieren sich auf die 1980/90er Jahre. Neuere Entwicklungen, insbesondere die für die Antifabewegung bedeutsamen Mobilisierungen des Bündnisses „Dresden Nazifrei" in den Jahren 2010 bis 2013, werden nur am Rande erwähnt.

Auf die Geschichte des Antifaschismus in der DDR geht der Autor nicht ein, da dieser dort „nach Lesart der Sowjetunion Staatsdoktrin" war. Es habe in Ostdeutschland weder eine außerparlamentarische Bewegung noch eine Antifaschistische Aktion gegeben. Keine Erwähnung finden die Aktivitäten unabhängiger Antifagruppen in der DDR, die sich zum Ende der 1980er Jahre zumeist im Schutz von Kirchen gründeten.

In „„**Antifa heißt Luftangriff!' Regression einer revolutionären Bewegung**" gehen Autoren hart ins Gericht mit der antifaschistischen Bewegung. Eine „radikal linke Bewegung [tendiert] zum Rückzug in die machtgestützte Innerlichkeit des Bürgertums", meint Herausgeberin Susann Witt-Stahl. Wie es dazu kommen konnte und wie es dem Neoliberalismus gelungen sei, „den revolutionären Antifaschismus zu neutralisieren", soll in dem Band geklärt werden. Das Buch ist eine Streitschrift. Acht Beiträge haben Susann Witt-Stahl und Michael Sommer zusammengetragen. Anliegen des Duos ist eine „grundlegende Kritik an der hegemonialen Theorie und Praxis des Antifaschismus in Deutschland zu formulieren und eine überfällige Debatte anzustoßen".

Zunächst irritiert der „Luftangriff"-Titel. Er bezieht sich auf eine Parole der antideutschen Strömung. Es ist zwar schon eine Weile her, doch bezogen sich einige antifaschistische Gruppen positiv auf alliierte Bombardements auf deutsche Städte während des Zweiten Weltkriegs, wie zum Beispiel im Zusammenhang mit Antifaprotesten in Dresden, oder auch auf Militäreinsätze in Gaza.

Die „unschöne Begleitmusik" (Bernd Langer) kann als weitgehend ausgespielt bezeichnet werden. Viele antideutsche Gruppen dieser Strömung haben sich mittlerweile aufgelöst. Susann Witt-Stahl fehlt jedoch eine (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit diesem Abschnitt der Antifa und eine Reflexion „mit dem sich beschleunigenden Neoliberalismusprozess des organisierten Antifaschismus und seiner zunehmenden Staatshörigkeit". So habe der Kongress „Antifa in der Krise" vom Frühjahr 2014 eine „kritisch-analytische Aufarbeitung von Fehlentwicklungen" ausgeklammert. Kein einziger Programmpunkt des Kongresses sei dem „vom Westen unterstützten Vormarsch der militanten Ultranationalisten und Faschisten in der Ukraine gewidmet" gewesen. Ein weiteres strittiges Thema war nur am Rand Thema: Die Überführung eines Teils der Bewegung in die sogenannte Staatsantifa. Auf dieses Phänomen geht Wolf Wetzel ein. Er weist darauf hin, dass ausgerechnet im Jahr 2000, als der damalige Kanzler Gerhard Schröder (SPD) den „Aufstand der Anständigen" ausrief und millionenschwere Programme der Anti-Rechts-Arbeit aufgelegt wurden, das NSU-Netzwerk seine Mordserie begann.

Wetzel kritisiert auch die Gleichsetzung von radikalem Islamismus mit Faschismus. Einige Antifagruppen hätten so neue Bündnispartner bei den westlichen Alliierten in einer Anti-Hitler-Koalition 2.0 gefunden.

Dem Anspruch einer Streitschrift wird das Buch allemal gerecht. •




Bernd Langer: **Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung,** 266 S., 16 EUR, Münster 2014

Susann Witt-Stahl & Michael Sommer (Hrsg.) »Antifa heißt Luftangriff!«

Susann Witt-Stahl / Michael Sommer (Hrsg.): **„Antifa heißt Luftangriffe" Regression einer revolutionären Bewegung,** 214 Seiten, 21 EUR, Hamburg 2014

# Antifa Gençlik

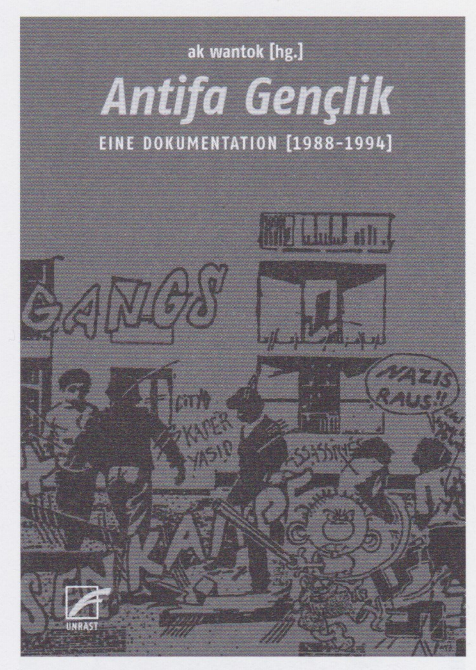
Das vorliegende Buch ist eine Dokumentation von veröffentlichten Texten, Flugblättern und Positionspapieren zwischen 1988 und 1994 der Antifa Gençlik. Wohlbemerkt haben die Herausgeber_innen keine rein objektive Zusammenstellung von Texten in lediglich zeitlicher Abfolge vorgenommen, sondern die dokumentierten Beiträge werden inhaltlich durch weitere Beiträge kontextualisiert und eingeordnet. In dem Vorwort, welches mit einem weiteren Text den ersten Teil des Buches ausmacht nehmen die Herausgeber_innen Stellung zu dieser Tatsache und den damit verbundenen Zielen. So ist es ihnen wichtig „Bewegungsgeschichte“ zu bewahren, sich mit den Aspekten von „migrantischer Selbstorganisation“ und „antifaschistischer Bewegung“ analytisch auseinanderzusetzen und dem Versuch aus „migrantischer Perspektive in einen kapitalistischen, rassistischen und von faschistischen Tendenzen geprägten Allltag zu intervenieren“ ein Forum zu bieten, da „entsprechende Ansätze und Diskussionen [...] nichts an Aktualität verloren [haben].“

Der zweite Text der Einleitung von Garip Bali nimmt eine historische und soziale Verortung vor. Dabei steht „die Situation der Migrant_innen in Deutschland Ende der 80er Jahre“ im Mittelpunkt. Auch die für das soziale und politische Leben wichtige Vereinskultur und die für Berliner Jugendliche wichtige Subkultur der Gangs werden thematisiert. Die auch damals vielfältig in der Mehrheitsgesellschaft vorhandenen rassistischen Stimmungen gegen Migrant_innen und „Gastarbeiter“ und die rein praktische Frage des Umgangs mit Neonaziterror waren u.a. Ausgangspunkt für die Gründung der Antifa Gençlik, „in der sich Gruppen aus einigen Stadtteilen Berlins“ zusammenfanden.

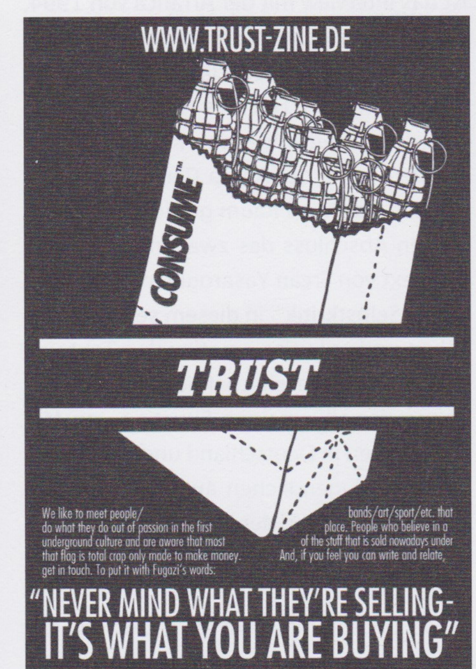
Im zweiten Teil folgen Artikel, Flugblätter und Interviews. Diese Zeitdokumente geben einen sehr guten Überblick über damalige Diskussionen, Inhalt und Standpunkte von Antifa Gençlik wieder. Im Mittelpunkt steht dabei die Diskussion um die Notwendigkeit migrantischer Selbstorganisation gegen Neonazis. Sehr zu empfehlen ist das Interview mit der Arranca von 1994, da dort kurz, aber ausführlich genug viele Aspekte von Antifa Gençlik dargestellt werden. Auch dem Tod des Neonazis Kaindl und der darauf folgenden Repression, die mit dem Ende der Antifa Gençlik eng verbunden war, wird Raum gewidmet.

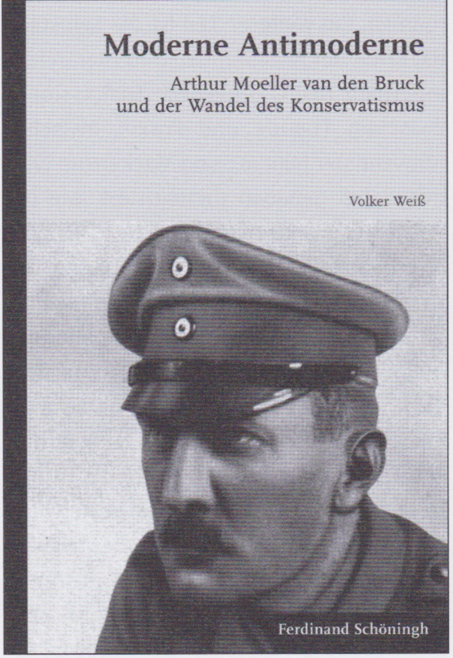
Den Abschluss des zweiten Teils liefert der Text von Ercan Yasaroglu mit dem Titel „Kritik Selbstkritik“. In diesem sehr persönlichen und teilweise emotionalen Text von 1994 wird als gesellschaftliche Einordnung neben der allgemeinen Situation von Migrant_innen in Deutschland und deren Kindern und Jugendlichen auch die Situation der Migrant_innen der 2. und 3. Generation und die Beziehung der deutschen Gesellschaft zum Thema Migration beschrieben. Diese Einordnung dient als Grundlage zur Erklärung, warum es u.a. damals in Berlin zur Gründung von Antifa Gençlik gekommen ist. Ein weiterer Teil ist die Selbstkritik/Kritik der Beziehungen und Hierarchien innerhalb der Gruppe. Die Diskussionen zwischen Theorie und Praxis, zwischen notwendiger Militanz und Mackertum werden dabei genauso thematisiert, wie das Verhältnis zur deutschen Linken. Des Weiteren werden die Repression gegen den Zusammenhang und die bei der Antirepressionsarbeit vergessenen Angehörigen und Familien der Betroffenen angesprochen. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff „Integration“ schließt diesen Teil des Buches ab.

Der dritte Teil des Buches besteht aus einem Text von Çağri Kahveci, der auch als Nachwort dient. Darin ordnet er Antifa Gençlik als eine „wichtige Episode der antifaschistischen Linken und wichtige Erfahrung für viele Migrant_innen“ ein, die „dennoch [...] klar gemacht [hat], wo die Grenzen und Möglichkeiten einer gleichberechtigten Zusammenarbeit lagen“. •



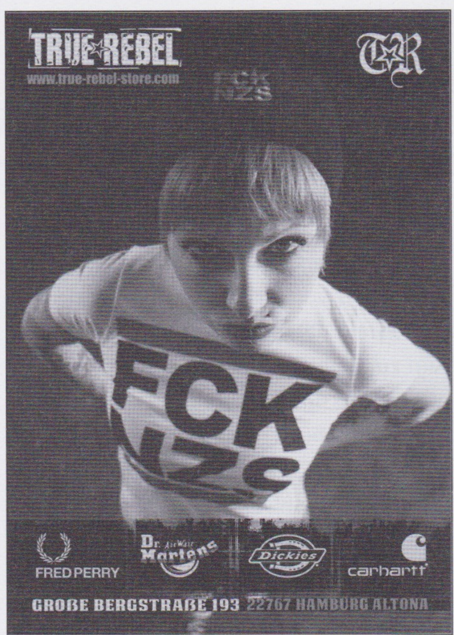

AK Wantok [Hg.]:
**Antifa Gençlik — Eine Dokumentation [1988–1994]**
Unrast Verlag, 165 Seiten, 13,– EUR


WWW.TRUST-ZINE.DE
CONSUME™
TRUST
We like to meet people/bands/art/sport/etc. that do what they do out of passion in the first place. People who believe in a underground culture and are aware that most of the stuff that is sold nowadays under that flag is total crap only made to make money. And, if you feel you can write and relate, get in touch. To put it with Fugazi's words:
"NEVER MIND WHAT THEY'RE SELLING-
IT'S WHAT YOU ARE BUYING"


Moderne Antimoderne
Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus
Volker Weiß
Ferdinand Schöningh


Lotta
LOTTA #57 | Schwerpunkt
"Kampf dem Genderismus"
Antifeminismus als Scharnier zwischen extremer Rechter, Konservatismus und bürgerlichem Mainstream
LOTTA #57 | Herbst 2014
lotta-magazin.de


ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER · 67/2014 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00
THEMA_
RECHTS-POPULIS-MUS
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de


TRUE REBEL
www.true-rebel-store.com
FCK NZS
FRED PERRY
Dr. Martens
Dickies
carhartt
GROßE BERGSTRAßE 193 22767 HAMBURG ALTONA


mist!
_ schon wieder ne nazi-band eingeladen?
_ wir informieren euch über rechte musik und nazibands.
_ do 15 h bis 19 h und nach absprache.
antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
lausitzerstr. 10, 10999 berlin
tel. |fax 030 . 6 11 62 49
www.apabiz.de mail@apabiz.de

## KONTAKT
**Antifaschistisches Infoblatt**
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
9A93 A6CE EBBE 6DB5 D1CB 21C4
C5E4 FDA9 E521 4388

## IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
27. Jahrgang
Nummer 105 | 4.2014

**Preis:** 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

**ISSN:** 1862-7838

**Redaktion**
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

**V.i.S.d.P.** Ulrike Müller
(Adresse s.o.)

**Konto AIB**
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin









**AIB 104**

**TITEL**
Europas Rechte — Stark wie nie im Europäischen Parlament

**NS-SZENE**
Auf Staatskosten: V-Mann Uwe Trinkaus belebte die Thüringer NPD

**BRAUNZONE**
Deutsche Burschenschaft

**RASSISMUS**
Mare Nostrum: Widerstand zwingt Europa zur Rettung




**AIB 103**

**TITEL**
Griechenland — Das Erstarken einer faschistischen Bewegung

**NS-SZENE**
„Patriotisches Menschenmaterial" — Neonazistische Fußball-Hooligans

**GESCHICHTE**
„Der Krieg sein uns heilig"

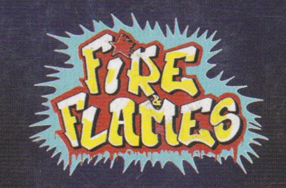
**INTERNATIONAL**
Ukraine: „Wir lassen euch nicht lebend raus"

Fire and Flames
riotwear

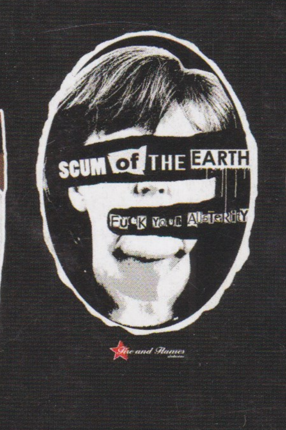
NEW COLLECTION WINTER 2014



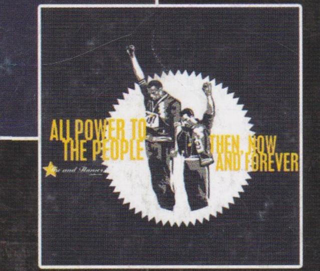

REVOLUTIONARY SISTERHOOD





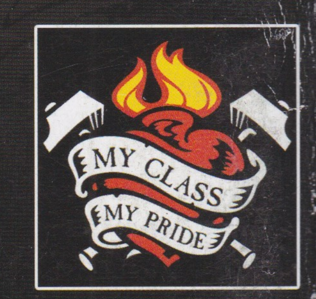

ANTIFASCIST
ALWAYS









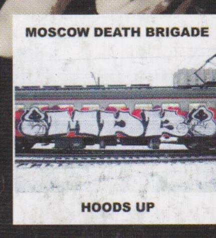





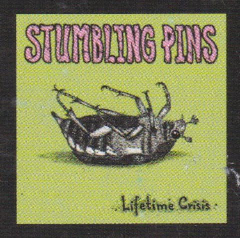

WASTED YOUTH - REMEMBERING MEANS FIGHTING EP | FFM035



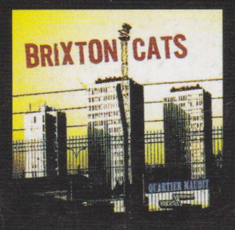
THE REBEL SPELL - IT'S A BEAUTIFUL FUTURE CD | FFM036



MOSCOW DEATH BRIGADE - HOODS UP LP/CD | FFM037



STUMBLING PINS - LIFETIME CRISIS EP | FFM038



BRIXTON CATS - QUARTIER MAUDIT LP | FFM032




WWW.FIREANDFLAMES.COM

